

Landtag Rheinland-Pfalz
14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/96

96. Sitzung

Freitag, den 03. Juni 2005

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde

– Drucksache 14/4190 – 6386

Die Mündlichen Anfragen Nummern 9 bis 13 werden wegen Ablaufs der Fragestunde gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt. 6398

AKTUELLE STUNDE

**„Erhaltung und Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen durch die EU-Chemikalienrichtlinie (REACH)“
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 14/4176 – 6398

**„Sicherheitsrisiken auf den Landesstraßen in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 14/4178 – 6407

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Ärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz

Besprechung der Großen Anfrage der Abgeordneten Ernst-Günter Brinkmann, Peter Wilhelm Dröscher, Friederike Ebli, Marianne Grosse, Heribert Heinrich, Jochen Hartloff, Ruth Leppla, Renate Pepper, Joachim Mertes, Hans Jürgen Noss und Günter Rösch (SPD) und der Antwort der Landesregierung

auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksachen 14/3864/4024/4135 – 6416

Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt. 6424

Atomar abrüsten – Abzug aller Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 14/4152 –

Abzug von Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz**Antrag der Fraktionen der SPD und FDP**

– Drucksache 14/4159 –

Nordatlantisches Verteidigungsbündnis (NATO) und**Reduktion von Atomwaffen****Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU**

– Drucksache 14/4192 – 6425

Die Drucksachen 14/4152/4159/4192 werden jeweils an den Innenausschuss überwiesen..... 6434

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin; Staatssekretär Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Franz Josef Bischel, Dr. Peter Enders, Dr. Georg Gölter, Fritz Presl; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Professor Dr. Jürgen Zöllner.

Rednerverzeichnis:

Abg. Creutzmann, FDP:	6386, 6388, 6410, 6415
Abg. Dr. Altherr, CDU:	6417, 6427, 6429, 6433, 6434
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6398, 6404
Abg. Dr. Gebhart, CDU:	6400, 6406
Abg. Dr. Geisen, FDP:	6430
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	6423, 6424
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	6419
Abg. Franzmann, SPD:	6395
Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:	6395
Abg. Frau Ebli, SPD:	6397, 6398, 6416, 6424
Abg. Frau Elsner, SPD:	6392, 6394
Abg. Frau Grosse, SPD:	6390, 6391, 6394
Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6425, 6433
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6409, 6414
Abg. Frau Klamm, SPD:	6393
Abg. Frau Leppla, SPD:	6393
Abg. Frau Raab, SPD:	6393
Abg. Frau Schneider-Forst, CDU:	6394
Abg. Frau Thelen, CDU:	6395
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6395, 6428, 6431
Abg. Hartloff, SPD:	6387, 6397
Abg. Kuhn, FDP:	6401, 6407
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6388, 6389, 6390, 6391, 6420
Abg. Nink, SPD:	6408, 6414
Abg. Noss, SPD:	6426, 6433
Abg. Pörksen, SPD:	6391
Abg. Ramsauer, SPD:	6399, 6405
Abg. Rösch, SPD:	6390, 6396
Abg. Wirz, CDU:	6407, 6413
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	6411
Bruch, Minister des Innern und für Sport:	6432
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:	6402
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:	6388, 6389, 6390, 6391, 6392, 6393 6394, 6395, 6396, 6397, 6398, 6421
Mertin, Minister der Justiz:	6386, 6387, 6388
Präsident Grimm:	6386, 6387, 6388, 6389, 6390, 6391, 6392, 6393, 6394, 6395 6396, 6397, 6398, 6399, 6400, 6401, 6402, 6404, 6405, 6406 6407, 6408, 6409, 6410, 6411, 6413
Vizepräsidentin Frau Hammer:	6414, 6415, 6416, 6417, 6419, 6420, 6421, 6423, 6424, 6426 6427, 6428, 6429, 6430, 6431, 6432, 6433, 6434

**96. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 3. Juni 2005**

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 96. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz. Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Beate Reich und Matthias Lammert. Herr Lammert führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Fritz Presl, Franz Josef Bischel, Dr. Peter Enders und Dr. Georg Gölder sowie Staatsminister Professor Dr. Jürgen Zöllner und Frau Staatsministerin Doris Ahnen.

Wir setzen unsere Beratung gemäß der beschlossenen Tagesordnung mit diesen Einschränkungen fort: Der Punkt 18 der Tagesordnung ist abgesetzt, die Punkte 13 und 14 der Tagesordnung sollen gemeinsam nach Punkt 17 der Tagesordnung aufgerufen und beraten werden.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

Fragestunde
– Drucksache 14/4190 –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Jürgen Creutzmann (FDP), Elektronischer Rechtsverkehr** – Nummer 5 der Drucksache 14/4190 – betreffend, auf.

Herr Kollege Creutzmann, bitte schön.

Abg. Creutzmann, FDP:

Zum 1. Juni 2005 wird der elektronische Rechtsverkehr beim Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße starten. Damit wird der letzte Schritt zur elektronischen Kommunikation mit allen Verwaltungsgerichten des Landes Rheinland-Pfalz vollzogen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Worin liegen aus Sicht der Landesregierung die Vorteile des elektronischen Rechtsverkehrs
 - a) für die Verfahrensbeteiligten und
 - b) für die Gerichte begründet?
2. Gibt es nach Kenntnis der Landesregierung neben Rheinland-Pfalz auch andere Bundesländer, in denen bereits die elektronische Kommunikation durchgehend innerhalb eines Instanzenzuges ermöglicht wird?
3. Wie sieht die Landesregierung die Sicherheit der Datenübermittlung gewährleistet?

Präsident Grimm:

Es antwortet Herr Staatsminister Mertin.

Mertin, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Nach dem erfolgreichen Abschluss des „Pilotprojekts Elektronischer Rechtsverkehr“ bei dem Obergericht Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 wurde der elektronische Rechtsverkehr im Lauf der ersten Monate dieses Jahres bei allen Verwaltungsgerichten des Landes eingeführt.

Mit dem Start beim Verwaltungsgericht Neustadt vor zwei Tagen ist die elektronische Kommunikation somit in der gesamten Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes möglich.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Vorteile des elektronischen Rechtsverkehrs liegen darin, dass Anwälte, sonstige Bevollmächtigte sowie Behörden, aber auch Bürgerinnen und Bürger rechtswirksam per E-Mail bei Gericht Klage erheben, Anträge stellen, Schriftsätze einreichen und vom Gericht übermittelte elektronische Dokumente empfangen können.

Die Kommunikation per E-Mail wurde in enger Abstimmung mit Vertretern der Rechtsanwaltschaft gewählt, weil sie bereits heute weit verbreitet ist und dem Anwender eine sehr einfache Handhabung bietet. Ein wesentlicher Mehrwert im Vergleich zum bisherigen Verfahren wird den Anwälten, Behörden und Unternehmen dadurch geboten, dass sie über das Internet Einsicht in die elektronische Gerichtsakte nehmen können.

Alle Informationen über den Verfahrensstand können den Verfahrensbeteiligten via Internet zugänglich gemacht werden. Es muss daher nicht mehr schriftlich oder telefonisch bei der Serviceeinheit des Gerichts nachgefragt werden, ob in einem Verfahren beispielsweise bereits ein Verhandlungstermin bestimmt oder ein Sachverständiger beauftragt wurde. Vielmehr können diese Informationen unabhängig von den Geschäftszeiten des Gerichts und damit rund um die Uhr einfach über das Internet abgefragt werden.

Im Interesse der Gerichte wird neben der elektronischen Kommunikation aber auch das Ziel verfolgt, Möglichkeiten einer weiteren Optimierung der gerichtlichen Verfahrensabläufe bei Nutzung elektronischer Medien aufzuzeigen. Dabei sollen parallel zur Papierakte auch erste Erfahrungen mit der elektronischen Speicherung und Verarbeitung von elektronisch erstellten und eingegangenen Dokumenten gesammelt werden.

Großer Wert wurde bei der Konzeption des elektronischen Rechtsverkehrs darauf gelegt, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte eine größtmögliche Nutzung erlangen können. Sie werden bei der Bearbeitung der elektronischen Post weitgehend durch ein automatisiertes System unterstützt. Für die Beschäftigten verringern sich dadurch viele verwaltungstechnische und zeitaufwändige Routinearbeiten. Zudem werden sie in allen Verfahrensschritten durch eine elektronische Akte unterstützt. Diese ermöglicht ihnen den

jederzeitigen Zugriff auf die zum Verfahren gehörenden Dokumente.

Alles in allem sprechen wir aufgrund des erfolgreichen Verlaufs in der Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht mehr nur von einem Pilotprojekt.

Zu Frage 2: Die durchgehende so genannte medienbruchfreie elektronische Kommunikation innerhalb eines Instanzenzugs wurde außer in Rheinland-Pfalz bisher in keinem anderen Bundesland umgesetzt. Nach unserer Kenntnis werden lediglich bei einzelnen ausgewählten Gerichten anderer Länder bzw. des Bundes Pilotprojekte zum elektronischen Rechtsverkehr durchgeführt, wobei die Fallzahlen eher gering sind.

Dass der elektronische Rechtsverkehr in Rheinland-Pfalz schon eine gewisse Akzeptanz erreicht hat, dürfte maßgeblich an den von mir eingangs beschriebenen Serviceleistungen für die Anwälte und andere Verfahrensbeteiligte liegen. So führen derzeit in der Verwaltungsgerichtsbarkeit sechs Anwälte sowie etwa 20 Behörden ca. 110 Verfahren in elektronischer Form und nutzen dabei die Möglichkeiten der elektronischen Akteneinsicht. Über 35 Anwender machen zudem von der Möglichkeit der elektronischen Verfahrensstandsabfrage Gebrauch.

Auch wenn diese Zahlen auf den ersten Blick derzeit gering erscheinen, so sind sie doch im bundesweiten Vergleich sowie mit Blick auf die Potenziale für eine Weiterentwicklung in Rheinland-Pfalz positiv zu bewerten.

Zum einen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits angekündigt, die an den Verwaltungsgerichten des Landes geführten Verfahren in elektronischer Form betreiben zu wollen. Allein hierdurch wird die Anzahl der elektronisch geführten Verfahren erheblich ansteigen.

Einen weiteren Schub zugunsten des elektronischen Rechtsverkehrs erwarten wir durch die Teilnahme der Kommunen an der zu Beginn dieses Jahres gestarteten Signaturinitiative Rheinland-Pfalz, mit der die Anwendung der qualifizierten elektronischen Signatur gefördert wird.

Im Übrigen planen wir die Ausweitung des elektronischen Rechtsverkehrs in Rheinland-Pfalz auf andere Gerichtsbarkeiten.

In der Sozialgerichtsbarkeit soll die elektronische Kommunikation als Nächstes eingeführt werden. Vorgesehener Starttermin bei dem Landessozialgericht Rheinland-Pfalz ist der 1. Oktober 2005. Auch dies ist bundesweit einmalig.

Zu Frage 3: Zur Absicherung der Datenübermittlung zu externen Verfahrensbeteiligten sind die Bediensteten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit jeweils mit einem Signaturzertifikat, einer Chipkarte und einem Lesegerät am Arbeitsplatz ausgestattet. Durch die qualifizierte Signatur der elektronischen Dokumente wird deren Echtheit und Unverfälschtheit bei der Übermittlung sichergestellt.

Eine Verschlüsselung der ausgehenden E-Mail, die bildlich gesprochen der Transportumschlag ist, sowie die Entschlüsselung der eingehenden E-Mail erfolgen automatisiert durch einen zentralen Netzverbindungsrechner.

Bei Datenübermittlungen innerhalb des Landesnetzes, zum Beispiel zwischen einzelnen Verwaltungsgerichten, findet über die oben beschriebenen Sicherheitsmaßnahmen hinaus eine Verschlüsselung der Kommunikation auf der Leitungsebene des rlp-Netzes statt.

Dass Dritte nicht unbefugt im Rahmen des automatisierten gerichtlichen Abrufsystems von einem Akteninhalt Kenntnis erlangen können, wird durch verfahrensrechtliche und technische Maßnahmen sichergestellt. Mit anderen Worten: Der elektronische Rechtsverkehr ist nach Einschätzung unserer Fachleute genauso sicher, wenn nicht sogar sicherer als die herkömmlichen Kommunikationsmittel Brief und Telefax.

So weit die Beantwortung der Anfrage.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Minister, Sie kündigten an, dass die Ausweitung zunächst bei der Sozialgerichtsbarkeit erfolgen soll. Kann man daraus schließen, dass man zunächst die kleineren Fachgerichtsbarkeiten komplett ausstattet, bevor man dann gegebenenfalls an die ordentliche Gerichtsbarkeit geht?

Mertin, Minister der Justiz:

Hierfür kommen zurzeit nur die Fachgerichtsbarkeiten infrage, weil wir derzeit bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit bundesweit keine Software haben, die eingesetzt werden könnte, um so etwas durchzuführen. Wir arbeiten in einem Verbund zusammen mit Bayern und der Firma Siemens an der Entwicklung einer solchen Software. Wann sie eingesetzt werden kann, kann noch nicht gesagt werden. Deshalb kommen derzeit nur Fachgerichtsbarkeiten infrage.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Kann man absehen, ob damit letztlich nicht nur Zeitvorteile, sondern auch Kostenvorteile für die an dem Verfahren Beteiligten – sowohl auf der Anwaltsseite als auch auf der Gerichtsseite – damit verbunden sind, oder wird das Kostensteigerungen mit sich bringen?

Mertin, Minister der Justiz:

Ob damit Kostenvorteile oder Kostensteigerungen verbunden sind, ist schwer zu beurteilen. Ich denke nicht, dass es zu Kostensteigerungen führen wird. Auf jeden Fall ist der Service für die Beteiligten erheblich besser. Sie können als Anwalt rund um die Uhr ohne einen Richter oder Mitarbeiter der Geschäftsstelle erreichen zu müssen, den Verfahrensstand abfragen.

(Hartloff, SPD: Man kann dann aber nicht mehr sagen, man habe die Akte nicht!)

– Das ist zum Beispiel ein Problem, das Sie dann haben. Natürlich lässt sich dann der Zugang der gerichtlichen Mitteilung bei Ihnen als Rechtsanwalt genauer nachvollziehen. Gewisse Vorteile der Praxis, die es bisher gab, gibt es dann natürlich nicht mehr.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Minister, können Sie mir zustimmen, dass die Zeit- und Flexibilitätsvorteile für die Anwälte auch zu einem Kostenvorteil führen, weil sie nun auch Leerzeiten ausnutzen können, um mit den Gerichtsbarkeiten zu kommunizieren, und sie dadurch eine höhere Effizienz und Auslastung in ihren Kanzleien erreichen?

Mertin, Minister der Justiz:

Es ist uns seitens der Anwaltschaft nicht mitgeteilt worden, ob sie Kostenvorteile in dieser Form erwartet. Die Anwälte sind jedenfalls insoweit von einem Vorteil überzeugt, als dass sie zum Beispiel kurz vor Ablauf einer Frist immer noch eine Klage elektronisch einreichen können und ihnen automatisiert der Eingang dieser Klage bestätigt wird. Damit kann eine gewisse Unsicherheit, ob das Rechtsmittel noch rechtzeitig eingelegt worden ist, unmittelbar und sofort beseitigt werden. Das ist einer der Vorteile, die die Anwälte darin sehen. Dass dies mit erheblichen Kostenvorteilen für sie verbunden wäre, ist im Rahmen dieser Gespräche in dieser Form nicht thematisiert worden.

Präsident Grimm:

Mir liegen keine weiteren Fragen mehr vor. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

Vielen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar Mitglieder des Sportschützenvereins Otterstadt sowie Jugendliche des Christlichen Jugenddorfes Kaiserslautern. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Reiner Marz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Probleme beim Vollzug der Hartz-IV-Reformen in Rheinland-Pfalz** – Nummer 6 der Drucksache 14/4190 – betreffend, auf.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Fehlerquote bei der Erstellung von Bescheiden zum Arbeitslosengeld II in Rheinland-Pfalz?
2. Wie viele Widersprüche wurden gegen Bescheide zum ALG II in Rheinland-Pfalz eingelegt, und wie ist der Stand deren Bearbeitung?
3. Welche Maßstäbe werden nach Erkenntnis der Landesregierung bei der Bemessung des angemessenen Wohnraums angelegt, und wie viele Aufforderungen zum Umzug hat es in den einzelnen Kreisen bislang gegeben?
4. Sind der Landesregierung über den Kreis Bad Kreuznach hinaus Fälle in Rheinland-Pfalz bekannt, wo es infolge eines kürzeren Bewilligungszeitraums als den gesetzlich vorgesehenen sechs Monaten zu Schwierigkeiten bei der Auszahlung des Arbeitslosengeldes II kam?

Präsident Grimm:

Es antwortet Frau Staatsministerin Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Reiner Marz beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landesregierung führt keine eigenen Erhebungen bezüglich des Arbeitslosengeldes II durch. Sie ist daher auf die Datenerhebungen der Bundesagentur für Arbeit angewiesen. Nach Auskunft der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz/Saarland liegen Erkenntnisse zur Fehlerquote von ALG-II-Bescheiden nicht vor. Laut Aussage der Regionaldirektion lassen sich gegebenenfalls Rückschlüsse anhand der Abarbeitung aller Widersprüche ziehen. Dazu müssten die entsprechenden Abhilfen konkret auf eine fehlerhafte Bearbeitung zurückgeführt werden können. Dies ist aber nicht immer möglich, da sich viele Abhilfen auch aus der mangelnden Vorlage von Unterlagen oder fehlenden Informationen seitens der Antragsteller ergeben können. Zudem mündet nicht jeder fehlerhafte Bescheid in ein Widerspruchsverfahren ein. In vielen Fällen werden offensichtliche Unrichtigkeiten unbürokratisch von den Leistungssachbearbeiterinnen und Leistungssachbearbeitern in den Arbeitsgemeinschaften vor Ort beseitigt.

Zu Frage 2: Ende Mai betrug die Zahl der bei den Arbeitsgemeinschaften in Rheinland-Pfalz eingelegten

Widersprüche 8.557. Davon waren zum gleichen Zeitpunkt 5.327 Widersprüche bearbeitet. Bei etwa 115.000 rheinland-pfälzischen Bedarfsgemeinschaften wurde also ein sehr geringer Anteil der Bescheide beanstandet. Eine Widerspruchsquote lässt sich nicht darstellen, da der Landesregierung nicht bekannt ist, wie viele Bescheide abgelehnt wurden und bereits Neubewilligungen erfolgt sind. Sowohl die Neubewilligungen als auch die Ablehnungen müssen für die Berechnung einer Quote zu der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften hinzuaddiert werden.

Zu Frage 3: Mit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zur neuen Leistung Arbeitslosengeld II werden künftig Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind. Dabei ist der Begriff der Angemessenheit an die bisherige Sozialhilfepraxis angelehnt. Die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft richtet sich nach den individuellen Verhältnissen im Einzelfall – man nennt das Lebensumstände –, insbesondere nach der Zahl der Familienangehörigen, nach ihrem Alter, Geschlecht und ihrem Gesundheitszustand. Neben den individuellen Verhältnissen des Arbeitssuchenden und seiner Angehörigen sind darüber hinaus die Zahl der vorhandenen Räume, das örtliche Mietniveau und die Möglichkeiten des örtlichen Wohnungsmarkts zu berücksichtigen. Der angemessene Preis je Quadratmeter bestimmt sich nach dem Preis vergleichbarer Wohnungen im unteren Bereich am Wohnort und lässt sich insbesondere den örtlichen Mietspiegeln entnehmen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit beabsichtigt derzeit nicht, die Angemessenheit der Unterkunfts- und Heizungskosten im Wege einer Verordnung zu regeln, weil die individuelle Situation vor Ort sehr viel besser bewertet werden kann. Die zuständigen kommunalen Träger verfügen in diesem Bereich aufgrund der bisherigen Sozialhilfepraxis über langjährige Kompetenz und Erfahrung. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis hat auch die Bundesagentur für Arbeit darauf verzichtet, Durchführungshinweise zu den Leistungen für Unterkunft und Heizung zu verfassen.

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit hat die wichtigsten Erkenntnisse und Regelungen der bisherigen Sozialhilfepraxis unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung in einem umfangreichen Rundschreiben zusammengefasst und den betroffenen Stellen im April 2005 zur Verfügung gestellt. Ich gehe davon aus, dass sich die Träger der Grundsicherung an diesen Vorgaben orientieren. Zumindest liegen mir keine gegenteiligen Erkenntnisse vor. Damit ist eine einheitliche Praxis bei der Beurteilung der Angemessenheit der Aufwendungen sichergestellt. Informationen darüber, wie viele Aufforderungen zum Umzug es bisher in den einzelnen Kreisen gegeben hat, liegen der Landesregierung nicht vor.

Zu Frage 4: Der Landesregierung sind keine weiteren Fälle bekannt, bei denen ein kürzerer Bewilligungszeitraum zu Schwierigkeiten bei der Zahlbarmachung geführt hat. Auch die Regionaldirektion hat diesbezüglich keine weiteren Erkenntnisse.

In Bad Kreuznach hat sich auch aufgrund des Einschreitens des Landrats und der Landesregierung die Situation zwischenzeitlich entspannt. Es wurden Maßnahmen getroffen, um eine Wiederholung der Zahlungsschwierigkeiten im Mai zu verhindern. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Verlängerungsanträge der Grundsicherung für Arbeitsuchende frühzeitiger als im Vormonat versandt. Zusätzlich hat die Arbeitsgemeinschaft in ihren Geschäftsräumen gezielt darauf hingewiesen, wie wichtig eine pünktliche Antragsabgabe ist, und um eine möglichst frühzeitige Abgabe gebeten. Bereits zum 1. Mai 2005 wurde zusätzliches Personal eingestellt. Eine weitere Personalaufstockung ist zum 1. Juni 2005 erfolgt.

Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass alle, die bis zum Stichtag 20. Mai ihren Antrag vollständig abgegeben haben, pünktlich ihre Leistungen erhielten. Diejenigen, die diesen Stichtag nicht eingehalten haben, müssen mit einigen Tagen Verzögerung rechnen, bis die Leistung auf ihrem Konto eingeht.

Mein Anliegen, das ich dem Vorstand der Bundesagentur für Arbeit vorgetragen habe, eine generelle Lösung dafür zu finden, dass die Arbeitsgemeinschaften nicht alle sechs Monate zwangsläufig mit der Massenbearbeitung von Leistungsbescheiden belastet werden, hat beim Vorstand bisher leider noch keine Früchte getragen. Dort herrscht diesbezüglich leider eine andere Philosophie.

So weit die Antwort der Landesregierung.

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz für eine Zusatzfrage das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, Sie haben in der Antwort auf die vierte Frage, die sich auf Bad Kreuznach bezieht, unter anderem gesagt, auch durch das Einschreiten Ihres Ministeriums sei da Abhilfe geschaffen worden.

(Pörksen, SPD: Und des Landrats!)

– Ich sagte unter anderem.

Wenn ich mir dann ansehe, dass Sie zu der Fehlerquote unter Frage 1 keine Erkenntnisse haben und Sie zum Wohnraum im Hinblick auf das Umzugsbegehren keine konkreten Erkenntnisse haben, frage ich Sie: Wenn Sie Eingriffsmöglichkeiten haben, wäre es da nicht wichtig, dass Sie über solche Vorgänge Bescheid wissen?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Abgeordneter Marz, sicherlich wäre das wichtig, aber meine Eingriffsmöglichkeiten sind wirklich nur sehr bescheiden. Wir haben keine formalen Eingriffsmöglichkeiten. Im Fall Bad Kreuznach sind wir so vorgegangen, wie wir das immer tun, nämlich wir nehmen ein Problem

zur Kenntnis und tun, was wir können. Das bedeutet, wir nehmen sofort Kontakt mit der Regionaldirektion auf. Ich persönlich telefoniere mit dem Vorstandsvorsitzenden, Herrn Weise, aus Nürnberg und danach mit Herrn Alt aus Nürnberg. Dann läuft sozusagen die Maschinerie manchmal langsam, aber sicher an. In Bad Kreuznach war das glücklicherweise der Fall.

Da auch der Landrat in diesem Fall sehr unkonventionell unter anderem auch mit Barauszahlungen und Ähnlichem agiert hat, konnte diese Situation abgewendet werden.

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz für eine weitere Zusatzfrage das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich frage das unter anderem vor dem Hintergrund des von Ihnen erwähnten Rundschreibens zur Angemessenheit des Wohnraums und vor dem Hintergrund, dass aus anderen Bundesländern bekannt ist, dass es gerade bezüglich des Wohnraums zu unschönen Vorgängen gekommen ist. Wie können Sie sicherstellen, dass das, was Sie in Ihrem Rundschreiben dargestellt haben, vor Ort auch tatsächlich eingehalten wird?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Wir können das gar nicht sicherstellen, Herr Abgeordneter Marz. Im Übrigen konnten wir das früher auch nicht wirklich. Wir haben auch im Rahmen der Sozialhilfe im Grunde genommen immer nur Empfehlungen an die kommunalen Träger gegeben. Wir wissen aber, dass in Rheinland-Pfalz – zumindest ist uns kein Fall bekannt – die Richtlinien relativ moderat angewendet werden, obwohl sie eigentlich großzügiger sind als früher bei der Sozialhilfe, was von den ehemaligen Sozialhilfeträgern total bedauert wird. Umgekehrt sind sie enger als früher bei der Arbeitslosenhilfe. Meiner Meinung nach hat man da einen moderaten Weg gefunden. Wir befinden uns permanent im Gespräch auch mit den Geschäftsführern der Arbeitsgemeinschaften. Das ist für uns der einzige Weg, tatsächlich Einfluss darauf zu nehmen, dass es zu einer einigermaßen landeseinheitlichen Anwendung von bestimmten Richtlinien kommt.

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Abgeordneter Grosse für eine Zusatzfrage das Wort.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Frau Ministerin, liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie sich die Bearbeitungszeiten in Bezug auf Leistungen, Neuansprüche oder sonstige Veränderungen seit In-Kraft-Treten der Hartz-IV-Reform verändert haben?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Wir wissen das natürlich nicht statistisch, aber aus vielen Gesprächen. Es ist inzwischen bei mir Usus, dass ich dann, wenn ich unterwegs bin, eine Stunde mit dem Geschäftsführer und dem Dezernenten nicht öffentlich über dieses Thema spreche. Daher wissen wir, dass die Situation der Neubearbeitung der Leistungsanträge, die alle sechs Monate zu tätigen ist, die Arbeitsgemeinschaften und die optierenden Gemeinschaften – platt ausgedrückt – fast umbringt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unentwegt damit beschäftigt, Leistungsbescheide zu überprüfen, obwohl sich die Situation im Privathaushalt überhaupt nicht verändert hat.

(Schweitzer, SPD: So ist es!)

Das ist ein ganz großes Ärgernis. Es ist eine Illusion des Vorstands der Bundesagentur zu glauben, dass das alles gar kein Problem sei, weil der Leistungsbereich vom Eingliederungsbereich abgekoppelt ist. Wenn man aber weiß, wie die Menschen vor Ort arbeiten – sie bekriegen sich nämlich nicht, sondern sie arbeiten wirklich kollegial miteinander –, ist klar, dass natürlich die im Eingliederungsbereich Tätigen ganz klar den im Leistungsbereich Untergehenden helfen. Mein großes Bestreben ist es deshalb – da ich mit meinem Bestreben beim Vorstand bisher noch nicht durchgedrungen bin, werde ich am Montag in einer Woche auch ein Gespräch mit dem Bundesminister darüber führen –, dass wir eine veränderte Regelung für die Wiederbearbeitung dieser sechsmonatigen Rückmeldungen finden müssen.

(Beifall der SPD)

Im Übrigen sehe ich den größten Haken darin – Herr Präsident, wenn ich das noch anfügen darf –, dass die Menschen, die eine Eingliederungsvereinbarung haben, ohnehin alle drei Monate bei der ARGE sind. Deshalb ist es total verrückt, dass die Abteilung Leistungsbescheide alle sechs Monate eine Überprüfung vornehmen muss, während dieselben Kunden alle drei Monate im Rahmen der Eingliederungsvereinbarung ohnehin bei der ARGE oder der Agentur vorsprechen müssen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Rösch.

Abg. Rösch, SPD:

Frau Ministerin, sind Ihnen unterschiedliche Schwierigkeiten bezüglich der Widersprüche und bezüglich des Wohnraums zwischen den Arbeitsgemeinschaften und den Kreisen, die optiert haben, bekannt?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Nein, dazu liegt uns nichts vor. Das ist uns nicht bekannt.

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz für eine weitere Zusatzfrage das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich möchte eine weitere Frage zur beliebten Bundesagentur für Arbeit stellen. Am 22. Mai, einem Wahlsonntag, ist eine Meldung durch die Medien gegangen, wonach die Bundesagentur für Arbeit eine umfassende Überprüfung von ALG-II-Empfängern jenseits der normalen Überprüfung in Form von Kontenüberprüfungen, aber auch in Form von Umfeldüberprüfungen vornehmen wolle. Ist Ihnen etwas über konkrete Pläne bekannt? Wissen Sie etwas über den Hintergrund für diese konkreten Meldungen und zu den konkreten Auswirkungen?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Ich war auch relativ erstaunt über diese Aussage. Dabei geht es vor allen Dingen um die berühmten Langzeitarbeitslosen, die dieser zusätzlichen Prüfung unterliegen sollen. Wir haben im Moment noch keine konkreten Erkenntnisse darüber, wie das erfolgen soll. Aber auch das ist aus meiner Sicht eine komplett unnötige, zusätzliche Bürokratie, weil dann, wenn wir das ernst meinen, was mit Hartz IV gewollt ist, es wichtig ist, dass diese Menschen zu ihrem Fallmanager kommen und im Rahmen einer Eingliederungsvereinbarung für die Zukunft gestaltet wird. In diesem Zusammenhang lernt man die Menschen eigentlich auch umfassend kennen, sodass es völlig absurd ist, über eine statistische Situation Langzeitarbeitslose auf einem anderen Weg sozusagen zu beleuchten.

(Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Pörksen für eine Zusatzfrage das Wort.

Abg. Pörksen, SPD:

Frau Ministerin, können Sie uns erklären, aus welchem Grund die Bundesagentur sich weigert, die Entfristung vorzunehmen? Es ist wirklich ein völliger Unsinn, alle sechs Monate diese Anträge erneut zu stellen.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Dazu gibt es zwei Dinge zu sagen. Zum einen haben wir eine gesetzliche Regelung, bei der es sich allerdings um eine Soll-Vorschrift handelt. Als Juristin sage ich, bei dem, was derzeit vor Ort abläuft, könnte man die Soll-Vorschrift durchaus auch etwas offener auslegen. Das ist ein formales Hindernis, über das man meiner Mei-

nung nach aber hinwegkommt; denn wir haben die Situation, dass vor Ort die Eingliederung wieder total zurückfällt – wir waren gerade sozusagen auf dem aufsteigenden Ast –, weil alle jetzt mit diesen Leistungsbescheiden beschäftigt sind. Man könnte meiner Meinung nach das Gesetz durchaus so auslegen.

Zum anderen haben wir auch andere Lösungsvorschläge unterbreitet, sodass es noch nicht einmal ein gesetzliches Problem gibt. Mein persönlicher Eindruck ist aber, dass die Philosophie der Bundesagentur sehr statisch und bürokratisch im Sinne dessen ist,

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Mertes, SPD: Das ist höflich ausgedrückt!)

„Wenn wir die Menschen zwingen, alle sechs Monate einen neuen Antrag zu stellen, haben wir die voll im Blick und voll im Griff. Vielleicht bleibt auch der eine oder andere zu Hause.“ Dabei wird völlig verkannt, dass sie im Rahmen der Eingliederung ohnehin bei einer Arbeitsgemeinschaft Kunde sind und man dann auch sehr vernünftig über ihre persönliche Situation sprechen und in dem Zusammenhang nachprüfen könnte, ob sich an den persönlichen Vermögensverhältnissen etwas verändert hat.

Dieser Punkt ist aus meiner Sicht inzwischen ein totales Ärgernis, weil man merkt, dass bei den Arbeitsgemeinschaften an dieser Stelle ein richtiger Bremsklotz entstanden ist.

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Abgeordneter Grosse für eine Zusatzfrage das Wort.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Frau Ministerin, ich hatte vor kurzem ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in Mainz. Er hat mir erläutert, dass die Fehler in der Software, die im Januar aufgetreten sind, im Wesentlichen behoben seien und sich das ganze Verfahren erheblich verbessert habe.

Sie bereisen die Arbeitsgemeinschaften. Wird Ihnen das dort so bestätigt?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Das System ist inzwischen ziemlich sicher. Es stürzt nicht wie am Anfang immer wieder ab. Die Kritik an dem A2LL ist, dass manche Sachen nicht entsprechend erfasst werden können und die Schnittstellen nach wie vor problematisch sind. Dadurch müssen viele Sachbearbeiter Daten doppelt und dreifach eingeben. Damit leben diese vor Ort inzwischen. Sie sagen, das ist nicht mehr unser eigentliches Problem. Die Software ist zuverlässig, wenn sie auch nicht ideal ist. Dies steht nicht mehr im Vordergrund der Gespräche. Das sind inzwischen ganz andere Themen.

Präsident Grimm:

Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Petra Elsner, Ruth Leppla und Heike Raab (SPD), Audit Beruf und Familie** – Nummer 7 der Drucksache 14/4190 – betreffend, auf.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Elsner.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Im Rahmen einer familienbewussten Arbeitswelt fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Kriterien werden nach dem von der Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung entwickelten „Audit Beruf und Familie“ in Betrieben geprüft?
2. Welche Vorteile erwarten Betriebe in Rheinland-Pfalz durch die Zertifizierung ihrer familienbewussten Personalpolitik?
3. Wie unterstützt das zuständige Ministerium die Auditierung von rheinland-pfälzischen Betrieben finanziell und ideell?

Präsident Grimm:

Frau Staatsministerin Dreyer antwortet.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Petra, Elsner, Ruth Leppla und Heike Raab beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Ziel ist, durch das „Audit Beruf und Familie“ einen Prozess in Unternehmen zu initiieren, der sehr spezifisch auf das Unternehmen zugeschnitten ist. Daher gibt es keine Standardlösungen, die für alle Unternehmen gelten.

Im Rahmen der Auditierung wird nicht nur der Status quo der Angebote überprüft, sondern es werden auch Ziele und weiterführende Maßnahmen zur Verbesserung einer familienbewussten Personalpolitik vereinbart. Für die Vergabe des Grundzertifikats ist es erforderlich, dass sich die Unternehmen mit allen acht Handlungsfeldern – Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Arbeitsort, Informations- und Kommunikationspolitik, Führungskompetenz, Personalentwicklung, Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen sowie Service für Familien – befassen.

Der unabhängige Audit-Rat begutachtet darüber hinaus, ob die im Rahmen des Audit gesetzten Ziele und Maß-

nahmen zur Verbesserung der familienbewussten Personalpolitik hinreichend und realistisch sind. Während der dreijährigen Umsetzungsphase wird geprüft, ob eine ernsthafte Realisierung der Ziele erfolgt. Neben diesen entscheidenden inhaltlichen Kriterien wird formal darüber befunden, ob der Ablauf der Auditierung korrekt nach den vorgegebenen Richtlinien erfolgt, die zeitlichen Vorgaben eingehalten und die Dokumente vollständig sind.

Zu Frage 2: Die Implementierung einer familienbewussten Personalpolitik führt zu einer, wie es neudeutsch heißt, „Win-Win“-Situation im Unternehmen. Für die Beschäftigten ist die bessere Vereinbarkeit von Arbeitswelt und Familie eine wichtige Voraussetzung, um den Anforderungen beider Lebensbereiche gerecht zu werden. Für die Unternehmensleitung lohnt sich die Einführung familienbewusster Maßnahmen betriebswirtschaftlich. Überbrückung, Fluktuation und Wiedereingliederungskosten werden vermieden sowie eine höhere Mitarbeitermotivation erreicht.

Erste Ergebnisse dazu konnte die Prognos-Studie „Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen – Kosten-Nutzen-Analyse“ liefern.

Die Zertifikate zum „Audit Beruf und Familie“ werden im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister und der Bundesfamilienministerin in Berlin verliehen. Das europaweit geschützte Markenzeichen „Audit Beruf und Familie“ ermöglicht ein breites Medienecho und eine gute Vermarktung. Dies kann sowohl bei der Rekrutierung von neuem Personal als auch von Aufträgen genutzt werden.

Unternehmen, die das „Audit Beruf und Familie“ durchführen, sind für drei Jahre in das Netzwerk der auditierten Unternehmen eingebunden und werden in diesem Zeitraum zweimal jährlich zu einem bundesweiten Erfahrungsaustausch der auditierten Unternehmen eingeladen. Anlässlich dieser Treffen werden spezifische Aspekte der Vereinbarkeitsthematik, wie zum Beispiel die Pflege von älteren Angehörigen, Wissensmanagement oder innovative Maßnahmen, behandelt. Hierdurch erhalten Unternehmen hilfreiche Anregungen für die Umsetzung.

Zu Frage 3: Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz fördert mit dem Instrument „Audit Beruf und Familie“ die Umsetzung einer familienbewussten Personalpolitik in rheinland-pfälzischen Unternehmen und leistet so einen Beitrag zu einer familiengerechten Arbeitswelt. Damit wird das Ziel verfolgt, das betriebliche Handeln in dieser Richtung zu unterstützen und den Unternehmen dabei zu helfen.

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit ist bereits selbst mit gutem Beispiel und ersten Erfahrungen vorangegangen. Auch befinden sich zurzeit weitere Ressorts der Landesregierung im Auditierungsverfahren oder stehen kurz davor.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Durchführung des Audits wird für rheinland-pfälzische Unternehmen und Verwaltungen aus Ar-

beitsmarktmitteln des Landes sowie aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert. Unternehmen mit weniger als 25 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen erhalten eine 100%ige Förderung der Auditierungskosten. Unternehmen mit mehr als 25 Beschäftigten sollen eine 50%ige Förderung erhalten.

Hinzu kommt die besondere Beauftragung der „Beruf und Familie gGmbH“. Das ist eine Initiative der Hertie-Stiftung. Sie wird das Projekt insgesamt managen und für die notwendige Beratung und Akquise sorgen.

Mit einer umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit wird den Unternehmen der Nutzen einer familienbewussten Personalpolitik bekannt gemacht und die Fördermöglichkeiten vorgestellt. Dazu gehören die Erstellung und der Versand eines Info-Flyers, die Pressebetreuung, Informationsveranstaltungen sowie eine benutzerfreundliche Aufbereitung und Darstellung im Internet. Auch wird die „Beruf und Familie gGmbH“ in den kommenden Monaten eine differenzierte Kosten-Nutzen-Analyse hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Effekte familienbewusster Maßnahmen erstellen.

Die Kosten des Audits belaufen sich pro Unternehmen auf 9.338 Euro. Darin sind die Auditierung und die Verleihung des Grundzertifikats enthalten. Das Zertifikat berechtigt das Unternehmen, das europaweit geschützte Markenzeichen auf Veröffentlichungen und Druckschriften zu verwenden. Die Gültigkeit endet nach maximal drei Jahren. Zum Neuerwerb ist eine Reauditierung erforderlich.

Durch die Förderung des Landes Rheinland-Pfalz werden gezielt kleine und mittelständische Unternehmen angesprochen. Ihnen wird mithilfe des Audits gezeigt, dass auch sie einen maßgeblichen Beitrag für eine familiengerechte Arbeitswelt leisten können, und zwar ohne große Investitionen und administrativen Aufwand.

So weit die Antwort der Landesregierung.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Klamm.

Abg. Frau Klamm, SPD:

Frau Ministerin, haben Sie Kenntnisse darüber, wer in Rheinland-Pfalz bereits an der Auditierung teilnimmt? Wissen Sie, wie viele Unternehmen bereits Interesse für die Auditierung zeigen?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Frau Abgeordnete, die Aktion läuft noch nicht sehr lang. Im Moment ist die Hertie-Stiftung mit 55 Unternehmen intensiv im Gespräch. Es gab auch etliche, die gesagt haben, dass sie verbindlich in diesen Prozess einsteigen werden. Wir hoffen, dass wir in Kürze etliche haben, die bereit sind, in diesen Grundzertifizierungsbereich einzutreten.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Raab.

Abg. Frau Raab, SPD:

Frau Ministerin, Sie sprachen an, dass bundesweit versucht wird, eine familienfreundlichere Personalpolitik in den Betrieben zu unterstützen. Das Land Rheinland-Pfalz ist mit einem sehr guten Beispiel vorangegangen. Haben Sie einen Überblick darüber, wie die Zertifizierung „Audit Beruf und Familie“ in anderen Bundesländern vonseiten der Arbeitsministerien unterstützt wird? Geschieht das in gleichem Maß?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Meines Wissens gibt es kein Bundesland, das eine solche Offensive gestartet hat. Man muss sagen, dass die Bundesinitiative inzwischen mit sehr viel Nachdruck gestaltet wird. Bundesweit gibt es nach meiner Kenntnis zurzeit 160 Betriebe, die in der Grundzertifizierung drin sind. Das bedeutet, es ist wirklich notwendig, dass landesweit entsprechende Initiativen ergriffen werden. Unsere erste Erfahrung mit den Unternehmen ist, dass wir nur über eine persönliche Ansprache weiterkommen. Das war der Grund, warum wir als Arbeitsministerium gesagt haben, wir steigen ein. Eine vergleichbare Förderung dieser Art gibt es bundesweit nirgends außer in Rheinland-Pfalz.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Leppla.

Abg. Frau Leppla, SPD:

Frau Ministerin, Sie sprachen eben davon, dass das MASFG sich beteiligt hat. Welche Ergebnisse hat diese Auditierung für das MASFG gehabt?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Von Ergebnissen kann man im Moment noch nicht sprechen. Dafür ist dieser Prozess einfach zu jung. Wir glauben schon, dass es erfolgreich ist, nach einer so kurzen Zeit schon 55 Unternehmen, die in der konkreten Beratung sind, gewonnen zu haben. Für uns als Arbeits- und Familienministerium ist es wichtig, dass wir uns ganz energisch auch den Bereich der Arbeitswelt anschauen, weil wir von vielen jungen Müttern und Vätern wissen, dass ihr Problem einmal das Thema „Betreuung“ ist, bei dem meine Kollegin Ahnen sehr intensiv Maßnahmen immer weiterentwickelt, und das andere Thema ist: Was nutzt uns die Betreuung, wenn der Arbeitgeber eigentlich von Familie nichts versteht und nichts damit am Hut hat? – Deshalb forcieren wir das, verbunden mit intensiven Beratungsmöglichkeiten die wir über ESF fördern können, zum Beispiel zur Arbeitszeitgestaltung. Wir

merken, dass viele kleinere und mittlere Unternehmen eigentlich noch nicht genug Kompetenz haben, um das auch umzusetzen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Elsner.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Frau Ministerin, ist mein Eindruck richtig, dass sich dieses Audit auch insbesondere an kleine Unternehmen richtet, weil hier vorhin von 25 Mitarbeitern die Rede war, die eine 100%ige Förderung bekommen?

Inwieweit werden auch gezielt männliche Arbeitnehmer angesprochen, weil das immer noch eine einseitige Frauensache ist?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

In Rheinland-Pfalz leben wir eigentlich von den kleineren und mittleren Unternehmen. Dazu kommt, dass die großen Unternehmen, die weltweit agierenden Unternehmen, eigentlich schon lange erkannt haben, dass sie das Thema „Familienfreundlichkeit“ aufnehmen müssen. Wenn man sich Betriebe anschaut, die Firma Boehringer, die BASF und die Firma Schott, dann sind diese längst so weit, dass sie eigene Programme im Sinn von familiengerechter Arbeitswelt für sich entwickelt haben.

Deshalb ist unser Fokus in der Tat die kleinen und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz, auch weil wir die Ressentiments kennen. Ein kleiner Betrieb ist oft in der Situation, dass er sagt: Ja ja, das ist in den großen Unternehmen leicht machbar, aber bei uns ist das alles sehr problematisch. – Deshalb erscheint es uns wichtig, dass wir konkret mit den kleinen und mittleren Unternehmen Kontakt aufnehmen und sie auch beraten, was ein kleiner und mittlerer Betrieb zu diesem Thema beitragen kann.

Das Angebot ist sehr individuell, das heißt, jeder Betrieb beginnt dort, wo er gerade steht. Das bedeutet auch: Wenn der Betrieb sehr männerdominiert ist, vielleicht stärker als andere, dass auch darauf ein besonderer Fokus gerichtet ist, zu vermitteln, dass es dort auch eine Verantwortung gibt. Wir versuchen also schon, auch über die Hertie-Stiftung Maßnahmen zu entwickeln, die Männern und Frauen nutzen und Männer und Frauen ermutigen, tatsächlich zu dem Thema „Familie“ zu stehen und auch ihre Rolle anzunehmen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Schneider-Forst.

Abg. Frau Schneider-Forst, CDU:

Frau Ministerin, die Bundesregierung hat bereits in der ersten Hälfte der neunziger Jahre den Wettbewerb „Der

familienfreundliche Betrieb“ gestartet. 1994 gab es das Internationale Jahr der Familie, das sicher auch noch einmal als Katalysator gewirkt hat.

Meine Frage: Wie unterscheidet sich das jetzige Audit von dem damaligen Wettbewerb? Konnte auch im Weg der Nachhaltigkeit politischen Handelns Betrieben, die damals prämiert wurden, beigebracht werden bzw. Überzeugungsarbeit geleistet werden, dass diese auch weiterhin mitmachen und ihre Angebote ausbauen?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Frau Abgeordnete Schneider-Forst, es gibt nach wie vor diesen Wettbewerb, der auch nach wie vor eine große Rolle spielt. Ich glaube, der entscheidende Unterschied zu dem Wettbewerb und zu den Maßnahmen in der Vergangenheit liegt deutlich darin, dass man mit einem sehr intensiven Angebot ganz individuell auf Unternehmen zugeht, das heißt, man überlässt es nicht den Unternehmen, sondern man bietet offensiv Hilfe und Unterstützung an, damit sie sich auf dem Weg der Familienfreundlichkeit bewegen können.

Für mich war es wirklich ein Aha-Erlebnis, weil Renate Schmidt gemeinsam mit Wolfgang Clement diese Initiative gegründet hat, mit wie viel Power die Familienministerin von Anfang an bei diesem Thema war, es aber am Anfang eigentlich nicht viel Bewegung gab. In den letzten Monaten sieht man deutlich auch an den Zahlen, dass sie steigen, überdimensional im Verhältnis zum ersten Jahr. Ich bin ganz sicher, dass aufgrund dieser Organisation über die Hertie-Stiftung, über die individuelle Beratung man tatsächlich erheblich mehr Unterstützung organisiert hat und damit auch zu erheblich besseren Zahlen und Ergebnissen kommen wird, als das früher der Fall war, als man einfach auf den Wettbewerb gesetzt hat.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Grosse.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Frau Ministerin, Sie hatten eben schon die besondere Stellung der kleinen und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz angesprochen. Ich darf dazu noch eine Nachfrage stellen. Inwieweit wird durch dieses „Audit Beruf und Familie“ vonseiten Ihres Ministeriums Beratung stattfinden, bei kleineren und mittelständischen Unternehmen Verbünde zu gründen, beispielsweise für Kinderbetreuung und andere Dinge, die sich als familienfreundlich zeigen?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Das Audit beinhaltet schon, dass es zwei Moderatoren, Moderatorinnen gibt, die den Zertifizierungsprozess in Unternehmen unterstützen und begleiten. Das bedeutet:

Das Unternehmen steht nicht allein da. Sie geben Vorschläge, was individuell in diesem Betrieb an Veränderung usw. möglich ist.

Wir haben ein Zusatzmodul entwickelt im Bereich der Arbeitszeiten. Das bieten wir schon länger an. Im Rahmen dieses Audits bieten wir an: Wenn für kleinere oder mittlere Unternehmen die Problematik „neue Arbeitszeitgestaltung“ irgendwie schwer handhabbar ist, dass es eine spezielle Beratung im Bereich „Arbeitszeitgestaltung“ gibt. Das ist ein schwieriges Thema. Deswegen schien es uns besonders wichtig, entsprechendes Know-how zur Verfügung zu stellen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Thelen.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Frau Ministerin, Sie haben mitgeteilt, dass sich bereits 55 Unternehmen um diese Zertifizierung bemühen. Können Sie uns sagen, welche Struktur diese Unternehmen haben? Sind das eher die kleinen oder eher die mittleren Unternehmen?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Die 55 Unternehmen sind im Gespräch. Sie interessieren sich für das Audit. Ich will nicht, dass hier festgestellt wird, dass das die Unternehmen sind, die schon sozusagen vor Vertragsabschluss stehen. Das ist nicht der Fall. Sie haben vielmehr Interesse bekundet und stehen mit der Hertie-Stiftung im Beratungsgespräch.

Zur Struktur kann ich jetzt im Moment leider aus dem Kopf nichts sagen. Das kann ich Ihnen aber gern mitteilen lassen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, Sie haben gesagt, Sie erreichen damit einen Teil der Unternehmen. Sind Sie mit mir der Auffassung, dass sich für das Ziel einer familienbewussten Arbeitswelt die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern dieses Themas verstärkt annehmen müssten?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Ich bin dezidiert dieser Meinung. Deswegen war ich auch sehr froh, dass der Wirtschaftsminister mit mir gemeinsam bei der IHK Rheinhessen dieses Projekt vorgestellt hat. Die Kammern haben auch deutlich zuge-

sagt, dass sie sich stärker um dieses Thema bemühen werden und auch dazu bereit sind, dass wir entsprechende Informationsveranstaltungen und Ähnliches mit ihrer Unterstützung durchführen können. Es ist aber vollkommen klar, dass wir auf die Kammern angewiesen sind, weil sie einen völlig anderen Zugang zu den Betrieben haben, als wir das von der Politik aus haben.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Brede-Hoffmann.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Frau Ministerin, in der letzten Stadtratsitzung hat der Stadtrat in Mainz beschlossen, dass er sich an diesem Prozess beteiligen will. Wie viel andere Kommunen sind interessiert und inwieweit ist der öffentliche Dienst überhaupt an diesem Verfahren beteiligt? Gibt es Bemühungen, dort im Besonderen dieses Audit durchzuführen?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Wir sind sehr froh darüber, wenn die Kommunen sich diesem Auditierungsprozess anschließen. Vorreiter – das muss man klar sagen – war der Landkreis Simmern gewesen. Sie sind auch schon komplett zertifiziert. Wir sind dann als Ministerium gefolgt. Es gibt immer mehr Kommunen, die sagen: Es ist auch unsere Aufgabe einzusteigen. Ich kann sie jetzt nicht konkret benennen. Sie tröpfeln aber so allmählich ein.

Ich möchte aber noch einmal zur Finanzierung dieser Angelegenheit eine Bemerkung machen. Es ist als Arbeitsministerium nicht in unserem Interesse, dass wir jetzt die Verwaltungen in dieser Zertifizierung finanziell unterstützen, sondern wir wollen tatsächlich den Wirtschaftsbetrieb. Wir wollen aber auch gleichzeitig signalisieren, dass es Aufgabe der Verwaltung ist, sich dieses Themas zu stellen. Wir begrüßen das und unterstützen auch gern. Wir werden aber auch darauf achten, dass unser ganzes Geld nicht in die Verwaltungsschiene geht, sondern tatsächlich sich im Wirtschaftsbereich eingestellt wird.

Es ist sehr schön, dass die Landeshauptstadt in diesen Prozess einsteigt.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Franzmann.

Abg. Franzmann, SPD:

Frau Ministerin, es gibt Berufe, die fast ausschließlich männerdominiert sind, Baugewerbe, Baunebengewerbe. Wissen Sie, ob von dorthier bereits Interesse angemeldet worden ist, oder könnte das umgekehrt eine besondere Zielgruppe sein?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Wir wissen inzwischen schon von zwei Bauunternehmen, worüber wir sehr glücklich sind, die Interesse signalisiert haben. Ich habe in absehbarer Zeit auch noch ein Gespräch mit dem Chef eines größeren Baubetriebs.

Wir haben ganz großes Interesse daran, dass auch die Betriebe, die überwiegend Männer beschäftigen, sich mit diesem Thema auseinander setzen, damit auch Männer die Chance haben, in einem familiengerechten Betrieb zu arbeiten, um damit Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Präsident Grimm:

Ich stelle fest, die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Friederike Ebli und Günter Rösch (SPD), Aktuelle Entwicklung der Krankenkassenbeiträge in Rheinland-Pfalz** – Nummer 8 der Drucksache 14/4190 – betreffend, auf.

Abg. Rösch, SPD:

Presseberichten zufolge beabsichtigt die AOK Rheinland-Pfalz, ihren Beitragssatz zum 1. Juli 2005 von 14,2 % auf 13,3 % zu senken.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Beitragssatzsenkung der AOK Rheinland-Pfalz und der anderen Krankenkassen in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Entwicklung der Krankenkassenbeiträge in Rheinland-Pfalz im Vergleich zur Entwicklung auf Bundesebene?
3. Werden aus Sicht der Landesregierung die Vorgaben des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) umgesetzt?

Präsident Grimm:

Es antwortet die Frau Gesundheitsministerin.

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Friederike Ebli und Günter Rösch beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Alle gesetzlichen Krankenkassen werden zum 1. Juli 2005 ihren Beitragssatz um 0,9 Beitragsspunkte absenken, da es sich um eine gesetzlich vorgeschriebene Senkung handelt.

So wird die AOK Rheinland-Pfalz ab dem 1. Juli 2005 anstatt derzeit 14,2 % einen Beitragssatz von 13,3 % erheben. Die Innungskrankenkasse Rheinland-Pfalz senkt zum 1. Juli 2005 ihren Beitragssatz deutlich von 14,5 % auf 13,3 %.

Dies hatte der Verwaltungsrat bereits in seiner Sitzung am 22. Februar beschlossen. Die Beitragssatzsenkung um 1,2 % geht dabei über die gesetzliche Verpflichtung hinaus.

Die beiden landesunmittelbaren Betriebskrankenkassen, die Betriebskrankenkasse Kevag in Koblenz und die Betriebskrankenkasse Vital in Ludwigshafen, werden ebenfalls zum 1. Juli 2005 die gesetzlich vorgegebene Senkung vornehmen, wobei der Verwaltungsrat der Betriebskrankenkasse Vital bereits zum 1. Mai 2005 eine Beitragssatzsenkung um 0,3 Prozentpunkte beschlossen hatte.

Von den bundesweit agierenden Betriebskrankenkassen und Ersatzkassen liegen der Landesregierung keine offiziellen Daten vor.

Die Absenkung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,9 Prozent werden durch die Verringerung der Lohnnebenkosten zu einer erheblichen Entlastung der Arbeitgeber und -geberinnen beitragen und damit die im Bundesvergleich gute wirtschaftliche Situation in Rheinland-Pfalz zusätzlich begünstigen.

Zu Frage 2: Die AOK Rheinland-Pfalz liegt mit ihrem derzeitigen Beitragssatz von 14,2 % deutlich unter dem Durchschnitt der West-AOK mit 14,5 % und unter dem Durchschnitt aller Ortskrankenkassen im Bundesgebiet mit 14,36 %.

(Beifall der SPD)

Sie hat ihren Beitragssatz im Jahr 2004 zweimal gesenkt, und zwar zum 1. Januar 2004 und zum 1. Juli 2004 jeweils um 0,2 Prozentpunkte. Sie war neben der AOK Bayern damit die einzige Ortskrankenkasse, die Einsparungen aus dem GKV-Modernisierungsgesetz unverzüglich an die Versicherten und Arbeitgeber weitergegeben hat.

Die AOK Rheinland-Pfalz betreut ca. 60.000 Arbeitgeber, die IKK Rheinland-Pfalz ca. 18.000 Betriebe im Handwerk und Mittelstand, die von der Entlastung der Lohnnebenkosten allesamt profitieren werden.

Zu Frage 3: Ab 1. Juli 2005 haben die Versicherten neben dem durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz eingeführten zusätzlichen Beitrag in Höhe von 0,5 % einen weiteren zusätzlichen Beitrag für Zahnersatz in Höhe von 0,4 Prozentpunkten, zusammen also 0,9 Beitragsspunkte, zu finanzieren.

Im Gegenzug wurden die Krankenkassen vom Gesetzgeber verpflichtet, ihren allgemeinen Beitragssatz ab dem 1. Juli 2005 um 0,9 Prozentpunkte zu senken.

Von der ursprünglich durch die Gesundheitsreform vorgesehenen Finanzierung des Zahnersatzes über die gesonderte Pauschalprämie von etwa 8 Euro im Monat wurde Abstand genommen.

Die neue Regelung erspart unnötige Verwaltungskosten, die eine Pauschalprämie zur Folge gehabt hätte, weil die Krankenkassen für rund 20 Millionen Rentner und Rentnerinnen sowie Arbeitslose ein bürokratisches Einzugsverfahren hätten organisieren müssen, dessen Kosten die Zahnarztprämie unnötig in die Höhe getrieben hätten.

Einsparungen durch Minderausgaben aufgrund des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes sollen die gesetzlichen Krankenkassen für Beitragssatzsenkungen verwenden. Durch die zweimalige Beitragssatzsenkung bei der AOK Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 wurde dieser Vorgabe Rechnung getragen.

Auch die Innungskrankenkasse Rheinland-Pfalz und die Betriebskrankenkasse Vital werden in diesem Jahr durch Beitragssatzsenkungen, die über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehen, die Versicherten und Arbeitgeber im Sinn des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes entlasten.

So weit die Antwort der Landesregierung.

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren! Bevor ich Zusatzfragen zulasse, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass der Geräuschpegel entschieden zu hoch ist und eine Belastung für die Rednerin darstellt.

Gibt es Zusatzfragen? – Frau Abgeordnete Ebli.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Frau Ministerin, gibt es bereits Rückmeldungen oder Resonanzen aus den Betrieben auf die angekündigte Beitragssenkung?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Leider sind mir solche Rückmeldungen nicht bekannt, worüber ich mich natürlich sehr freuen würde; denn die Debatte in der Wirtschaft zum Thema „Lohnnebenkosten“ ist immer sehr groß.

Ich denke, es wäre durchaus anerkennenswert, der AOK und auch den anderen Kassen gegenüber, einmal zu signalisieren, dass diese Bemühungen tatsächlich gesehen werden und genau zu dem Ziel führen, das verabredet war.

(Beifall der SPD und der FDP)

Selbstverständlich besteht der Verwaltungsrat der AOK auch aus der Arbeitgeberseite. Herr Kuhn äußert sich öffentlich immer sehr positiv genau über diesen Punkt,

dass es im Sinn der Arbeitgeber ist, dass es tatsächlich zu Absenkungen der Beiträge kommt.

Präsident Grimm:

Herr Abgeordneter Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Frau Ministerin, kann man jetzt schon tendenzielle Aussagen machen, in welche Richtung sich strukturell vom Aufkommen her diese Beiträge weiterentwickeln werden, oder lässt sich das aus dem Gesundheitswesen noch nicht ableiten?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Die Frage ist sehr schwierig zu beantworten. Wir wissen, dass die Kassen im letzten Jahr einen enormen Überschuss von 4 Milliarden Euro gemacht haben, der allerdings zum Teil gebraucht wird, um Schulden zurückzuführen.

Wir wissen auch, dass die Effekte vom Gesundheitsmodernisierungsgesetz sehr hoch waren, dass sie allerdings nicht dauerhaft tragfähig sind, wenn wir nicht die Einnahmensituation erhöhen können. Zurzeit leben wir von Einsparungen auf der Ausgabenseite. Das muss man sehr deutlich sagen.

Die Einnahmenseite ist dramatischer denn je. Deshalb ist es durchaus wichtig, dass man sich in den kommenden Jahren ernsthaft darüber Gedanken macht, wie man die Krankenversicherungen weiterentwickelt, um die Einnahmenseite in den Griff zu bekommen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Frau Ministerin, in welche Richtung wäre eine Vorstellung für die Einnahmenseite gegeben, dass man eine Entwicklung hat, die eine bessere Ertragssituation ergeben könnte? Können Sie dazu Anregungen mit auf den Weg geben?

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Die politischen Debatten sind eigentlich klar oder teilweise auch unklar an dieser Stelle.

Ich persönlich als Gesundheitsministerin favorisiere, dass man die Einnahmenseite der gesetzlichen Kran-

kenkassen auf eine breitere Basis stellt, das heißt, alle Bürger und Bürgerinnen, aber auch alle Einkommensarten mit einbezieht und damit dieses System, das sich all die Jahre bewährt hat, in diesem Sinn weiterentwickelt, dass alle, die daran teilhaben, auch entsprechend das solidarische System in Zukunft miteinander finanzieren.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage von Frau Abgeordneter Ebli.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Frau Ministerin, sind Ihnen in diesem Zusammenhang Informationen erkenntlich, wie sich andere Krankenkassen im Zusammenhang mit dem GKV-Modernisierungsgesetz mit den Senkungen der Beiträge verhalten?

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Einiges habe ich schon genannt. Ich gehe davon aus, dass die Kassen bundesweit ihre Beiträge zum 1. Juli um 0,9 % senken werden. Sie sind gesetzlich dazu verpflichtet. Letztendlich ist es für die Kasse ein Nullsummenspiel; denn der Teil, der zu der Beitragssenkung führt, wird letztendlich von den Versicherten aufgebracht. Der Kompromiss, der seinerzeit in der Gesundheitsreform geschlossen wurde, besagt: Die Versicherten werden an bestimmten Stellen mehr belastet, dafür wird man aber dem großen Ziel der Absenkung der Lohnnebenkosten etwas näher kommen.

Im Übrigen habe ich ausgeführt, dass sowohl die IKK als auch die eine oder andere Betriebskrankenkasse bereit ist, zusätzliche Beitragssenkungen über 0,9 % vorzunehmen. Dies freut uns natürlich, da das ursprüngliche Ziel des GMG auch darin bestand, dass die Einsparungen, die über die Gesundheitsreform erfolgt sind, nicht ausschließlich in die Schuldenreduzierung fließen, sondern darüber hinaus auch zur Beitragssatzsenkung genutzt werden sollen. Die Versicherten sind mehr belastet worden, und deshalb haben sie es verdient, dass die Beiträge gesenkt werden.

(Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Fragestunde ist beendet.

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Die noch nicht beantworteten Mündlichen Anfragen werden gemäß unserer Geschäftsordnung in Kleine Anfragen umgewandelt und entsprechend beantwortet werden.

(Zuruf von der SPD: Sehr vernünftig!)

Ich rufe nun **Punkt 16** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

„Erhaltung und Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen durch die EU-Chemikalien- richtlinie (REACH)“ auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4176 –

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen im Landtag nicht zum ersten Mal über die vorgeschlagene EU-Chemikalienrichtlinie. Wir haben aber auch durchaus Anlass, in einer Aktuellen Stunde heute darüber zu sprechen, da es tatsächlich Bewegung in der Diskussion und im Vorankommen um eine Lösung bei der europäischen Chemikalienpolitik gibt. Da gerade auch in Rheinland-Pfalz heftig über diese Studie und über die Chemikalienrichtlinie gestritten wurde und aufgrund der Tatsache, dass die Landesregierung schon des Öfteren in Brüssel interveniert hat, ist die Diskussion vor Ort in Rheinland-Pfalz wichtig. Nicht nur die Landesregierung, sondern natürlich auch die Chemische Industrie, allen voran die BASF in Ludwigshafen, haben immer wieder in Brüssel interveniert, dass sich die Chemikalienrichtlinie ändern soll.

Ich möchte vorab sagen, für uns ist die Chemikalienrichtlinie ein Meilenstein in der europäischen Umweltpolitik wie auch in der weltweiten Umweltpolitik. Sie ist nicht nur ein Meilenstein in der Umweltpolitik, sondern sie ist auch ein Meilenstein im Verbraucherschutz. Es kann, es wird und es muss in Europa gelingen, Verbraucherschutz beispielhaft darzustellen und umzusetzen. Die Chemikalienrichtlinie hat die Möglichkeit, Gesundheit bei den Menschen zu fördern, Krankheiten zu vermeiden, aber auch Kosten zu sparen. Wir haben gerade über eine Mündliche Anfrage zu den Kosten bei den Krankenkassen beraten und wissen alle, dass Allergien und Krankheiten aus der Umweltreizung zunehmen. Von daher ist es wichtig, dass Chemikalien getestet werden. Daher ist die Chemikalienrichtlinie ein Meilenstein für den Verbraucherschutz und für den Umweltschutz, und deswegen ist sie so wichtig für Europa.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab heftige Debatten. Der Bund der Deutschen Industrie hat eine Studie in Auftrag gegeben, die im Landtag diskutiert wurde. Die Zahlen wurden genannt. In dieser Studie, die die Beratungsfirma Arthur D. Little damals vorgelegt hat, hieß es, es könnten tausende, hunderttausende, ja sogar Millionen von Arbeitsplätzen in Europa abwandern oder vernichtet werden, und dadurch könnte auch ein Einbruch des Bruttosozialprodukts von mehr als 2 % bis 5 % in Deutschland verursacht werden.

Der VCI und die europäische Chemieindustrie haben nun eine neue Studie in Auftrag gegeben, die in den letzten Wochen veröffentlicht wurde. Für das Land Rheinland-Pfalz und auch für die Landesregierung ist es

wichtig, diese Studie zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte einmal die Überschrift vorlesen, unter der die Ergebnisse dieser Studie in der Presse behandelt wurden: „Entwarnung bei Chemikalienrichtlinie. Studie der Industrie für Panikmache ad absurdum. Kleinbetrieben drohen Probleme,“ – das ist nach wie vor ein Problem, das ist klar – „Brüssel nicht erstaunt, die Warnungen von Industrievertretern unter der Bezeichnung REACH der heftig diskutierten Neuausrichtung der europäischen Chemikalienpolitik sind weitgehend übertrieben.“ Es heißt weiter: „Weder ist, wie zuvor befürchtet, mit dem Verschwinden von Produkten zu rechnen, noch werden Unternehmen ins Ausland abwandern. REACH verursacht keine heftigen Preiserhöhungen und gefährdet die Wettbewerbssituation der verarbeitenden Industrie in Europa nicht.“

(Creutzmann, FDP: Das ist nur die halbe Wahrheit, wie immer!)

Das sind die Ergebnisse der Studie. Wie gesagt, diese Studie wurde von der Industrie in Auftrag gegeben. Ich hoffe, dass wir nun eine Versachlichung der Diskussion erreichen können.

(Schwarz, SPD: Aber Sie tragen nicht dazu bei! Beschäftigen Sie sich einmal mit dem ursprünglichen Entwurf!)

Natürlich bleiben weitere Probleme, das möchte ich gar nicht verhehlen. Es wird auch weiterhin Probleme für kleinere Betriebe geben, aber auch daran wird gearbeitet. Auf europäischer Ebene gibt es einen gemeinsamen Lösungsvorschlag von Ungarn und Großbritannien. Großbritannien wird im nächsten halben Jahr die Führung der EU-Kommission übernehmen und will versuchen, REACH, also die europäische Chemikalienrichtlinie, zu einem erfolgreichen Ende und zu einer erfolgreichen Umsetzung zu bringen.

Der Vorschlag von Ungarn und Großbritannien lautet, dass nur noch eine Registrierung pro Stoff gefordert werden soll. Das ist eine vernünftige Richtung. Das haben wir immer wieder gesagt.

(Ramsauer, SPD: Wir haben das gesagt? – Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

– Natürlich haben wir das gesagt. Herr Ramsauer, wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie es gehört.

Dadurch können wir Tierversuche minimieren. Das Bundesumweltministerium arbeitet seit langem daran, dass es eine Marktführerregistrierung gibt.

(Glocke des Präsidenten)

Ich möchte dies für die Diskussion erklären: Eine Marktführerregistrierung bedeutet, dass die Marktführer die Registrierung vornehmen und die anderen Produzenten sich an den Kosten beteiligen. Das heißt, wir wollen schon seit Jahren nur eine Registrierung pro Stoff. Ich glaube, es ist ein guter Vorschlag, der aus Ungarn und Großbritannien kommt. Wir haben die Chance auf

Verbraucherschutz und auf die Erhaltung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Diese Chance sollten wir nutzen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich freue mich über das Interesse an unserer Diskussion bei den Schülerinnen und Schülern des Leistungskurses „Sozialkunde“ des Bischöflichen Angela-Merici-Gymnasiums aus Trier. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht nun Herr Abgeordneter Ramsauer.

Abg. Ramsauer, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Dr. Braun, es ist schon ein dreister Versuch der GRÜNEN,

(Beifall der SPD und bei der FDP)

auch wenn man den Text Ihres Antrages liest: „Schaffung von Arbeitsplätzen durch REACH“, und nun die neuen Studien vorzulegen, die sich natürlich nicht mit dem ursprünglichen „grün“ gefärbten Entwurf auseinander setzen,

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

der in der Tat für die Arbeitsplätze in diesem Land sehr gefährlich gewesen wäre, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Lieber Herr Dr. Braun, ginge es nach der Ausgangsposition, so hätte dies in Deutschland tausende von Arbeitsplätzen gekostet. Deshalb war es dringend geboten, dass wir uns seit Jahren intensiv mit diesem Problem auseinander setzen.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit der ersten Vorlage des Weißbuchs für Chemikalienpolitik haben sich Sozialdemokraten, unter anderem in diesem Haus, für eine Veränderung dieser Chemikalienrichtlinie und eine konstruktive Diskussion eingesetzt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben erfolgreich an der Knüpfung eines Netzwerks auch für positive Veränderungen gearbeitet. Meine Damen und Herren, dieses Netzwerk ist eine Erfolgsgeschichte. Das Ergebnis dieses Engagements ist in der Tat eine realistische Aussicht auf eine vernünftige Kompromisslösung.

Martin Schulz, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion in Brüssel, sagte, man stehe einer prag-

matischen Lösung kurz bevor, und er rechnet damit, dass diese Lösung schon zu Beginn des Jahres 2007 greifen kann.

Meine Damen und Herren, in zahlreichen Veranstaltungen hat die SPD-Fraktion dieses Hauses mit vielen Partnern in Mainz, in Berlin, in Straßburg, in Brüssel und zum Schluss auch in Ludwigshafen ein positives Klima für die Veränderung des ursprünglichen industriefeindlichen Entwurfs, eines Entwurfs, der hätte Arbeitsplätze kosten müssen, geschaffen.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Woher kam er denn, der Entwurf? –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Woher kam der Entwurf?)

Seit über fünf Jahren setzen sich Ministerpräsident Kurt Beck und – seit sie im Amt ist – die Umweltministerin Margit Conrad und auch der Wirtschaftsminister gemeinsam mit uns für ein vernünftiges, praktikables und fortschrittliches Chemikalienrecht in Europa ein.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wenn man die Auflistung der Gespräche und der Aktivitäten des Ministerpräsidenten sieht, dann weiß man, für wie brisant man dieses Thema auch in Rheinland-Pfalz gehalten hat und wie erfolgreich wir jetzt auch in dieser Frage sind.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, dazu gibt es seit Jahren eine intensive Zusammenarbeit des Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler, der in der Kommission die entscheidenden Impulse hat setzen können und der auch durchgesetzt hat, dass der deutsche Sozialdemokrat Günter Verheugen Industriekommissar geworden und dadurch die Wende möglich geworden ist.

Die erste Stellungnahme von Verheugen war schon konsequent und klar in der Richtung, wie wir das in Deutschland brauchen.

Wesentlicher Bestandteil dieser Erfolgsgeschichte ist die gemeinsam erarbeitete Position mit der Gewerkschaft BCE und dem VCI, die in der so genannten Ludwigshafener Erklärung im Beisein des Bundeskanzlers und des Ministerpräsidenten dann auch öffentlich deutlich gemacht hat, worum es geht.

Vergleicht man den ersten Entwurf mit dem, was heute in Brüssel diskutiert wird, so sind wir unserem von Anfang an angestrebten Ziel entscheidend näher gekommen. Insbesondere die Mengenbegrenzung bei der Registrierung neuer Stoffe ab 100 Tonnen ist zu nennen. Aber immer noch ist der EU-Verordnungsvorschlag zu aufwändig und zu bürokratisch, vor allem für die Belange kleinerer und mittlerer Unternehmen.

Uns ging es immer um das, was auch heute das Wichtigste ist, nämlich einerseits die Gewährleistung eines hohen Gesundheits- und Umweltschutzniveaus und andererseits die Förderung von Innovation und Wettbewerb in der Industrie und damit das Verhindern von

Arbeitsplatzverlagerungen aus Deutschland heraus in einer ohnehin stark globalisierenden Industrie.

(Beifall bei SPD und FDP)

Mehr denn je geht es allerdings jetzt um die Auswirkungen der Chemikalienrichtlinie auf die kleinen und mittleren Unternehmen, die es auch zahlreich in Rheinland-Pfalz gibt. Die Warnungen haben Wirkung gezeigt. Fortschritte sind erkennbar. Günter Verheugen hat sehr klar Stellung bezogen, was ich bereits sagte.

Die Stellungnahme des Industriekommissars entspricht konsequent dem, was Kurt Beck, Margit Conrad und auch wir seit Jahren in dieser Frage vertreten. Vor allem dem deutschen Verbraucher und Arbeitnehmer wird dies zugute kommen.

Aber die Frage der Verhältnismäßigkeit von Risikoabschluss und Aufwand muss weiter überprüft werden. Bei der Beachtung aller fundamentalen Sicherheitsaspekte im Umgang mit Chemikalien muss aber auch die Konkurrenzfähigkeit der Chemischen Industrie beachtet werden.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme gleich zum Schluss. Unsere gemeinsamen Forderungen bestehen weiterhin, ein Stoff, eine Registrierung, aussagekräftige Grunddatensätze, in der Vorregistrierungsphase Stoffpriorisierung nach Risikomaßstäben, vereinfachte Expositionsbeurteilungen mit Expositions-kategorien und Stärkung der Chemikalienagentur. Es ist falsch, lediglich nach den Eigenschaften der Stoffe, aber nicht nach ihrem Nutzen zu bewerten.

Die generelle Registrierungspflicht von Substanzen mit geringer Herstellungs-menge ist unvernünftig.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Gebhart das Wort.

Abg. Dr. Gebhart, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Europa hat sich viel vorgenommen. Die Reform der Chemikalienpolitik ist eines der größten einzelnen Gesetzesvorhaben, die sich die EU jemals auf ihre Fahnen geschrieben hat. Im Ziel herrscht große Einigkeit, Schutz von Mensch und Umwelt auf der einen Seite, Stärkung und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite. Wenn wir uns aber konkret den Vorschlag der EU-Kommission zur REACH-Verordnung ansehen, die über 1.000 Seiten, müssen wir leider feststellen, das Ziel wird verfehlt. Der Vorschlag weist nach wie vor gravierende Mängel auf. Wenn er so beschlossen würde, wie er im Moment auf dem Tisch liegt, wäre das fatal für uns alle.

(Beifall bei der CDU)

Warum wäre es fatal? Weil vieles von dem, was vorgeschlagen wird, in der Tat den bürokratischen Aufwand erhöht, aber nicht zu mehr Schutz führt, weil die Kosten und Nutzen in einem krassen Missverhältnis stehen, weil die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und gerade der Weiterverarbeiter geringer werden würde, weil die kleinen und mittleren Unternehmen vor allem betroffen wären, weil Anreize zur Produktionsverlagerung stattfinden würden, weil tausende von Arbeitsplätzen auch in Deutschland gefährdet wären. Meine Damen und Herren, das kann nicht die Lösung der Probleme in Deutschland sein.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Braun, Sie haben die Studie von KPMG angesprochen, die vor wenigen Tagen vorgelegt wurde. Es ist eine von vielen Studien, die die Auswirkungen untersuchen soll. Was ist passiert? Manche haben sich einzelne Aussagen dieser Studie regelrecht herausgepickt, so interpretiert, als würde alles gar nicht so schlimm werden. Die GRÜNEN jubeln sogar: Arbeitsplätze durch REACH. – Wenn wir uns aber die Ergebnisse sorgfältig durchlesen, dann gibt es überhaupt keinen Grund zur Entwarnung.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Die Ergebnisse der Studie sind klar. Die Kosten wären immens. Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen wären die großen Verlierer; denn ihre Stoffe können teilweise nicht mehr rentabel hergestellt werden. Allein die Registrierkosten würden zum Teil die Gewinne völlig auffressen. Bestehende Verlagerungstendenzen würden verstärkt werden. Es bleibt auch nach dieser Studie dabei: Wir können uns REACH in dieser Form, wie der Vorschlag im Moment auf dem Tisch liegt, nicht leisten.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein besseres REACH. Das heißt zum Beispiel Folgendes:

1. Wir brauchen geringere Testanforderungen.
2. Wir müssen weg von den rein mengenorientierten Prüfanforderungen. Es macht keinen Sinn, Daten ohne jeglichen Bezug zu einem konkreten Risiko zu fordern.
3. Wir brauchen keine Öffnungsklauseln im Zulassungsverfahren.
4. Die Geschäftsgeheimnisse müssen selbstverständlich gewahrt werden.

Das sind nur einige wenige wichtige Punkte.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen REACH grundsätzlich überarbeiten. Wir haben im Moment die Chance dazu. Kommissionspräsident Barroso hat angekündigt, dass eine solche Überarbeitung stattfinden soll. Er hat dies vor kurzem in einem persönlichen Gespräch unse-

rem Fraktionsvorsitzenden nochmals klipp und klar bestätigt. Das ist gut. Das macht Hoffnung. Wir müssen aber auch sehen, die Musik bei diesem Thema spielt vor allem auch im Parlament und im Ministerrat, das heißt in diesem Fall im federführenden Wettbewerbsrat.

Meine Damen und Herren, es ist ein Unding, dass uns dort im europäischen Wettbewerbsrat immer dann, wenn es um die Chemikalienpolitik geht, der Umweltminister Trittin und nicht der Wirtschaftsminister, wie das normalerweise dort so üblich ist, vertritt. Ich halte dies für einen Kardinalfehler dieser Bundesregierung.

(Beifall der CDU)

Man braucht sich über manches Ergebnis am Ende nicht zu wundern.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der niedersächsische Oppositionsführer Sigmar Gabriel hat in einem Interview in der „WELT am SONNTAG“ vom 29. Mai 2005 Folgendes ausgeführt – wenn Sie gestatten, darf ich zitieren –: „Die GRÜNEN haben den Hang, Investitionsmaßnahmen, Planungsmaßnahmen und Innovationsmaßnahmen mit einer überbordenden Bürokratie zu befrachten, die uns daran gehindert hat, Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen und zu sichern.“

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Zitieren Sie doch nicht Gabriel, zitieren
Sie doch Ihren Kollegen Creutzmann!)

„Auch unternehmen die GRÜNEN immer wieder den fehlerhaften Versuch, eine völlig risikofreie Gesellschaft herbeizaubern zu wollen. Ich nenne nur das Thema ‚Gentechnologie‘. Auf diese Weise verlieren wir wichtige Bestandteile im Innovationsprozess und im globalen Wettbewerb.“ – Recht hat er.

(Beifall bei FDP und SPD)

Diese berechtigten Vorwürfe stecken Ihnen wohl so in den Knochen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, dass Sie heute diesen wirklich absurden und untauglichen Versuch unternehmen, die Realität umzukehren und zu behaupten, über REACH käme es zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Dieses und das, auf was Sie und Herr Dr. Braun abgehoben haben, ist ein Detailchen in bestimmten Untersuchungen. Das ist das Problem. Sie wissen ganz genau, dass das, was Sie hier präsentieren wollen, nichts mit der Realität zu tun hat.

(Zurufe der Abg. Dr. Braun und Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird in der sich ergebenden verhängnisvollen Bilanz überhaupt keine Rolle spielen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tief beeindruckt von den öffentlichen Vorwürfen, die Arbeitsplatzvernichtungspartei zu sein, wird von Ihnen der Versuch unternommen, das Ganze umzudrehen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Im Moment bin ich tief beeindruckt
von Ihnen, Herr Kuhn!)

Liebe Frau Thomas, das gelingt Ihnen nicht.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Wenn Sie sich die entsprechenden Studien und Untersuchungen seriös anschauen, dann bleibt es dabei, die kleineren und mittleren Unternehmen sind weiterhin gefährdet und haben erhebliche wettbewerbsmäßige Nachteile. Das ist heute Morgen schon gesagt worden.

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Es bleibt weiterhin die Gefahr bestehen. Wir haben einen globalisierten Markt. Es bleibt weiterhin so und wird sich auch dann nicht ändern, wenn wir nicht aufpassen, dass die Ziele Verbraucherschutz und umweltgerechte Produktion so nicht erreicht werden, weil Produkte von außerhalb der EU auf den Markt kommen, die wettbewerbsfähiger sind und den Ansprüchen nicht genügen müssen. Das sind nicht gelöste Probleme.

Das Problem sind die kleineren und mittleren Unternehmen. Wie Herr Kollege Ramsauer will ich noch einmal deutlich machen, wie stark sich die rheinland-pfälzische Politik und die Landesregierung bisher in Brüssel erfolgreich eingesetzt hat. Ministerpräsident Beck, Frau Ministerin Conrad und Minister Bauckhage ziehen alle an einem Strang. Ich sage es, weil es wahr ist. Auch der Bundeskanzler hat sich erfolgreich eingesetzt.

(Jullien, CDU: Das freut ihn aber!)

Das ist in Ordnung. Das darf man einmal sagen. Ein bisschen Fairness gehört schon dazu.

Den kleinen und mittleren Unternehmen drohen Gefahren. Es gibt weitere Studien, die ich im Detail nicht vorstellen kann. Es gibt die KPMG-Studie, die zu dem Ergebnis kommt, dass eine große Zahl von Arbeitsplätzen gefährdet ist. Das sind seriöse Studien. Die dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, wenn es um weitere Verhandlungen in Brüssel geht. Ich bin sicher, dass unsere Interessen von der Landesregierung auch weiterhin erfolgreich vertreten werden.

Liebes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, es ist ein völlig untauglicher Versuch, den Spieß umzudrehen. Das wird die Öffentlichkeit bemerken. Es ist eher ein peinlicher Versuch, das entkräften zu wollen, was die in der Öffentlichkeit erfahren, nämlich die berechtigten Vorwürfe,

dass Sie zum Abbau von Arbeitsplätzen erheblich beitragen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Tief beeindruckt! –

Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Ministerin Conrad.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Rheinland-Pfalz ist der Chemiestandort Deutschlands. Die Landesregierung ist sich dieser Verantwortung auch gerade für die Arbeitsplätze in unserem Land bewusst.

Die Bedeutung und die Konsequenzen des neuen europäischen Chemikalienrechtes und der Chemikalienpolitik insgesamt für die großen, aber auch für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, haben das Kabinett bzw. die Landesregierung in den letzten Jahren intensiv beschäftigt. Wir haben von Anfang an die Vorstellungen analysiert und bewertet. Wir haben breit und auf jeder uns zur Verfügung stehenden Ebene und mit jeder Möglichkeit interveniert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ziel ist es, gerade im Interesse der Arbeitsplätze in unserem Land dafür zu sorgen und unseren Einfluss geltend zu machen, dass wir ein europäisches Chemikalienrecht erhalten, das auf der einen Seite dem Gedanken der Nachhaltigkeit gerecht wird, auf der anderen Seite aber Innovation eher fördert und vor allen Dingen die Wettbewerbsfähigkeit im Auge hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung ist der Meinung, dass wir ein einheitliches europäisches Chemikalienrecht brauchen. Wir brauchen es im Interesse fairer Wettbewerbsbedingungen. Wir brauchen es auch, weil wir bestehende Regelungen dringend ablösen müssen. Es gibt schon die Altstoffverordnung und eine europäische Regelung zur Zulassung neuer Stoffe ab 10 Kilo. Diese Vorschriften haben sich zum großen Teil gerade als vollzugsuntauglich, bürokratisch und in extremem Maße als innovationshemmend herausgestellt. Wir brauchen deswegen neue Regelungen. Wir brauchen sie auch, um von den auf dem Markt befindlichen Chemikalien möglichst schnell die sicherheitsrelevanten Informationen für die Menschen, für die Umwelt und für die Anwender in der Verarbeitungskette zu bekommen. Das vereint uns.

Bei der Diskussion um das europäische Chemikalienrecht geht es nicht um das Ob, sondern es geht um das Wie. Ziel muss sein, ein europäisches Chemikalienrecht zu schaffen, das durch hohe Umwelt- und Gesundheitsstandards Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Verbraucher und Verbraucherinnen schützt und die Wettbewerbsfähigkeit im Auge behält. Herr Ramsauer

hat auf die lange Liste der von uns unternommenen Interventionen, Einwendungen, Gespräche, Briefe, Anträge im Bundesrat sowohl des Ministerpräsidenten, des Herrn Kollegen Bauckhage, meinerseits und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Europa, in Berlin, den Gesprächen mit Verbänden und Gewerkschaften hingewiesen. Wenn Sie so wollen, ist es in diesem Netzwerk gelungen, einige unserer Vorschläge in den mittlerweile vorliegenden Entwurf von 2003 eingehen zu lassen.

Ich will einige nennen. Wir haben erreicht, dass von der ursprünglichen Absicht, nur eine Richtlinie zu erlassen, die wesentliche nationale Spielräume eröffnet hätte, Abstand genommen worden ist. Es ist beabsichtigt, eine für alle verbindliche Verordnung zu erlassen, die faire bzw. gleiche Wettbewerbsbedingungen schafft.

Wir haben es vom Grundsatz her erreicht, dass Stoffe am Anfang der Herstellungskette geprüft werden. Das ist vor allen Dingen eine Entlastung der kleineren und mittelständischen Unternehmen, die in der Regel nachgeordnete Anwender in der Produktionskette sind.

Wir haben heute einen stärkeren Schutz der Betriebsgeheimnisse; denn nach dem derzeitigen Entwurf müssen nur noch sicherheitsrelevante Daten über die gelieferten chemischen Stoffe in der Produktionskette über ein Sicherheitsdatenblatt weitergegeben werden, das auf die speziellen Erfordernisse der Verwender zugeschnitten ist.

Es ist von der Registrierung von vielen Tausend ungefährlichen Polymeren und Kunststoffen Abstand genommen worden. Wir haben mit der starken europäischen Registrierstelle, nämlich der Europäischen Chemikalienagentur, ein weiteres Ziel erreicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mittlerweile liegen in Deutschland und auf europäischer Ebene mehrere anwendungsbezogene praktische Fallstudien vor, die alle deutlich machen, dass der bisher vorliegende Entwurf zum Teil unverhältnismäßige Aufwendungen insbesondere für kleinere und mittelständische Unternehmen zur Folge haben kann. Herr Dr. Braun, auch die von Ihnen angesprochene KPMG-Studie beruht noch auf dem Entwurf von 2003. Das betrifft auch andere. Wenn wir uns mit Studien auseinander setzen, dann sollten wir bei der Interpretation dieser Studie nicht nur die Presseerklärung des Bundesumweltministeriums zugrunde legen. Sie ist sehr differenziert und gibt sicherlich sehr differenzierte Hinweise.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen einige Ergebnisse aus unserer Sicht darstellen. Es ist sicherlich so, dass die großen Unternehmen die Chemikalien, die Ausgangsstoffe sind, tatsächlich auch in Zukunft eher weniger in Wegfall kommen lassen und sie auch weiter produziert werden und man dort sicherlich Lösungen im Markt sieht und es angesichts der Kosten für Neuentwicklung der Chemikalien, die entstehen, entweder auf der einen Seite tatsächlich Neuentwicklungen gibt, aber es dort wahrscheinlich nicht zu größeren Marktverwerfungen kommt.

Es ist aber auch richtig, dass kleine und mittlere Unternehmen gerade wegen ihrer eher begrenzten finanziellen Ressourcen und schwächeren Marktposition durch REACH besonders tangiert sind, weil die Weitergabe der Kosten über den Preis der Produkte oft weniger möglich ist. Gerade dann, wenn sie möglichst schnell besonders viele Stoffe auf einmal registrieren müssen, kann dies zu enormen finanziellen Engpässen in den Unternehmen führen. Wir müssen auch die Rahmenbedingungen der kleinen und mittleren Unternehmen vor dem Hintergrund auch von Basel II sehen, was die Kreditfähigkeit und das Rating betrifft. Das kann an dieser Stelle wirklich zu enormen Problemen führen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Das heißt, wenn man im Einzelfall die Zahlen analysiert, können gerade dort bezogen auf den Umsatz Kosten bei der Registrierung von bis zu 20 % entstehen. Das ist sicherlich erstens eine Gefährdung und kann zweitens zur Einschränkung der Produktpalette führen.

Nun sagt KPMG in der Studie, es könnte durchaus zu einer Portfolio-Verbesserung führen. Für das einzelne Unternehmen mag eine Portfolio-Anpassung an der einen oder anderen Stelle richtig sein. Für den gesamten Markt aber und für die Anwendungskette kann das in der Folge dramatische Konsequenzen haben.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD
und Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist schon so, die Marktstrukturen im Chemiebereich lassen nicht zwingend eine Weitergabe der Kosten von REACH an die Weiterverwender zu. Deswegen kann es sehr wohl auch gerade kleine oder mittlere Unternehmen im Markt beeinträchtigen. Es ist sicherlich auch so – dass muss man der Vollständigkeit wegen natürlich auch sagen –, KPMG ist zumindest durch Befragung der Unternehmen zu dem Schluss gekommen, dass eine Verlagerung der Produktion in Drittstaaten allein aufgrund von REACH wegen des in den Produktionsstätten gebundenen Kapitals und wegen der Nähe zu den Abnehmern eher als unwahrscheinlich angesehen werden kann. Es stimmt aber auch – das schreiben sie auch –, dass ein Druck zur Auslagerung mancher Produktionen und Produktketten durch diese Diskussion eher noch verstärkt werden kann. Auch das gehört der Vollständigkeit halber dazu.

Natürlich hat REACH und insgesamt das Wissen um die Daten über die Sicherheitsrelevanz von Stoffen und Produkten auch Vorteile für die Unternehmen. Ich erinnere nur daran, dass es bereits heute eine Produkthaftung bei den Unternehmen gibt. Die wird natürlich hier eher ergänzt bzw. gestärkt und in den Kosten entlastet, was unter Umständen auch Versicherungen betrifft. Es ist auch heute schon so, dass gerade Kapitalgesellschaften ein internes Risikomanagement haben. Dieses Risikomanagement muss natürlich auch von der Produktion und den Produkten sowie den davon möglicherweise ausgehenden Gefahren ausgehen. Deswegen ist es sicherlich auch sinnvoll – das ist auch die Strategie der Chemiebranche, insbesondere unserer deutschen Unternehmen –, sich mit dem Gedanken der Nachhaltigkeit auseinander zu setzen.

Ich sage es nicht nur an dieser Stelle, ich bin froh, dass gerade auch die großen, gerade auch die deutschen Chemieunternehmen und insbesondere auch die BASF sich einem Index der Nachhaltigkeit stellen, Dow Jones Sustainability Index. Zum vierten Mal hintereinander steht zum Beispiel die BASF in der vorderen Reihe dieses Dow Jones Sustainability Indexes. Auch die Presseerklärung der BASF selbst sagt, dass man hier in der ausgewogenen Verbindung von Ökonomie, Umweltschutz und sozialer Verantwortung die wirtschaftliche Basis für eine langfristige erfolgreiche Strategie eines Unternehmens sieht.

Das heißt, es ist schon möglich, Ökonomie, soziale Verantwortung und auch Ökologie zu vereinbaren. Ich denke, dass muss auch die weitere Politik und die Umsetzung der Chemikalienpolitik, und jetzt konkret der Verordnung, begleiten.

Um jetzt zum Schluss zu kommen, aus der KPMG-Studie den Schluss zu ziehen, alles sei in Butter, die Risiken seien nicht groß, man könne einfach weitermachen, das genau sagt sie nicht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Nach unserer Meinung kann sie deswegen die Befürchtungen nicht entkräften, dass es die von mir geschilderten Veränderungen und auch Probleme geben kann. Deswegen werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass wir hier zu praxistauglichen und effizienten Lösungen kommen. Ich will noch einmal einige nennen, die meines Erachtens im weiteren Verfahren durchaus ergänzt werden müssen.

Da ist einmal der Ansatz, über eine Vorregistrierung eine Prioritätenliste nach Sicherheitsaspekten zu schaffen, die im weiteren Verlauf dann auch abgestuft nach Prioritäten bei den einzelnen Stoffen und Stoffgruppen zu bewerten und zu analysieren ist; man hat dann ein Register, das je nach Sicherheitsrelevanz eine entsprechende Priorität oder auch eine entsprechende Tiefe der Untersuchung bedeutet.

Das heißt auch, dass wir noch stärker von den mengenbezogenen zu einer risikobezogenen Vorgehensweise kommen müssen. Das heißt, dass wir an Expositionskategorien weiterarbeiten müssen. Es ist ein Unterschied – um das an einem Beispiel zu sagen –, ob Sie einen in der Luft inert und nicht mehr reagierenden Autolack haben, der in einem geschlossenen System aufgebracht wurde und anschließend mit der Umwelt nicht mehr reagiert, oder ob Sie es mit einem Lack zu tun haben, der an der Hauswand aufgestrichen ist und abgerieben werden kann, der im Interesse des Arbeitsschutzes und auch der Umwelt unter Umständen eine ganz andere Relevanz hat. Auch deswegen brauchen wir solche Expositionskategorien und expositionsbezogene Ansatzweisen.

Ich finde auch sinnvoll, den Ansatz, der von den Unternehmen eingebracht worden ist, für eine Substanz eine Registrierung vorzusehen, weiter zu verfolgen, um gerade Mehrfachregistrierungen oder Doppelregistrierungen zu vermeiden.

Im Übrigen ist das ein ganz wesentlicher Ansatz, den wir immer in den Mittelpunkt unserer Überlegungen oder unserer Eckpunkte gestellt haben, nicht unnötigerweise Untersuchungen zu verursachen, die dann auch noch enorme verbrauchende Tierversuche nach sich ziehen. Es ist also im Interesse des Tierschutzes, auch diesen Ansatz weiter zu verfolgen.

Wir brauchen im Übrigen auch flexiblere Lösungen, um Härten und Innovationshemmnisse abzubauen, zum Beispiel das Stichwort „time to market“, das heißt, wie lange es eigentlich dauert, bis man mit einem Produkt in einer Innovation oder bei einem konkreten Auftrag, wo manchmal auch etwas Neues entwickelt wird, tatsächlich am Markt präsent sein kann. Deswegen brauchen wir hier zum Beispiel die Möglichkeit der Nachregistrierung, wenn das verlangt wird, oder flexible Lösungen, wenn sie von 9,0 Tonnen plötzlich auf 10,1 Tonnen kommen und ihr Registrierungsumfang nicht mehr reicht. Dies sind alles Fragen, die bis heute nicht gelöst sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, das sind insgesamt weitere Ansätze, die wir auch weiterhin einbringen werden. Sie sind jetzt nicht vollständig. Sie verfolgen aber einen Aspekt, den Aufwand tatsächlich ins Verhältnis zu dem Nutzen zu setzen, den wir aus Sicherheitsgründen für die Umwelt und auch für die Menschen erwarten. Es ist ein Ansatz, der gerade das Thema „Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Erhalt der Arbeitsplätze“ in dieser wichtigen Industriebranche in Deutschland und in Rheinland-Pfalz im Auge hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen wird die Landesregierung diesen beschrittenen Weg sowohl in den Gesprächen, Interventionen und Möglichkeiten gegenüber Brüssel und der Bundesregierung als auch dem Netzwerk in unserem Land mit den Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften, mit den Unternehmen weiter verfolgen, wie ich das auch im Fachbeirat Chemie regelmäßig tue. Wir haben eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu diesem Thema bestehen. Wir wollen ein europäisches Chemikalienrecht, das hohe Umwelt- und Gesundheitsstandards gewährleistet, Verbraucher und Verbraucherinnen schützt und die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft stärkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Meinung, Europa braucht gerade heute diese Botschaft für eine zukunftsfähige Industriepolitik, nicht zuletzt zur erfolgreichen Umsetzung der Lissabon-Strategie.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Herr Abgeordneter Dr. Braun hat das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in der Diskussion immer wieder traurig, dass Sie

bei den GRÜNEN erst einmal Unterstellungen aufbauen müssen, um diese dann hinterher zerstören zu können.

Punkt 1: Ich habe nie gesagt, dass die KPMG-Studie sagt, es sei jetzt alles in Ordnung. Ich habe auch nicht den Bericht und die Pressemitteilung von Jürgen Trittin hier zitiert, sondern ich habe aus einem Artikel zitiert. Ich will noch einmal sagen, es gibt im „Handelsblatt“ – das ist nun wirklich nicht verdächtig, dass es auf grüner Seite steht – die Überschrift „Studie zur EU-Chemiepolitik – Kosten bleiben beherrschbar“. Natürlich sind auch da wieder die Probleme der kleinen und mittleren Unternehmen angesprochen. Aber diese hatte ich auch angesprochen. Gerade Spezialchemikalienhersteller, die wenige Mitarbeiter und wenig Umsatz haben, haben weiterhin ein Problem. An dem Problem soll gearbeitet werden und wird inzwischen auch intensiv gearbeitet. Ich habe den ungarisch-britischen Vorschlag vorgestellt.

Aber in diesem „Handelsblatt“-Artikel wird auch noch einmal Günter Verheugen zitiert – der nicht in dem Verdacht steht, dass er diese Politik der Industrie blockieren und boykottieren würde –, der sagt – ich zitiere –: „Diese Studie ist ein wichtiger Schritt zu einem raschen Gesetzgebungsverfahren.“ Genau das sagen wir auch. Diese Chance sollte man aufgreifen.

Ich sage noch einmal, die Chance besteht jetzt, auch wenn es die FDP nie verstehen wird. Aber die Chance besteht, dass man Verbraucherschutz, Ökologie und Ökonomie zusammenbringen kann. Das ist doch die Chance für die Zukunft. Darum heißt die Aktuelle Stunde auch so. Sie werden die Arbeitsplätze verlieren, wenn Sie keine Nachhaltigkeitsstudien und Verträglichkeitsstudien zu dem machen, was produziert wird.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

Schauen Sie sich doch an, was mit dem Rußfilter passiert ist. Der wird in Edenkoben produziert, in Frankreich eingebaut, und die Deutschen können keine Autos mehr verkaufen, weil sie keine Dieselaautos mehr verkaufen, da sie die Entwicklung verschlafen haben. Das müssten Sie doch verstehen, wenn nicht aus Umweltgründen, dann aus Industriepolitikgründen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der FDP)

Dass von anderer Seite, vonseiten der SPD so getan wird, als wäre das ein grüner Entwurf: Es ist doch ein Entwurf der EU-Kommission. Es war nie ein grüner Entwurf.

(Schwarz, SPD: Sie haben den ersten Entwurf massiv verteidigt!)

Der war schon lang vor der rotgrünen Bundesregierung in der Diskussion. Das kritisieren Sie von der SPD. Aber dass hier jemand für die CDU redet, der direkt von der BASF-Öffentlichkeitsarbeit in das Parlament kommt und

genau die gleiche Politik weitermacht, die er vorher gemacht hat, das kritisieren Sie nicht.

(Keller, CDU: Das ist armselig!)

Vielleicht sollten wir das auch einmal erwähnen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Ramsauer das Wort.

Abg. Ramsauer, SPD:

Lieber Herr Dr. Braun, ich habe nicht gesagt, dass es sich um einen grünen Entwurf handelte, sondern um einen grün beeinflussten und von grün sehr stark vertretenen Anfangsentwurf, und das wäre fatal gewesen.

(Beifall des Abg. Schwarz, SPD,
und des Abg. Wirz, CDU)

Das wollen wir nur noch einmal festhalten.

Wenn Sie kritisieren, dass wir andere nicht kritisieren: Wir haben sehr wohl wahrgenommen, was Herr Dr. Gebhart aus dem Lack-Brief zitiert hat. Das hat jeder gemerkt. Deswegen müssen wir nicht länger darüber reden.

Aber mit KPMG-Studien ist es so wie mit allen Studien. Jeder versucht es, für seine Ziele richtig zu interpretieren, meine Damen und Herren.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Nur eins steht fest, und da bin ich Frau Ministerin Conrad sehr dankbar, dass sie es gesagt hat: Es ist nicht alles Friede, Freude, Eierkuchen. Es besteht noch Diskussionsbedarf und Änderungsbedarf.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hat Bernhard Braun gar nicht gesagt!)

– Ich sage gar nicht, dass Sie es nicht gesagt haben. Aber es muss doch noch einmal wiederholt werden. Hören Sie doch einmal ein bisschen zu, und bleiben Sie ganz ruhig.

(Beifall des Abg. Schwarz, SPD)

Frau Thomas, hören Sie einmal zu, worum es uns geht.

Uns geht es darum, dass europaweit ein flexibles und marktwirtschaftliches Instrument installiert wird, das einen erkennbaren ökologischen Nutzen hat und natürlich von kleineren und mittleren Unternehmen getragen werden kann sowie hoch qualifizierte Arbeitsplätze nicht in Gefahr bringt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, das ist gerade im Land Rheinland-Pfalz wichtig. Dazu werden wir weiterhin mit der Unterstützung der Landes- und Bundesregierung und in Partnerschaft mit der IG BCE und dem VCI arbeiten.

Dass es ganz deutlich ist: Die SPD arbeitet an dem Schutz der Arbeitsplätze bei uns im Land Rheinland-Pfalz und an dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Beides – da haben Sie Recht – muss zusammengebracht werden.

Meine Damen und Herren, aber erlauben Sie mir an dieser Stelle noch einmal einen Appell an die Industrie.

Ich formuliere diesen Appell bewusst, weil – dafür sind wir sehr dankbar – heute der Hauptgeschäftsführer der Chemieverbände, VCI, Herr Dr. Lendle, auf der Besuchertribüne sitzt. Herzlich willkommen!

(Beifall des Abg. Schwarz, SPD)

Erlauben Sie mir einen Appell an die Chemische Industrie auch in diesem Land: In den beiden letzten Jahrzehnten haben Sie, bedingt durch den Prozess der Globalisierung und durch den Druck des Markts, rationalisieren müssen und zehntausende Arbeitsplätze abgebaut. Meine Damen und Herren, das führte aber andererseits auch zu exzellenten Betriebsergebnissen, die sich lesen wie die Hitliste von Erfolgsleiter. Das ist auch gut so. Das brauchen wir auch in diesem Land.

Aber ich appelliere noch einmal an die Industrie, insbesondere an die Großindustrie: In Anbetracht dieser Tatsache und in Anbetracht der Tatsache, dass, wenn es jetzt zu einer handhabbaren Chemikalienpolitik kommt, Sie noch einmal darüber nachdenken, ob es wirklich notwendig ist, die schon geplante Zahl von Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren abzubauen.

(Glocke des Präsidenten)

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des
Abg. Dr. Geisen, FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich will nicht kleinlich erscheinen, aber die Begrüßung von Gästen obliegt dem Präsidenten.

(Heiterkeit im Hause)

Wenn wir das einreißen lassen, dann sind Konsequenzen absehbar.

(Heiterkeit im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Gebhart das Wort.

Abg. Dr. Gebhart, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Braun, ich möchte nur einen Satz zu Ihrer Bemerkung sagen: Ich glaube, Sachverstand hat einem Parlament noch nie geschadet.

(Beifall der CDU und des Abg. Creutzmann, FDP –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben über die Kosten und über die Arbeitsplätze gesprochen. Ich kann nur noch einmal sagen, mehrere Studien haben nun einmal belegt, dass REACH Arbeitsplätze in Europa, Deutschland und Rheinland-Pfalz gefährden könnte. Das kann man in einer solchen Situation, in der sich Deutschland derzeit befindet, nicht einfach so vom Tisch wischen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sollten in einer solchen Debatte auch einmal der Frage nachgehen, worin der Nutzen von REACH liegt.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Genau!)

Worin liegt der Nutzen einer REACH-Verordnung, wenn sie beschlossen werden würde, so, wie sie heute nach wie vor auf dem Tisch liegt? – Wenn im Ergebnis REACH dazu führt, dass Arbeitsplätze teilweise verlagert werden, Produktionsverlagerungen stattfinden und Produktion zum Teil in China stattfindet, Fertigerzeugnisse dann nach Europa exportiert werden – – –

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nämlich die Crux an dieser Verordnung, dass Fertigerzeugnisse nicht in der Art und Weise dieser Regulierung unterliegen wie Stoffe, die hierzulande produziert werden. Wenn das das Ergebnis ist, haben wir am Ende nichts gewonnen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war der dringend notwendige
Sachverstand!)

Meine Damen und Herren, wenn das das Ergebnis ist, dann haben wir weder in ökonomischer Hinsicht etwas gewonnen, weil die Arbeitsplätze weg sind, noch haben wir in ökologischer Hinsicht irgendetwas gewonnen; denn Sie können davon ausgehen, dass in China oder sonstwo auf der Welt mit Sicherheit nicht an allen Standorten nach jenen strengen Umweltstandards produziert wird, wie das heute in Europa und Deutschland schon lang der Fall ist.

(Beifall der CDU –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir haben einen weiteren Schwarzmalerei
im Parlament!)

Meine Damen und Herren, wir sollten noch einen Punkt klar sehen und ein Stück weit klarstellen: Es wird häufig

vorgeworfen, wir wüssten faktisch nichts oder beinahe nichts über die Chemikalien, die wir handhaben. Das stimmt so nicht.

Es waren vor allem deutsche, auch rheinland-pfälzische Unternehmen, die in der Vergangenheit sehr verantwortungsbewusst gehandelt haben. Sie gelten heute international als Vorbild. Zum Beispiel war es die Deutsche Chemieindustrie, die sich 1997 verpflichtet hat, für alle gehandhabten Chemikalien Gefährdungsmöglichkeiten anhand bestimmter Grunddatensätze abzuschätzen.

Meine Damen und Herren, auch das sollten wir bei einer solchen Debatte mit berücksichtigen.

(Beifall der CDU und des
Abg. Schwarz, SPD)

Es bleibt am Ende: REACH so, wie es heute auf dem Tisch liegt, können wir uns nicht leisten. Es bleibt ein bürokratisches Monster. Es gefährdet vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen. Was wir brauchen, ist ein besseres REACH. Wir brauchen Gesetze, die Arbeitsplätze schaffen, und nicht Gesetze, die weiter Arbeitsplätze vernichten und ins Ausland treiben.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Kuhn.

(Licht, CDU: Dem ist nichts mehr
hinzuzufügen!)

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird eine Chemikalienrichtlinie geben. Sie muss aber vernünftig gestaltet sein. Zudem muss sie dem wahren Interesse der Verbraucher und den wahren Umweltinteressen gerecht werden. Auf diesem Weg befinden wir uns. Das Ziel ist noch nicht ganz erreicht. Es ist aber möglich, dieses Ziel zu erreichen. Dazu bedarf es besonderer Anstrengungen.

Meine Damen und Herren, am 27. April fand eine Sitzung unter dem Vorsitz von Günter Verheugen und Kommissar Stavros Dimas statt, in der Gutachten untersucht, verglichen und bewertet wurden, die in diesem Zusammenhang erstellt worden sind. Die Ergebnisse der Arbeit dieser hochrangigen Gruppe zur Beurteilung neuer Studien sind auch für uns von Interesse. Dabei geht es in der Tat – die GRÜNEN sollten einmal genau hinhören – um bemerkenswerte Sätze. Ich will nur kurz daraus zitieren: Kleine und mittlere Unternehmen sind von REACH besonders betroffen, da sie über geringe Finanzmittel verfügen und höhere Kosten weniger leicht an ihre Kunden weitergeben können. – Dieses wird dann ausgeführt.

Das heißt mit anderen Worten, dass diese Effekte nicht eintreten. Wenn REACH so bliebe, würden Arbeitsplätze gefährdet werden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Mit anderen Worten hat Herr Dr. Braun
das gerade gesagt!)

– Dann frage ich Sie aber noch einmal: Wie kommen Sie zur Formulierung der von Ihnen beantragten Aktuellen Stunde? Sie suggerieren – – –

(Beifall der FDP)

Das ist aber Unfug. Wenn Sie dann noch versuchen, hintenherum einen seriösen Eindruck zu machen, dann werden sie dem nicht gerecht.

(Beifall der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache und rufe das zweite Thema der

AKTUELLEN STUNDE

auf:

**„Sicherheitsrisiken auf den Landesstraßen
in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 14/4178 –**

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Herr Abgeordneter Wirz.

Abg. Wirz, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 24. Mai dieses Jahres titelte die „Rheinzeitung“: „Deutsche Landstraßen sind ein Sicherheitsrisiko“. Im Rahmen einer europaweiten Aktion des Zusammenschlusses europäischer Automobilclubs hat der ADAC quer durch Deutschland auch in Rheinland-Pfalz getestet, wie verkehrssicher unsere Straßen sind.

(Itzek, SPD: Wie viele Kilometer?)

Der ADAC kommt dabei zu einem Ergebnis, das uns als Land und Landespolitiker sehr zu denken geben sollte, meine Damen und Herren.

(Itzek, SPD: Boah!)

Unterhalb der Ebene der Autobahnen und vierspurigen Schnellstraßen ist das Niveau der passiven Sicherheit und des allgemeinen Erhaltungszustands unbefriedigend und vielerorts einfach nicht mehr ausreichend. Nur rund 7 % der Landesstraßen – ich rede jetzt von Rheinland-Pfalz – erreichten in der Untersuchung sehr gute Noten. Aber über 60 % dieser Straßen – das ist bundesweit –

bieten keinen guten Schutz bei einem Unfall, sehr wohl gemessen an den erlaubten Geschwindigkeiten.

(Itzek, SPD: Wie viel Kilometer in Rheinland-Pfalz?)

– Hören Sie zu, Herr Itzek. Dann werden Sie es gleich merken.

Das betrifft Bundesstraßen, aber in besonderer Weise Landstraßen. Ich betone, dass es Landstraßen im allgemeinen Sinne sind, darunter Landesstraßen, aber auch Kreisstraßen. Für Landes- und Kreisstraßen gibt es eine ganz unmittelbare Finanzierungsmitverantwortung beim Land. Die kritischen Ergebnisse, die der ADAC zutage gefördert hat, bestätigen unsere ganz persönlichen Erfahrungen mit dem Zustand der Landstraßen in Rheinland-Pfalz, aber auch die Ergebnisse der Untersuchung der Landesstraßen und des daraus folgenden Investitionsbedarfs durch den Landesbetrieb Straßen und Verkehr, der schon mehrfach Gegenstand der Diskussion war.

Diese will ich noch einmal in Erinnerung rufen. Der überwiegende Teil unserer Landesstraßen befindet sich nicht in einem befriedigenden Zustand. Die Summe der nachzuholenden Investitionen in den Bestand, nicht in den Neubau, wurde mit rund 560 Millionen Euro beziffert. Dabei gibt es ein bemerkenswertes Qualitätsgefälle der Landesstraßen von Nord nach Süd in unserem Land. Ursache ist die Tatsache, dass über ein ganzes Jahrzehnt hinweg die Investitionsmittel zurückgefahren wurden und demnach völlig unzureichend waren.

(Schwarz, SPD: Das ist ein Unfug!)

Auch jetzt reicht es nicht, um den Investitionsrückstand aufzuholen. Sogar der Status quo auf niedrigem Niveau kann nur mühsam gehalten werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir müssen den Blick aber auch auf die Kreisstraßen im ländlichen Raum werfen. Die Entwicklung der kommunalen Finanzen, die die Kommunen im Kern nicht selbst zu verantworten haben, sondern die Ausdruck der Wirtschaftskrise in unserem Land und der Finanzpolitik des Landes sind, haben die Investitionskraft in die Infrastruktur strukturell auf einen Tiefpunkt gebracht.

Das Ergebnis ist auf allen Ebenen das gleiche. Im Bund, im Land und in den Gemeinden leben wir von der Substanz. Bei den Verkehrswegen ist das inzwischen für jedermann offensichtlich und an überforderten Stoßdämpfern im Übrigen auch zu spüren, meine Damen und Herren. Damit verbunden ist – das mahnt der ADAC zu Recht an – ein Verlust an passiver Verkehrssicherheit auf den Landstraßen.

(Itzek, SPD: Wie viel Kilometer haben sie geprüft? Darauf habe ich noch keine Antwort!)

Die passive Sicherheit, die die Fahrzeuge bieten, – Fahrwerke, Bereifung, Bremsanlagen und Beleuchtung –, hat durch die technische Entwicklung bedingt

eine bemerkenswerte Steigerung erfahren. Dieser technischen Innovation verdanken wir die Tatsache, dass sich die sinkende passive Sicherheit auf vielen Verkehrswegen noch nicht in steigenden Unfallzahlen oder schlimmeren Unfällen niedergeschlagen hat.

(Schwarz, SPD: Was soll das denn?)

Das entbindet uns aber nicht davon, diese unverantwortlichen Mängel auf Dauer und so bald wie möglich abzustellen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn dem Ende einer Legislaturperiode im Bund das Ende der Wahlperiode im Land folgt vor dem Getöse der so genannten heißen Wahlkampfphasen und man die Gelegenheit nimmt, eine ganz nüchterne Bilanz zu ziehen, um die Aufgaben der kommenden Jahre zu beschreiben, dann ist dieses Thema eines, das nicht ausgespart werden kann und darf. Es geht darum, dass wir Wege finden müssen, die Mängel an unseren Straßen konsequent zu beheben und dauerhaft für ausreichende Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen zu sorgen.

Vielen Dank. Ich komme auf das Thema zurück.

(Beifall bei der CDU –
Itzek, SPD: Immer noch keine
Antwort darauf!)

– Ich gebe doch keine Antworten auf deine Fragen, sondern ich gebe Antworten auf die Fragen, die sich der Öffentlichkeit stellen!

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Nink.

Abg. Nink, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wirz, ich glaube, Sie haben zwar irgendwo mitbekommen, dass der ADAC eine Untersuchung durchgeführt hat, Sie haben den Bericht aber nicht richtig gelesen;

(Beifall bei der SPD)

denn alles, was Sie zum Zustand der Straßen gesagt haben, haben Sie selbst hineininterpretiert und entspricht in keiner Weise den Ergebnissen, die der ADAC festgestellt hat.

(Beifall bei der SPD)

Es wurden generelle Einflussfaktoren im Straßensystem analysiert, die die Folgen eines Unfalls für den Autofahrer mindern sollten. Dabei wurden folgende Punkte vom ADAC in den Mittelpunkt gestellt: Zuerst die Mitteltrennung im Fall einer Frontalkollision. Die Gewichtung in der Untersuchung: 31 %. Sie gestatten, dass ich zitiere,

Herr Präsident. Darunter fallen Schutzplanken, Mittelstreifen, Dämme und Linien.

Der zweite Punkt war der seitliche Schutzraum im Fall eines Abkommens von der Straße. Er wurde mit 43 % gewichtet. In diesem Fall geht es weder um Schutzplanken, freier Seitenraum, Dämme und Böschungen.

Schließlich folgen mit einer Gewichtung von 26 % Kreuzungen. In diesem Fall geht es um Höhenfreiheit, mit und ohne Beschleunigungsspur, Kreisverkehr, Ampel mit zwei oder drei Phasen, Kreuzung mit und ohne Linksabbiegerspur, Einmündung mit und ohne Linksabbiegerspur, Zufahrten und Anschlüsse.

Herr Kollege, auch Sie sollten wissen, 31 %, 43 % und 26 % ergeben nach wie vor 100 %. Da gibt es überhaupt keinen Spielraum für das, was Sie vorgetragen haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie waren wieder einmal ganz weit von der Wahrheit entfernt. Die 7 %, die Sie angesprochen haben, gelten für alle Landesstraßen, die der ADAC bundesweit und nicht nur landesweit aufgeführt hat.

(Ministerpräsident Beck: Da hat er sich wieder ganz schön blamiert!)

Von Kreisstraßen ist in dem Gutachten überhaupt keine Rede, außer dem Hinweis, dass der ADAC derzeit nicht in der Lage ist, Kreisstraßen entsprechend zu bewerten. Sie führen sie aber mit an.

(Itzek, SPD: So ist es!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am schärfsten ist aber Ihre Einschätzung zum Nord-Süd-Gefälle. Der ADAC ist folgendermaßen vorgegangen: Per Zufallsgenerator hat man zwei – zwei! – Landesstraßen

(Itzek, SPD: Insgesamt!)

in Rheinland-Pfalz gefunden. Kriterium war, Startpunkt und Endpunkt 20 Kilometer. Wenn der Zufall so mitspielt, ergibt es sich eben, dass diese zwei Straßen zufällig im Süden des Landes angesiedelt sind.

Interessant ist aber dann, um welche Straßen es sich handelt. Es geht einmal um die L 512 zwischen Landau und Neustadt. 60 % dieser Straße sind vom ADAC mit drei Sternen – der zweitbesten Bewertung – bewertet worden. Rund 28 % haben zwei Sterne – das ist die schwächere Kategorie – erhalten. Die schlechteste Kategorie kommt in Rheinland-Pfalz überhaupt nicht vor.

(Beifall bei SPD und FDP)

Noch interessanter ist die L 522.

(Schweitzer, SPD: Walter, das ging in die Hose!)

Wenn Sie sich diese Karte einmal vor Augen geführt hätten, hätten Sie festgestellt, dass es an der L 522, die insgesamt knapp 20 Kilometer lang ist, insgesamt nur

sieben Bewertungspunkte gab. Wenn man das aufgreift, stellt man fest, dass nur vier, höchstens fünf Kilometer bewertet wurden. Auch in diesem Bereich überwiegen die drei Sterne.

Das ist die Wahrheit. Daran wird die Konzeptlosigkeit der CDU in der Verkehrspolitik deutlich.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Ich begrüße zunächst Gäste im Landtag, und zwar Studierende an der Fachhochschule Koblenz und an der Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht Frau Abgeordnete Kiltz

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Klasse“ habe ich gedacht, als ich den Titel der Aktuellen Stunde gelesen habe,

(Schweitzer, SPD: Ich dachte, als du den Manfred gehört hast! –
Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

die CDU will über „Vision Zero“ reden, über Alkohol am Steuer, über nicht angepasste Geschwindigkeit und über Entschleunigung im Verkehr.

(Pörksen, SPD: Was ist das denn? –
Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Das wäre unglaublich spannend gewesen, und das wären Diskussionsfelder gewesen, die hier diskutiert werden müssen.

Mein zweiter Gedanke war, das kann nicht sein. Vermutlich will die CDU nur über den Zustand der Landesstraßen und über mehr Geld für den Straßenetat reden. Alles andere wäre nach meinen Erfahrungen aus den vergangenen neun Jahren ein Wunder.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Herr Kollege Wirz, Sie haben sich jetzt nicht auf die uns vorliegende Untersuchung des LSV über den Zustand der Landesstraßen beschränkt. Der muss man gar nichts hinzufügen. Wir wissen doch – Sie haben die Zahl genannt –, was an Unterhaltungsinvestitionen erforderlich ist. Da müssen Sie nicht den ADAC bemühen, und das in einer Art und Weise, dass Ihnen Herr Nink leicht nachweisen konnte, dass das ziemlich daneben war.

(Pörksen, SPD: Guter Mann eben!)

Ich will kurz auf die Studie eingehen. Sie bestätigt in ihren Ergebnissen, dass die Unfallraten im Vergleich zu den Autobahnen und den Bundesstraßen auf Landes-

straßen höher liegen. Wir kennen auch die Ursachen dafür. Also muss man sich darüber gar nicht größer auslassen.

Ich will aber den Ausgangspunkt der Studie hinterfragen und dem Ansatz des ADAC die Zahlen des Statistischen Landesamtes über die Unfallursachen gegenüberstellen. Jetzt müssen Sie sich konzentrieren, Herr Kollege Wirz

(Itzek, SPD: Das kann er nicht!)

Es geht immer um die Ursachen bei Unfällen mit Personenschaden. Herr Kollege, bei den allgemeinen Ursachen sticht die Ursache „Glätte durch Regen“ hervor. Auch „Glätte durch Schnee und Eis“ sowie „Sichtbehinderungen durch Nebel“ spielen eine Rolle. Ebenfalls spielt „Wild auf der Fahrbahn“ eine Rolle. Sicherlich hat nicht alles etwas mit dem Zustand der Straßen zu tun.

(Unruhe bei der CDU)

Dann haben wir noch die technischen Mängel, wie zum Beispiel mangelnder Zustand der Bereifung und der Bremsen.

Jetzt komme ich zu dem, was ich noch viel wichtiger finde, nämlich zu den Ursachen durch die Fahrzeugführer. Da stehen an oberster Stelle die beschönigenden Worte „nicht angepasste Geschwindigkeit“. Man kann das auch mit „Raserei“ übersetzen. Der zweite große Klotz ist das „Nichtbeachten der Vorfahrt“. Der nächste lautet dann „ungenügender Abstand“. Herr Kollege, wie wollen Sie das durch Straßenbaumaßnahmen verändern? Das ist mir schleierhaft.

(Pörksen, SPD: Das möchte ich auch mal wissen! –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Was schließen wir daraus? Wir müssen im Hinblick auf die Straßensituation die Straßendecke in Ordnung halten, weil Regen, Schnee und Eis natürlich dann mehr Probleme bereiten, wenn die Straßendecke nicht in Ordnung ist. Wir haben über die notwendigen Mittel für die Straßenunterhaltung gesprochen. Ferner müssen wir auch den Winterdienst ernst nehmen. Das sind aber nur ganz technische Sachen. Wir müssen eigentlich viel weiter gehen.

Wir müssen uns der „Vision Zero“, dem Verkehrssicherheitskonzept des VCD anschließen. Herr Kollege Wirz, es gibt außer dem ADFC auch noch andere Verbände, die sich Gedanken über die Sicherheit im Straßenverkehr machen.

Wir brauchen auch in der Bundesrepublik Deutschland und in Rheinland-Pfalz einen Masterplan „Vision Zero“. Ich will Ihnen auch sagen, wo wir uns anschauen können, wie das geht.

In Schweden sind die Straßen zwar schon dreimal sicherer als bei uns, aber die dortige Regierung hat trotzdem im Herbst 1997 beschlossen, „Vision Zero“ – das bedeutet die Vision einer Unfallquote von null – zur Grundlage ihrer Verkehrssicherheitspolitik zu machen. Sie hat Zwi-

schenziele vereinbart und entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Jetzt komme ich zu den Maßnahmen. Die Schwerpunkte liegen erstens auf einer innerstädtischen Temporeduktion, zweitens auf einer Entschärfung von Unfallschwerpunkten auf Landstraßen, drittens auf technischen Verbesserungen am Fahrzeug und viertens auf besserer Überwachung der – ich betone – verschärften Verkehrsregeln.

In den Niederlanden heißt das Ganze „nachhaltige Sicherheit“ und hat zum Ziel, bis 2010 die Zahl der Verkehrstoten zu halbieren. Die Aktivitäten zielen vor allem auf Geschwindigkeitsreduktionen und auf die Vereinfachung von Verkehrssituationen ab.

Meine Damen und Herren, ich will in meinem nächsten Beitrag noch auf die Handlungsfelder eingehen, die in eine solche „Vision Zero“ einfließen müssen. Es geht dabei erstens um den Mensch, zweitens um das Fahrzeug, drittens um die Straßen und viertens um die Gesetzgebung.

(Glocke des Präsidenten)

Die zugrunde liegende Philosophie ist eine, die von der Fehlerhaftigkeit – ich füge hinzu – und der Lernfähigkeit der Menschen ausgeht. Herr Kollege Wirz, ich würde es ausdrücklich begrüßen, wenn Sie sich auf diese Debatte einlassen würden. Ich lade Sie ein, in Ihrem zweiten Beitrag darauf einzugehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass das drei schwarze Plenartage für die CDU waren.

(Beifall der FDP und der SPD)

Bei Europa haben Sie sich vergaloppiert, bei der WM haben Sie sich vergaloppiert – immer einmal am Tag –, und bei den Straßen vergaloppieren Sie sich heute wieder.

(Unruhe bei der CDU)

Das European Road Assessment Programme (EuroRAP) ist eine internationale Non-Profit-Organisation, die von zahlreichen europäischen Automobilclubs und von mehreren nationalen Straßenbauverwaltungen gegründet wurde. Ziel ist es, in Zusammenarbeit zwischen Clubs und Bauverwaltung die Sicherheit auf Europas Straßen zu erhöhen.

Die FDP-Fraktion begrüßt ausdrücklich diese Einrichtung, da sie doch einen Beitrag dazu leisten kann, schwere Verkehrsunfälle in Deutschland aufgrund unzureichender Straßenverhältnisse zu vermindern.

Eine Untersuchung der Unfälle mit Toten in Rheinland-Pfalz hat ergeben, dass sich rund ein Drittel an bekannten Unfallschwerpunkten und ein weiteres Drittel an Stellen mit technischen Mängeln im Straßenraum, zum Beispiel ausgefahrenen Straßenrändern oder fehlenden Schutzeinrichtungen, ereignen.

Mit der Aktuellen Stunde „Sicherheitsrisiken auf den Landesstraßen in Rheinland-Pfalz“ wird jetzt von der Union der untaugliche Versuch unternommen, eine Verbindung zwischen den nicht immer in optimalem Zustand befindlichen Landesstraßen und Verkehrsunfällen herzustellen.

Niemand leugnet, dass der Zustand unserer Landesstraßen auch in den nächsten Jahren verbessert werden muss. Die FDP-Fraktion wird die Landesregierung darin unterstützen, dass auch in den nächsten Jahren genügend Mittel zur Sanierung und Beseitigung von Unfallschwerpunkten auf Landesstraßen bereitgestellt werden.

Am 23. Mai wurden vom ADAC die Ergebnisse der Sicherheitsbewertung deutscher Straßen durch EuroRAP der Öffentlichkeit vorgestellt. EuroRAP hat zwei Testprotokolle entwickelt: die Darstellung des Unfallrisikos auf einer Karte und die Bewertung der Straßeninfrastruktur unter Sicherheitsaspekten nach dem Motto: „Schützt die Straße und das Straßenumfeld im Falle eines Unfalls vor Tod oder schwerer Verletzung“.

Diese Unfallratenkarten sind jedoch kritisch einzustufen. Anders als etwa Straßenmeldungen können für das Unfallrisiko keine aktuellen, für die Fahrt des Einzelnen maßgebende Informationen vermittelt werden, da Unfallraten lediglich statistische Mittelwerte über mehrere Jahre beschreiben.

Individuelle Randbedingungen, wie Fahren bei Tag oder bei Nacht, Wetter, Erfahrungen und Einstellungen des Fahrers usw., können nicht in die Unfallratenkarten einfließen. Deshalb verbietet es sich, eine Korrelation zwischen dem Straßenzustand und dem Unfallrisiko herzustellen, wie dies der Kollege Wirz versucht hat.

(Zurufe von der CDU)

– Das wird noch schlimmer kommen. Es wird noch peinlicher.

Dies zeigt schon ein Blick auf die Statistik. Die Verunglückten im Jahr 2000 auf den Landesstraßen in Rheinland-Pfalz betrugen insgesamt 7.742. Im Jahr 2004 waren es „nur noch“ 6.656. Jeder Unfallverletzte ist zu viel. Die Zahl der Getöteten auf den Landesstraßen von Rheinland-Pfalz hat sich von 114 in 2000 auf 84 in 2004 vermindert. Die Zahl der Schwerverletzten ist von 1.818 im Jahr 2000 auf 1.401 im Jahr 2004 zurückgegangen.

Wenn die CDU beweisen wollte, dass sich durch eine Verschlechterung des Straßenzustands in den Jahren 2000 bis 2004 mehr Unfälle auf unseren Landesstraßen ereignet hätten, so hat sie Pech gehabt.

(Beifall der FDP und der SPD)

Die Verunglückten auf den Landesstraßen in Rheinland-Pfalz in dem Zeitraum zwischen 2000 und 2004 gingen um fast 14 % zurück, was beweist, dass der Zustand der Landesstraßen zu keiner Erhöhung des Sicherheitsrisikos geführt hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

– Herr Kollege Altherr, es ist peinlich, wenn man sich so vorbereitet wie Sie und ein gewisser Eindruck in der Öffentlichkeit erweckt wird, der dann mit Fakten widerlegt wird. Sie müssen es anders machen.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Auch von der Opposition ist zu erwarten, dass man mit Tatsachen umgeht und eine seriöse Politik betreibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Die deutliche Verbesserung bei der Unfallhäufigkeit ist umso bemerkenswerter, als die Fahrleistungen und die Kraftfahrzeug-Dichte in Rheinland-Pfalz auf ein neues Rekordniveau mit 590 Kraftfahrzeugen auf tausend Einwohner gestiegen sind.

(Glocke des Präsidenten)

Grund dafür sind die erheblichen Investitionen, die in die Infrastruktur vorgenommen wurden. Ich werde in der zweiten Runde noch das eine oder andere dazu sagen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Wir freuen uns über weitere Gäste im Landtag, und zwar Mitglieder und Freunde der Arbeiterwohlfahrt Linz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht Herr Verkehrsminister Bauckhage.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich etwas zu der Studie des ADAC sagen. Herr Kollege Nink hat schon gesagt, dass aufgrund dieser Studie in Rheinland-Pfalz eine Bundesstraße, zwei Landesstraßen und drei Autobahnen untersucht worden sind. Hier kann man nicht mehr von repräsentativ sprechen. Ich will damit nicht den ADAC kritisieren. Auch die angelegten Kriterien können nicht in eine Korrelation zur Unfallhäufigkeit gesetzt werden.

Betrachtet man sich die unterschiedlichen Klassifizierungen, so sind die Landesstraßen überwiegend mit drei Sternen ausgezeichnet worden. Keine Frage ist, dass es auch neuralgische Punkte gibt. Insofern muss man sich fragen, wie man auf dieser Grundlage in den Raum

suggestieren kann, die Verkehrssicherheit sei in diesem Bundesland nicht gewährleistet.

Ich möchte noch etwas zu den Investitionen sagen. Wir hatten 1991 – man muss ehrlich sagen, dass in diesem Jahr Sie und wir regiert haben – für den Um- und Ausbau Investitionsmittel in Höhe von 47 Millionen Euro eingestellt. Seit der Gründung des LSV haben wir jährlich 65 Millionen Euro, das heißt wesentlich mehr.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

– Wir haben damals mit Ihnen regiert. Der Seriosität halber muss man einmal erwähnen, dass mehr Mittel zur Verfügung stehen als 1991, und zwar über einen Zeitraum von zehn Jahren. Bei den Bauinvestitionen hatten wir 1971 70,9 Millionen Euro und haben seit der Gründung des LSV inklusive der Planungs- und Grunderwerbskosten 115 Millionen Euro.

Herr Kollege Jullien, auch im Durchschnitt ist es höher. Von daher ist Ihr Argument nicht stichhaltig, das Sie gleich anführen werden. Ich sage nicht, wir hätten zuviel Geld. Wir können durchaus noch viel mehr Geld investieren.

(Zuruf des Abg. Anheuser, CDU)

– Herr Kollege Anheuser, es geht nicht, dass man mehr Polizei, mehr Lehrer und mehr Straßen fordert und gleichzeitig die Nettoneuverschuldung kritisiert. Das funktioniert nicht. Das ist die Quadratur des Kreises.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren war die Entwicklung der Verkehrssicherheit auf den Straßen des Landes durch folgende Fakten gekennzeichnet:

– Die Zahl der im Straßenverkehr in Rheinland-Pfalz Getöteten – jeder Tote ist einer zu viel; wir reden über einen ganz sensiblen Bereich – lag mit 293 Toten im Jahr 2004 auf einem historischen Tiefstand. Zum Vergleich: Im Jahr 1971 hatten wir noch 1.241 Tote zu beklagen.

– Auf den Autobahnen ist die Zahl der Unfälle mit Getöteten und Schwerverletzten seit 1990 bis zum Jahr 2003 um 30 % und auf Bundesstraßen um fast 40 % gesunken.

– Bei den Landesstraßen lag der entsprechende Rückgang bei 21 % und auf den Kreisstraßen bei 27 %.

Diese deutlichen „Verbesserungen“ sind umso bemerkenswerter, als in diesem Zeitraum zugleich die Fahrleistungen und die KFZ-Dichte in Rheinland-Pfalz auf ein neues Rekordniveau angestiegen sind. Auf eintausend Einwohner bezogen liegt die Kfz-Dichte im Land bei rund 590 KFZ.

Außerorts ist die Fahrleistung aller Kraftfahrzeuge von 1990 bis 2003 auf rund 25 Milliarden KFZ-Kilometer gestiegen. Dabei lag der Zuwachs auf den Autobahnen bei knapp 30 %, den Bundesstraßen bei 10 % und den Landesstraßen bei rund 15 %.

Meine Damen und Herren, das heißt, trotz wachsender KFZ-Dichte und deutlich zunehmenden Verkehrsleistungen sind unsere Straßen sicherer geworden. Das ist auch ein Erfolg der Verkehrssicherheitsarbeit der Landesregierung. Dieser Erfolg war möglich, weil wir hier ein klares Gesamtkonzept verfolgen. Die positive Entwicklung zeigt, dass die unterschiedlichen Komponenten der Verkehrssicherheitsarbeit in Rheinland-Pfalz greifen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wenn ich Verkehrssicherheitsarbeit sage, meine ich nicht den Straßenzustand, die Kurvenneigungen und die Kurvenradien, sondern auch, dass eine Menge Aufklärung geschehen ist. Hier möchte ich die Verkehrswachten, insbesondere den ADAC, loben, die eine Menge zur Verkehrssicherheit beitragen.

(Anheuser, CDU: Aber auch die Automobilhersteller!)

– Das bestreite ich doch nicht. Ich kann natürlicherweise noch den technischen Fortschritt mit Ihnen ein wenig abfeiern oder nicht. Das können wir gern machen. Herr Anheuser und ich sind noch etwas früher Auto gefahren als viele, die hier sitzen, aber das macht hier nichts zur Sache.

Ich will einige wenige Elemente nennen. Dies sind vor allem:

1. Erhebliche Investitionen in die Straßeninfrastruktur. Das betrifft sowohl den Neu- als auch den Um- und Ausbau sowie die Erhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Beim Neubau von Landesstraßen verwirklichen wir seit Jahren praktisch nur noch Ortsumgehungen, die unmittelbar die Sicherheit der Menschen in den Ortsdurchfahrten verbessern. Auch bei den Bundesstraßen gilt, der Bau von Ortsumgehungen stellt einen Schwerpunkt dar.

Für den Neubau von Landesstraßen – vor allem Ortsumgehungen – sind in den drei Jahren seit Gründung des LSV wesentlich mehr Mittel eingesetzt worden als beispielsweise 1991.

Das Gleiche gilt für den Um- und Ausbau sowie die Erhaltung von Landesstraßen. In diesem Zeitraum sind auch wieder wesentlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt worden. Damit konnten wesentliche Unfallschwerpunkte beseitigt werden.

Nach den Ermittlungen des ADAC sind die Autobahnen die sichersten Straßen. Daher dienen auch die von der Landesregierung verfolgten Lückenschlüsse bei den Autobahnen wie etwa zuletzt an der A 63 auch ganz unmittelbar einer verbesserten Verkehrssicherheit. Zudem werden im Bereich der Autobahnen und Bundesstraßen die Ausgaben für den Um- und Ausbau und die Erhaltung gesteigert, und zwar immer vor dem Hintergrund der allgemeinen Finanzkulisse. Es ist nicht so, als ob geradezu die Steuereinnahmen nur so sprudeln würden. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen. Wurden im Jahr 2004 hierfür noch rund 107 Millionen Euro aufgewandt, so sieht der Plan für 2005 eine Steigerung auf 134 Millionen Euro vor.

2. Schon bei der Planung wird den Sicherheitsaspekten durch das neu eingeführte Sicherheitsaudit für Straßen eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Mit dem Sicherheitsaudit von Straßenplanungen wird eine systematische Überprüfung von Straßenbauprojekten im Hinblick auf ihre Verkehrssicherheit vorgenommen. Dabei werden die Projekte, beginnend mit der Vorplanung bis hin zur Verkehrsfreigabe auf mögliche Gefahrenquellen überprüft. Sachkundige und besonders geschulte Auditoren werden eingesetzt, um Defizite schon im Entwurfsstadium zu erkennen und zu vermeiden.

3. Die Verkehrssicherheitsarbeit besteht nicht nur in einer gezielten Infrastrukturpolitik. Menschliches Fehlverhalten ist nach wie vor eine entscheidende Unfallursache. Deshalb setzen wir auf Verkehrserziehung, Fortbildung und Aufklärungskampagnen. Erfolgreiche Präventionsarbeit wird bereits durch die Verkehrserziehung im Vorschul- bzw. Schulalter geleistet.

Besonders junge Verkehrsteilnehmer im Alter von 18 bis 24 Jahren sind bei Verkehrsunfällen am stärksten betroffen. Hier setzen Maßnahmen, wie etwa die zweite Ausbildungsphase und die Förderung des Fahrsicherheitstrainings, an.

4. Eine kontinuierliche Überprüfung des gesamten Straßennetzes durch die Unfallkommission ist ein wesentliches Element, um Unfallhäufungsstellen zu analysieren und Abhilfemaßnahmen zu schaffen.

Die Unfallkommissionen sind seit über 20 Jahren in Rheinland-Pfalz aktiv. Sie konnten bemerkenswerte Erfolge erzielen, weil sie sich konzentriert mit dem Unfallgeschehen an den Brennpunkten auseinander gesetzt und Maßnahmen empfohlen haben. Hier hat Rheinland-Pfalz eine Vorreiterrolle im Bundesgebiet übernommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will es mit diesen Hinweisen auf einige zentrale Elemente der Verkehrssicherheitsarbeit bewenden lassen. Dank des strategischen Gesamtansatzes konnten wir jedenfalls – zusammen mit den Fortschritten, die in der Fahrzeugtechnik erreicht wurden – die positive Gesamtentwicklung der Verkehrsunfallzahlen in den vergangenen Jahren maßgeblich verringern.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Mitglieder der Chorgemeinschaft Bongard 1908 e. V. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Wirz das Wort.

Abg. Wirz, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem Kollegen Creutzmann würde ich empfehlen, dass er erst einmal Aussagen abwartet und dann zuhört, bevor er zu vorschnellen Urteilen kommt, wie er das hier häufiger tut.

Herr Staatsminister Bauckhage, wenn das alles so rosig wäre, wie Sie es hier darzustellen versuchen,

(Schwarz, SPD: Es geht gar nicht um rosig!)

dann verstehe ich überhaupt nicht, wie Ihr LSV zu der Feststellung kommt, dass wir allein bei den Landesstraßen im Land Rheinland-Pfalz einen Nachholbedarf in Höhe von 580 Millionen Euro haben. Wenn die Mittel alle so ausreichend wären, wie Sie es hier darzustellen versuchen, verstehe ich diese Zahlen überhaupt nicht. Im Übrigen ist es in allen Haushalten nachlesbar. Sie haben seit 1991 die Mittel des Verkehrshaushalts systematisch heruntergefahren.

(Staatsminister Bauckhage: Das stimmt nicht!)

Erst im Jahr 2001 haben Sie sich bemüßt gefühlt, wieder mehr Mittel einzustellen. Das ist alles nachvollziehbar.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben die Studie des ADAC zum Anlass genommen, diese Debatte hier zu führen. Wir haben unsere Schlüsse auf Rheinland-Pfalz bezogen, nicht aus dieser Studie, sondern aus vielen uns vorliegenden Informationen, die wir aus diesem Land selbst haben.

(Zurufe von der SPD)

Sie können schon davon ausgehen: Wir reden nicht leichtfertig etwas hier hin. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, der ganze Klamauk hilft Ihnen überhaupt nichts. Gehen Sie hinaus und reden Sie mit den Bürgern, die tagtäglich die Situation auf unseren Landesstraßen erleben müssen. Fragen Sie sie einmal, was sie davon halten. Dann sollten Sie einmal mit Ihrer Lautstärke und Ihrem Klamauk etwas zurückhaltender sein, als Sie es derzeit sind. Das hilft Ihnen überhaupt nichts.

(Beifall bei der CDU –
Vizepräsidentin Frau Hammer
übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, Auch das habe ich gesagt: Passive Sicherheit auf den Landesstraßen. – Herr Minister Bauckhage, das sage ich auch insbesondere an Ihre Adresse: Die passive Sicherheit ist nicht unbedingt durch eine gewaltige Ausdehnung des Schilderwaldes auf unseren Straßen, wo es heißt „schlechte Weg-

strecke“ und „entsprechende Verkehrsreduzierung“, wie wir es jeden Tag erleben, zu machen,

(Staatsminister Bauckhage: Lesen Sie einmal nach, was ich gesagt habe!)

sondern in der Tat dauerhaft nur durch Investitionen in den Bestand. Da unterstützen wir Sie. Das haben wir sowohl hier im Parlament als auch in den Ausschüssen deutlich gemacht. Wir haben immer gefordert – das tue ich an dieser Stelle noch einmal –, dass die Investitionen, die in diesem Land in die Verkehrsinfrastruktur der Landesstraßen gehen, nicht ausreichend sind. Wir haben immer wieder Vorschläge gemacht, wie man das anders machen kann.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

Meine Damen und Herren, die Zeit reicht mir leider nicht aus. Im Übrigen haben nicht nur der ADAC, sondern auch andere Stellen festgestellt,

(Glocke der Präsidentin)

dass die Untersuchungen der Unfälle mit Todesfolge in Rheinland-Pfalz ergeben haben, dass sich rund ein Drittel an bekannten Unfallschwerpunkten und ein weiteres Drittel an Stellen mit technischen Mängeln im Straßenraum ereignet haben, was auch wiederum ausschließlich dafür spricht, dass die passive Sicherheit auf unseren Landesstraßen verbessert werden muss und nicht nur ausschließlich auf die technischen Neuerungen bei der Fahrzeugindustrie entsprechend zurückgegriffen werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Nink das Wort.

Abg. Nink, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur aktuellen Situation, zum Mitteleinsatz für den Erhalt der Landesstraßen hat Herr Minister Bauckhage genügend gesagt. Ich möchte das nicht noch einmal wiederholen.

Herr Kollege Wirz, es geht nicht darum, irgendeine Situation rosig darzustellen.

(Wirz, CDU: Doch, darum geht es schon!)

Es geht um Fakten. Damit haben Sie schon das Thema der Aktuellen Stunde verfehlt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben auch keine Rückschlüsse aus der ADAC-Studie gezogen. Sie haben politische Träumereien daraus gemacht, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Antrag für diese Aktuelle Stunde beruht auf einer riesigen Fehleinschätzung. Sie haben wieder einmal geglaubt – wie das so Ihre Art ist –, Sie hätten einen Dreckhaufen gefunden, den Sie gegen den Ministerpräsidenten und gegen die Landesregierung schleudern könnten.

Ich kann Ihnen versichern, mit dieser Art von Politik sind Sie so weit von der Landesregierung entfernt, Sie werden nicht einmal das Hosenbein des Ministerpräsidenten treffen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Das Ergebnis Ihrer Aktuellen Stunde lässt sich ganz kurz zusammenfassen. Es ist ein erneuter Beweis für Ihre verkehrspolitische Konzeptionslosigkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat die Frau Kollegin Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stelle zum ungefähr 120. Mal fest, wir müssen im Straßenbau endlich und nachhaltig die Priorität auf die Instandhaltung setzen.

(Hartloff, SPD: So oft sind Sie noch gar nicht aufgetreten! –

Pörksen, SPD: Jetzt können Sie sich wieder hinsetzen! –

Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

– Herr Creutzmann, melden Sie sich doch, wenn Sie etwas zu sagen haben.

(Kuhn, FDP: Zwischenrufe sind erlaubt!)

Dafür brauchen wir keine ADAC-Studie als Untermauerung, dazu muss man nur den Zustand der Landesstraßen zur Kenntnis nehmen und die Untersuchung des Landesbetriebs Straßen und Verkehr (LSV) dazu.

Prioritäten setzen heißt aber auch, dafür anderes weglassen, zum Beispiel den Neubau, den die CDU, auch die FDP und die SPD, überall haben wollen und der wiederum Erhaltungsaufwand nach sich zieht.

(Staatsminister Bauckhage: Züge!)

Mich erinnert das an einen Spruch aus meiner Spontizeit während der Studienzeit. Der hieß: Wir wollen alles und das sofort.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Ich glaube, dass diese Vorgehensweise im Umgang mit Steuermitteln nicht angemessen ist. Deswegen müssen Sie sich auf Prioritäten verständigen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nun zu Ihnen, den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen. Machen Sie sich doch auf den Weg zu einer rheinland-pfälzischen „Vision Zero“, Vision Null.

(Pörksen, SPD: Was?)

Setzen Sie sich zusammen, das Verkehrsministerium, das Innenministerium und das Bildungsministerium, beziehen Sie Unternehmen, Versicherungen und Verbände ein.

Schauen Sie sich die Maßnahmen in Schweden, in den Niederlanden und in der Schweiz an und entwickeln Sie ein Maßnahmenbündel.

(Zuruf des Abg. Pörksen SPD –
Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

– Sie dürfen doch gleich wieder reden, regen Sie sich nicht so auf. Das ist nicht gut für den Blutdruck, Herr Kollege.

(Staatsminister Bauckhage: Der hat
doch einen guten Blutdruck!)

Entwickeln Sie Schritte und ein Maßnahmenbündel für Rheinland-Pfalz, angefangen von Kreiseln und Trennung von Fahrbahnen auf Landesstraßen, zum Beispiel über Beschaffungsrichtlinien für Fuhrparks und für Dienstwagen, über Geschwindigkeitsreduzierungen bis hin zu einem ganz im groben Umfang verstärkten Anteil von Verkehrserziehung in allen Schulen.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Sie sind aufgefordert, tätig zu werden, und das über Ressortgrenzen und Parteigrenzen hinweg. Vielleicht schaffen Sie es, Schwung zu nehmen.

Ich bezweifle es allerdings, dass diese Landesregierung das hinbekommt. Dazu braucht sie uns, um zu schubsen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Altherr, CDU: Dafür braucht
sie die GRÜNEN!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Es spricht Herr Kollege Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin! Wenn es nach Ihnen geht, dann gibt es gar keinen Straßenbau mehr, Frau Kollegin Kiltz.

(Beifall der FDP –
Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was? Ich kann das nicht mehr hören! –
Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Er hat wieder nicht zugehört! –
Staatsminister Bauckhage:
Haushaltsanträge!)

– Doch. Frau Kiltz hat am Schluss gesagt: „Machen Sie es mit uns!“

Da kann ich nur sagen, dann gibt es gar keinen Straßenbau mehr. Ich habe schon zugehört. Erster Punkt.

Zweiter Punkt, Herr Kollege Wirtz. Nachholbedarf: Ich sage Ihnen einmal etwas zum Nachholbedarf.

In den Jahren 1990 und 1991: Landesregierung CDU und FDP, Haushaltsansatz 70,3 Millionen im Jahr 1990; 70,9 Millionen im Jahr 1991.

Im Jahr 2002 Haushaltsansatz 111 Millionen; 2005 90 Millionen plus Planungskosten.

(Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Selbst im Jahr 1992 war das alles noch höher. Wenn wir über Nachholbedarf reden, dann sollten wir ehrlich sein. Früher war das auch nicht immer so gut.

(Wirz, CDU: Hören Sie auf! Das
stimmt ja nicht! Vernebelung,
nichts weiter!)

Ich lasse Ihnen etwas nicht durchgehen: Heute mehr Straßenbau zu fordern und dann auf Ihrem Parteitag das Gezeter anzustimmen, dass die Landesregierung zu hohe Schulden gemacht hätte. Das geht nicht zusammen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das können Sie den Menschen draußen nicht sagen. Wenn Sie sagen, es muss mehr gemacht werden im Straßenbau, dann müssen Sie natürlich auch bereit sein, mehr Schulden hinzunehmen. Anders geht es nicht.

Frau Kollegin Kiltz: „Vision Zero“. Ich habe nichts dagegen.

Nur das Problem ist Folgendes: Wenn Sie sich Ziele setzen, die nicht realistisch sind – das wissen Sie doch ganz genau, leider ist das nicht realistisch –, dann werden Sie an diesen Zielen gemessen. Das ist negativ.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Land unternimmt alles. Wir wollen mehr Ortsumgehungen bauen. Das wird getan. Wir investieren in die Verkehrssicherheit, meine Damen und Herren.

Es wird etwas getan. Die Verkehrssicherheitsarbeit hat in Rheinland-Pfalz eine Vorreiterrolle gegenüber den anderen Bundesländern.

Wir haben Verkehrsschauen und die Unfallkommissionsarbeit. Sie sind vorbildlich für das ganze Bundesgebiet.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das heißt, es wird für die Sicherheit im Straßenverkehr etwas getan. Man sollte nicht immer so tun, als würde die Landesregierung die Straßen verkommen lassen, anstatt sich darum zu kümmern. Das ist alles schlicht und einfach falsch, Herr Kollege.

Herr Kollege Wirz, der Zustand des Straßenbelags, also die berühmten Schlaglöcher, ist ein Aspekt. Wenn man die Studie liest, so ist es bei Landesstraßen viel wichtiger, das Thema „Straßenränder und fehlende Schutz Einrichtungen“ zu bearbeiten.

Dort müssen wir einen Schwerpunkt legen. Das wird auch bei der Landesregierung getan, weil das erhöhte Sicherheitsrisiken sind.

Wir haben gelernt, die Autobahnen sind am sichersten, dort, wo die GRÜNEN immer das Tempolimit einführen wollen. Bei den Landesstraßen geht es um die Straßenränder und die Schutz Einrichtungen. Daran müssen wir arbeiten.

(Glocke der Präsidentin)

Wichtig ist natürlich, dass wir auch in den nächsten Jahren – dafür steht die FDP – dem Ministerium genügend Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stellen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zu **Punkt 17** der Tagesordnung:

**Ärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz
Besprechung der Großen Anfrage der Abgeordneten
Ernst-Günter Brinkmann, Peter Wilhelm Dröschner,
Friederike Ebli, Marianne Grosse, Heribert
Heinrich, Jochen Hartloff, Ruth Leppla,
Renate Pepper, Joachim Mertes,
Hans Jürgen Noss und Günter
Rösch (SPD) und der Antwort
der Landesregierung
auf Antrag der Fraktion der SPD**
– Drucksachen 14/3864/4024/4135 –

Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart. Das Wort hat Frau Kollegin Ebli.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich zuerst sehr herzlich bei Frau Ministerin Malu Dreyer und ihrem Haus für die umfassende Beantwortung unserer 41 Fragen bedanken.

Die Antwort ist eine gute Grundlage für die gesundheitspolitische Arbeit in unserem Land. Sie bietet eine Übersicht über die Entwicklung der medizinischen Versorgung und zeigt auf der anderen Seite durchaus auch Handlungsbedarf auf.

Die vorgegebene Redezeit lässt es leider nicht zu, dass ich auf jede Frage eingehen kann, aber als wichtiges Fazit ist festzuhalten: Die flächendeckende medizinische Versorgung unserer Bevölkerung im ambulanten und stationären Bereich ist generell auch für die Zukunft sichergestellt.

Die Abschaffung des Arztes im Praktikum zeigt Wirkung. Das macht den Einstieg in die praktische Ausübung des Arztberufes auf alle Fälle wieder attraktiver.

Ca. 120 in absehbarer Zeit ausscheidenden Ärztinnen und Ärzten stehen ca. 300 medizinische Absolventinnen und Absolventen gegenüber. Natürlich wissen wir, dass nicht alle in Kliniken oder Praxen gehen.

Es wird immer Absolventinnen und Absolventen geben, die von vornherein andere Berufsziele haben. Wir wollen das nicht beklagen; denn wir brauchen Nachwuchs auch in Forschung und Lehre.

Meine Damen und Herren, das Verhältnis Ärztedichte und Wohnbevölkerung ist günstig wie nie zuvor, also aktuell nach den vorliegenden Zahlen und erkennbaren Entwicklungen kein Anlass zur Sorge.

Man muss dennoch perspektivisch planen; denn die demografische Entwicklung wird auch vor dem ärztlichen Berufsstand nicht halt machen. Nach heutigen Erkenntnissen kann festgestellt werden, dass in den nächsten zehn Jahren wesentlich weniger Ärzte aus dem Beruf ausscheiden, als in den Arztberuf einsteigen werden.

Klar ist, es muss Vorsorge getroffen werden, dass ein zunehmender Anteil älterer Bevölkerung ebenso auf eine gute flächendeckende medizinische Versorgung vertrauen kann wie wir heute auch.

Eine Maßnahme könnte beispielsweise sein, das Verhältnis von Fachpraxis zur Allgemeinpraxis etwas zugunsten der Allgemeinpraxen zu verändern.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Krankenkassen sprechen heute nach ihren Grundsätzen von einer Überversorgung. Aber wir erkennen nicht, dass es wohl in einigen Bereichen und Regionen Probleme mit der Besetzung bzw. Wiederbesetzung von Praxen gibt.

Aber da muss man auch einmal genauer hinsehen. In solchen Fällen grundsätzlich von Ärztemangel zu reden,

ist schlichtweg falsch. In diesem Punkt sind in erster Linie die Kassenärztlichen Vereinigungen gefordert, deren Aufgabe es ist, für eine flächendeckende medizinische Versorgung zu sorgen;

(Beifall der SPD)

denn nicht alle Arztpraxen, die sich als Kassenpraxen abmelden, gehen gänzlich vom Markt. Einige praktizieren als Privatpraxen weiter. Dies macht es natürlich einem jungen Arzt oder einer jungen Ärztin besonders schwer, sich daneben völlig neu niederzulassen und zu etablieren.

Andere wiederum fordern von ihren Nachfolgerinnen oder Nachfolgern so hohe Konditionen, dass sie sie schlichtweg nicht erfüllen können. Manchmal liegt es aber auch an der Region selbst und dem Anspruch von jungen Medizinerinnen und Medizinern, die für sich und ihre Familien eine gewisse Infrastruktur und gewisse Rahmenbedingungen erwarten wie beispielsweise Schulen, Kultur- oder Freizeitangebote, die sie dort nicht vorfinden. In diesen Fällen ist es den Kassenärztlichen Vereinigungen nicht verboten, im Rahmen ihres Sicherstellungsauftrags finanzielle Anreize zu schaffen, beispielsweise Investitionshilfen zu geben. Dies wäre eine Möglichkeit und wird beispielsweise in Sachsen schon praktiziert.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die neue Möglichkeit nach dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz, nämlich die Einführung Medizinischer Versorgungszentren. Sie bieten jungen Ärztinnen und Ärzten die Chance, im ambulanten Bereich ohne eigene wirtschaftliche Risiken zu wirken. Diese Medizinischen Versorgungszentren haben den besonderen Charme, dass sie ganz persönliche Teilzeitmodelle zulassen, die gerade für junge Frauen attraktiv sind; denn mit Blick auf die demografische Entwicklung ist es gut, wenn auch Ärztinnen und Ärzte Beruf und Familie vereinbaren können.

Dies trifft im Übrigen auch auf den stationären Bereich zu, wo aufgrund der Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zum Bereitschaftsdienst die Arbeitszeit künftig so gestaltet werden muss, dass Ärztinnen und Ärzte durch überlange Arbeitszeiten nicht mehr überfordert werden. Dass dies auch im Interesse der Patientinnen und Patienten liegt, liegt auf der Hand und ist keine Frage. Die Krankenhausträger müssen für ihre Beschäftigten einfach auch annehmbare Bedingungen durchsetzen, mit denen Familie, Beruf und Freizeit in Einklang gebracht werden können. Dies ermöglicht gerade jungen Ärztinnen die leichtere Rückkehr aus der Mutterschaft in den Beruf. Es ist eigentlich unvorstellbar, dass es Medizinerinnen gibt, die ihren Beruf aufgrund starrer Arbeitszeiten nicht ausüben können. Dies sind in der Tat vergeudete Ressourcen.

Ein Blick auf Seite 10 und 11 der Antwort auf unsere Große Anfrage zeigt die guten Voraussetzungen für die ärztliche Weiterbildung und damit auch die Sicherstellung einer hohen Qualität in der ärztlichen Versorgung auf. Für die Landesärztekammer ist gerade die Weiterbildung ein besonders wichtiges Thema, wie man feststellen kann. 2.622 Weiterbildungsbefugnisse sind in

unserem Land vergeben worden. Interessant ist der Blick auf den Anteil ausländischer Ärztinnen und Ärzte. Der hohe Anteil aus den EU-Staaten und dem übrigen Europa sowie aus Asien zeigt uns, dass Deutschland und vielleicht insbesondere Rheinland-Pfalz ein interessanter Markt ist. Wir meinen aber, dass gerade beim ärztlichen Berufsstand die fachliche Qualität vergleichbar und die Beherrschung der deutschen Sprache ein zwingendes Muss ist.

Es kommt manchmal schon vor, dass man als Patientin oder als Patient sagt: Ich verstehe meinen Doktor überhaupt nicht. Aber es darf auf keinen Fall vorkommen, dass ein Arzt oder eine Ärztin sagt: Ich verstehe meine Patienten in sprachlicher Hinsicht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend können wir festhalten, dass die ärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz verlässlich und zumindest für die nächsten zehn Jahre sichergestellt ist. Der von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung prognostizierte Rückgang der Vertrags- und Facharztzahlen trifft zumindest für unser Land nicht zu. Im Gegenteil, bei uns ist sogar ein Zuwachs festzustellen. Trotzdem müssen wir einem eventuellen Nachwuchsmangel durch die demografische Entwicklung frühzeitig begegnen, auch wenn in Rheinland-Pfalz in absehbarer Zeit nicht mit Engpässen gerechnet werden muss.

Alles in allem sind wir gut versorgt, und das ist wichtig für die Zukunft. Wir sind gut aufgestellt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Altherr das Wort.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch ist die ärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz weitestgehend sichergestellt. Das ist richtig, und das kann man anders nicht sehen. Aber es gibt schon Versorgungsbereiche in der Pfalz, in der Eifel oder im Raum Trier, wo die Nachbesetzung von frei werdenden Vertragspraxen nach Aussage der Landesregierung nur noch schleppend erfolgt. Man muss das Problem perspektivisch sehen. Das heißt, mittelfristig wird sich die Entwicklung, die wir in anderen Teilen Deutschlands zu verzeichnen haben, in Rheinland-Pfalz gleichermaßen zeigen.

Natürlich sind von den 600 unbesetzten Kassenarztpraxen rund 500 in den neuen mitteldeutschen Ländern gelegen. Das hat vielfältige Gründe, auf die ich nicht näher eingehen muss. Aber auch in Rheinland-Pfalz gibt es bereits Versorgungsbereiche, die, wenn überhaupt,

nur noch schwer besetzt werden können. Es gilt, insbesondere auf diesen Bereich das Augenmerk zu richten.

Mir drängt sich fast der Verdacht auf, als sei die Große Anfrage vom Ministerium gestellt oder beauftragt worden.

(Dr. Schmitz, FDP: Nein, nein! –
Zuruf von der SPD: Keine falschen
Verdächtigungen!)

Wenn man die Fragen durchliest, kann man natürlich sagen, es ist alles gut und recht. Die Fragen und die Antworten passen immer zusammen.

Ich möchte jedoch auf einige Widersprüchlichkeiten in der Aussage des Ministeriums hinweisen. Es wird gesagt, die Zahl der Studierenden für das Fach Humanmedizin sei im Studienort Mainz gleich geblieben. Unbeschadet dessen stellt man aber beim näheren Durchsehen fest, dass im Wintersemester 2004/2005 nur noch 2.819 Humanmediziner eingeschrieben waren. Im Sommersemester 2003 waren es dagegen noch 2.880. Somit hat ein Rückgang der Studierendenzahlen stattgefunden.

Noch drastischer wird das Ergebnis bei der Zahl der Absolventinnen und Absolventen, das heißt der Mediziner, die das Staatsexamen abgelegt haben. Im Sommersemester 2002 waren es 164, im Wintersemester 2004/2005 nur noch 126. Somit hat ein Rückgang von über 20 % der Absolventen des Staatsexamens stattgefunden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage mich, wie Frau Ministerin Dreyer dazu kommt, zu sagen, die Zahlen seien gleich geblieben.

Als dritter verschärfender Faktor kommt hinzu, dass die Zahl derjenigen, die das Examen erfolgreich abgelegt haben und anschließend in artfremde Berufe wechseln, inzwischen fast 40 % beträgt. Das heißt, nur noch 62 % der mit einem Staatsexamen entlassenen Mediziner und Medizinerinnen werden auch kurativ in der Medizin tätig. Nun könnten Sie sagen: Sie sind auch einer davon. – Das ist richtig, aber ich habe 20 Jahre lang im Krankenhaus gearbeitet. Ich habe meine Schuldigkeit getan.

Was sind nun die Gründe dafür? – Frau Kollegin Ebli hat schon einen Teil der Gründe genannt. Eines der zentralen Themen des 108. Deutschen Ärztetages, der im Mai stattgefunden hat, lautete: „Nachwuchs braucht Perspektive“. – Das ist richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir müssen jungen Menschen Perspektiven auch im Beruf des Arztes bieten.

Die Gründe liegen zum einen im Krankenhausbereich. Die Belastung durch die Arbeitszeiten, die Unvereinbarkeit von Familie und Freizeitgestaltung und auch die inzwischen schlechte Bezahlung im Krankenhaus sind wichtige Faktoren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, wovon ich rede. Ich war in einer leitenden Funktion und erhielt damals Funktionszuschläge, die mittlerweile, also nach 15 Jahren, auf ein Drittel reduziert wurden. Das heißt, wir müssen neben der Festsetzung der Arbeitszeiten auch finanzielle Anreize schaffen.

Ein weiteres Problem besteht für uns darin, dass die Ärzte zunehmend nicht medizinischen Entscheidungszwängen unterworfen werden. Überbordende Bürokratie ist für einen Arzt etwas ganz Schreckliches.

Ich möchte das Augenmerk auf ein weiteres Problem richten. Wir haben in Europa in der Medizin eine lange Tradition. Es besteht die so genannte karitativ-humane Tradition der europäischen Medizin, die nun zusehends dem Primat der Ökonomie geopfert wird. Das heißt, auch in der Medizin ist nicht mehr entscheidend, was für den Patienten – auch unter Beachtung gewisser Kosten – jeweils am besten ist, sondern man achtet vielmehr darauf, dass man auch im Bereich der Medizin mehr und mehr ökonomische Grundsätze Raum greifen lässt. Man fordert immer mehr Wettbewerb.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss ganz klar sagen, in der Medizin kann man nur einen begrenzten Wettbewerb zulassen; denn wir haben es dort mit kranken Menschen und nicht mit Fahrzeugen, mit Autos oder mit Fahrrädern zu tun, die repariert werden müssen.

Ein weiteres Problem betrifft die Perspektiven. Es ist vorhin schon erwähnt worden, dass in gewissen Regionen die Infrastruktur fehlt. Das ist richtig. Dies spiegelt sich natürlich auch in den Zulassungszahlen wider. In Ballungsgebieten besteht allenthalben Überversorgung von bis zu 200 % oder 250 %, während im ländlichen Raum mit einer schlechten Infrastruktur Probleme bestehen.

(Ebli, SPD: So ist das!)

Natürlich besteht die Möglichkeit, Anreize zu setzen. Aber, Frau Kollegin Ebli, die Kassenärztlichen Vereinigungen haben nicht mehr das Geld, um diese Anreize zu setzen. Früher gab es für diese Fälle eine Umsatzgarantie, die sich heute eine Kassenärztliche Vereinigung finanziell nicht mehr erlauben kann.

In der Antwort auf die Große Anfrage wurde darauf hingewiesen, dass finanzielle Anreize dergestalt gesetzt worden seien, dass der Arzt im Praktikum abgeschafft worden ist. Die Abschaffung der Funktion des Arztes im Praktikum ist ein kleiner Schritt. Man könnte auch den AiP belassen und anders bezahlen. AiP selbst ist gar nicht so schlecht, aber die Bezahlung ist das Problem.

Weiterhin wird darauf verwiesen, dass das Budget der Krankenhäuser um 0,2 Prozentpunkte erhöht wurde, die die Krankenhäuser wiederum für die Vergütung der Ärzte einsetzen könnten. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, 0,2 %, ich bitte Sie! – Was will man damit machen? Damit können Sie – pfälzisch gesprochen – keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken!

Fazit: Wir müssen den jungen Medizinstudenten Perspektiven bieten, sowohl was die Tätigkeit im Krankenhaus oder in der eigenen Praxis als auch in einem Verbundsystem anbelangt. Medizinische Versorgungszentren sind prinzipiell eine gute Sache. Auch die integrierte Versorgung ist ein neuer Weg. Aber ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, die CDU/CSU will nicht, dass über solche Versorgungszentren peu à peu die

frühere Politik in der DDR eingeführt wird. Das wollen wir nicht. Wir wollen diese Zentren in unternehmerischer Verantwortung, in freier Trägerschaft wissen, und wir wollen keine Staatsmedizin im ambulanten Versorgungsbereich.

Danke schön, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema ist zu wichtig und für die Bevölkerung auch zu gravierend, als dass man auf der einen Seite Schönrederei betreiben und auf der anderen Seite in Panikmache verfallen sollte. Ich bin deshalb dankbar, dass diese Große Anfrage so gestellt und so beantwortet wurde. Ich glaube, es war deshalb so wichtig, weil auch die Medien das Thema aufgegriffen haben und weil wir auch faktisch ein Zunehmen dieses Problems festhalten müssen: Da kommt quasi eine Wetterfront aus dem Osten, die zurzeit Rheinland-Pfalz noch nicht erreicht hat, und es wird Aufgabe der Politik sein, dafür zu sorgen, dass sie Rheinland-Pfalz auch nicht erreichen wird.

In Rheinland-Pfalz ist die Welt also fast noch in Ordnung. Ich sage deshalb „fast“, weil in der Tat ein Stadt-Land-Gefälle besteht. Ich möchte nun das arg strapazierte Bild von Kühlschrank und Herdplatte nicht wieder bemühen, aber das muss man sehen. Es ist ein großer Unterschied, ob ich in Mainz-Innenstadt einen Urologen suche oder in Neuerburg zwischen luxemburgischer und belgischer Grenze.

Meine Damen und Herren, man muss – das darf ich jetzt neu in die Diskussion einbringen – auch den Unterschied zwischen ambulant tätigen und niedergelassenen Ärzten sehen. Wenn wir mit der Gesamtzahl der Ärzte keine Probleme haben, so muss man dennoch feststellen, dass im Bereich der niedergelassenen Ärzte in ländlichen Gebieten langsam erste Menetekel an der Wand zu sehen sind. Dies ist nicht nur Medienberichterstattung, sondern dafür gibt es auch entsprechende Hintergründe.

Wenn Professor Hessenauer, der Präsident der Landesärztekammer, festhält, dass es in den letzten vier Jahren ein Drittel weniger junge Ärzte gegeben hat, so ist dies kein Zeichen dafür, das für die Zukunft Hoffnung macht, sondern es ist ein klares Signal, dass man sich dieser Problematik annehmen muss.

Es gibt einige Punkte, die nachdenklich stimmen und die auf Dauer Probleme bereiten können, wenn man sie nicht rechtzeitig ernst nimmt: Dies ist zum einen der Rückgang der Approbationsquote, und das ist die Zunahme der Frauenquote bei Studenten und Studentin-

nen. Das sind keine schlechteren Ärztinnen als ihre männlichen Kollegen, um das klarzustellen, aber der Anteil der in Teilzeit Tätigen wird zunehmen, sodass die insgesamt leistbaren Arbeitsstunden zurückgehen. Dies ist ein klarer Hinweis auf familienpolitische Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, aber so wichtig auch Ärzte in der Forschung sind, so nachteilig ist es dennoch, wenn Ärzte mit dieser aufwendigen und für den Steuerzahler auch extrem teuren Medizinausbildung nachher medizinferne Berufe anstreben, Frau Kollegin Ebli. Es gehen eben nicht alle in medizinnahe Berufe, und es ist auf Dauer auch nicht hinnehmbar, dass deutsche Ärzte – bundesweit immerhin 12.000 Stück – ins westliche Ausland gehen und wir dafür mit polnischen Ärzten auffüllen. Dies macht deutlich, dass etwas nicht mehr im Gleichgewicht ist. Dass Veränderungen kleiner Rahmenbedingungen große Auswirkungen haben, sieht man daran, dass per Ryanair auf dem Hahn jeden Freitag ein Notdiensttourismus nach England stattfindet, der schon bemerkenswert ist.

(Frau Ebli: Das spricht für die schlechte Versorgung in England!)

– Das spricht unter anderem für die schlechte Versorgung eines staatlich gegängelten Systems in England, das kann ich nur unterstreichen.

Meine Damen und Herren, die Attraktivität des Berufsbildes ist zurückgegangen, das muss man festhalten. Vielleicht war die Attraktivität dieses Berufsbildes eine Zeit lang sogar zu hoch. Ich glaube, auch das kann man festhalten. Aber wir sind nun nicht auf dem Weg in eine solide Balance, sondern es droht etwas kaputtzugehen, das in diesem Bereich nicht kaputtgehen darf. Ich kann die Mängel, die bereits aufgezählt wurden, nur unterstreichen: ungünstige Arbeitszeiten, schlechtere Bezahlung, schwierige Fortbildungsbedingungen, schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gängelung durch Bürokratie. – Aber dies ist lediglich die taktische Ebene. Das ist das, was man aktiv machen muss.

Vom Grundsatz her müssen wir uns entscheiden, ob wir auf Dauer als Staat eine Notsituation verhindern wollen oder ob wir auf Dauer auf der Strategieebene das anstreben, was sich alle Parteien für die Zukunft vorgenommen haben: eine Neuaufstellung sowohl auf der Ausgabenseite als auch auf der Einnahmenseite.

Heute Morgen ist in der Fragestunde schon der Hinweis gefallen, dass eine Partei das Modell der Bürgerversicherung vorgelegt hat. Das Modell der CDU, das sehr kompliziert ist, ist uns zwischenzeitlich ebenfalls bekannt.

Ich empfehle – auch ohne Wahlkampfattitüde –, Ihre Aufmerksamkeit dringend einmal auf das Modell der FDP zu richten, von dem ich überzeugt bin, dass es ein sehr interessanter Ansatz ist, Soziales ins Zentrum zu stellen,

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr)

Es ist ein Modell, das in der Lage ist, eine Versorgung der Bevölkerung auf Dauer sozialverantwortlich zu garantieren,

(Frau Ebli, SPD: Herr Kollege, diese Frage wird nicht in diesem Haus entschieden!)

ohne das Gesundheitssystem als einen ganz wesentlichen Teil unserer Volkswirtschaft mit 4,2 Millionen Mitarbeitern administrativ immer nur so zu beeinflussen, dass man versucht, Kosten zu dämpfen, anstatt dieses System in einen gesteuerten und von den staatlichen Rahmenbedingungen her sehr solide anzuleitenden Wettbewerb zu entlassen, von dem ich überzeugt bin – Herr Kollege Dr. Altherr, darin haben wir einen kleinen Widerspruch –, dass nur er auf Dauer in der Lage ist, das Soziale dieses wichtigen Systems zu garantieren.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP –
Frau Ebli, SPD: Und das Solidarische?)

– Auch das Solidarische, Frau Kollegin Ebli. Lesen Sie es einmal ganz angstfrei, das tut insgesamt sehr gut.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sollte sich jemand im Raum befinden, der die Ausführungen meines Vorredners verstanden hat, ich gehöre nicht dazu. Ich habe nur gelernt, dass die Gefahr wieder aus dem Osten kommt und dachte, das hätten wir längst hinter uns.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sprechen wir über die Zukunft der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz. Die Große Anfrage der SPD-Abgeordneten lautet nur „Ärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz“ und bezieht sich in der Hauptsache auf die Vergangenheit. Herr Kollege Dr. Altherr, ob die direkt in der Regierung geschrieben wurde, weiß ich auch nicht. Aber ich gebe Ihnen insofern Recht, als es ein bisschen so klingt, als hätte jemand angerufen und gesagt: Fragt uns einmal das, wir hätten da ein paar Antworten für euch. – Deshalb ist es nicht gerade sehr aussagekräftig, was herausgekommen ist.

Wenn man sich ein bisschen Mühe gibt, kann man allerdings einiges herauslesen. Ich habe mich über einige zart angedeutete Schlussfolgerungen gewundert. Die Altersstruktur der Ärzteschaft in Rheinland-Pfalz sieht so aus, dass das Durchschnittsalter stetig steigt und in den nächsten zehn Jahren 1.295 Ärzte die Altersgrenze erreichen werden. Dadurch scheiden altersbedingt viele

Ärzte aus. Allein dadurch droht, dass die Zahl der Ärzte absinkt. Das ist nicht der einzige Faktor. Das wird gar nicht beschönigt. Das wird nüchtern in der Antwort auf die Große Anfrage dargestellt.

Es kommt aber etwas hinzu: Das ist die Frage der Attraktivität des Arztberufes. Das ist schon angesprochen worden. Darüber muss man sehr deutlich reden. Man müsste auch darüber reden, was man daran machen kann. Das Problem ist erhoben worden. Man hat versucht herauszufinden, woran sich im Einzelnen die Unattraktivität des Arztberufes festmachen lässt. Ist es die Frage der Überstunden, der Arbeitszeiten, der zeitlichen Belastung überhaupt? In diesem Zusammenhang ist auch die Teilzeit zu nennen. Das Problem der Ärzte in den Kliniken ist nicht, dass sie Teilzeit arbeiten, sondern dass sie in Kombination mit anderen Faktoren, ohne dafür bezahlt zu werden, weit mehr arbeiten sollen, als es ihr Stundenkontingent ausmacht. Diese jungen Ärzte und Ärztinnen empfinden es neben anderen Faktoren schlicht und ergreifend zu Recht als unfair, dass sie das machen müssen.

Hinzu kommt aber, dass durch die Arbeitszeiten und die enormen Belastungen eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Arztberuf enorm schwierig ist. Vor einigen Monaten gab es in Mainz dazu eine Veranstaltung. Den dort anwesenden Kolleginnen und Kollegen des Landtags wurde sehr deutlich, dass das ein sehr großes Problem für die Ärzte ist.

Es wird aber auch die steigende Bürokratie genannt. Auch das muss man ernst nehmen. Hierarchische Strukturen in den Krankenhäusern werden ebenfalls genannt. Wie sieht das aus? Ich habe nicht nur bei der Beantwortung dieser Großen Anfrage, sondern auch schon zu früheren Zeiten immer wieder Meldungen gelesen, dass von Klinikärzten die hierarchischen Strukturen beklagt werden. Es wird von einem autoritären Führungsstil gesprochen. Den scheint es zu geben. Er sorgt zum Beispiel dafür, dass sich Ärzte in Teilzeit nicht darauf verlassen können, dass ihre Teilzeit eingehalten wird. Es sieht irgendwie so aus, wenn man sich das Bild der Halbgötter in Weiß vor Augen hält, dass der Ärztehimmel mehrere Klassen umfasst und es dort auch welche gibt, die sozusagen höchstens Hilfgötter in Weiß sind.

(Dr. Altherr, CDU: Das gibt es überall!)

Wenn ich mir eine weitere Aussage in der Beantwortung der Großen Anfrage anschau, erinnere ich mich an eine sehr lang zurückliegende Diskussion, als es darum ging, dass Lehrlinge nicht mehr Lehrlinge, sondern Auszubildende heißen sollten. Damals hat man gesagt, das muss auch gefühlt werden, und sie sollen keine ausbildungsfremden Arbeiten wie Bier holen oder kehren. Hier habe ich gefunden, dass sich Ärzte in Kliniken stark darüber beschwerten, dass sie in ganz starkem Maß arztfremde bzw. nicht ärztliche Aufgaben zu machen haben.

(Dr. Altherr, CDU: Bier mussten wir keines holen!)

– Sie mussten kein Bier holen. Herr Dr. Altherr, aber ich weiß nicht, ob das heute noch so ist. Ich hoffe, dass in

den Kliniken zumindest von den Ärzten nicht so viel Bier getrunken wird.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Auch die Bezahlung wird beklagt. Man muss einräumen, das Bild des gut bezahlten Arztes, der gut bezahlten Ärztin, die von dem Beruf in den Kliniken oder in den Praxen reich werden kann, ist zumindest hoch differenziert. Es gibt natürlich Ärzte, die mit ihrem Beruf sehr viel Geld verdienen können. Es gibt aber auch Ärzte, die sehr viel arbeiten müssen und nicht sehr viel Geld verdienen bzw. unangemessen wenig verdienen. Im praktischen Bereich sind das zum Beispiel die Kinderärzte, die in der Regel einen guten Job machen, aber vergleichsweise wenig verdienen.

Wenn ich mir das alles anschau, dann wundere ich mich nicht, dass neben dieser Altersfluktuation, die ich eingangs erwähnt habe, hinzu kommt, dass viele Ärztinnen und Ärzte nicht mehr im eigentlichen Arztberuf arbeiten, sondern versuchen, in Jobs unterzukommen, in denen zumindest einige dieser Nachteile des Arztberufes so nicht mehr auftauchen. Sie gehen zum Beispiel in den Medizinischen Dienst.

Es gibt auch viele Ärzte, die ins Ausland gehen, weil dort die Arbeitsbedingungen besser sind. Ich weiß nicht, ob bestimmte Maßnahmen, die sich zum Beispiel aus dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz ergeben, ausreichen, um diesem Trend entgegenzuwirken. Ich habe da eher meine Zweifel.

Ich sehe nur, dass auf uns ein Problem in den kommenden zehn Jahren zuwächst, für das ich von der Seite der politisch Verantwortlichen keine ausreichenden Antworten sehe. Ich schaue mir die Aussage zu der Antwort auf die Große Anfrage zu der Frage der Studierendenzahl in der Humanmedizin an. Herr Dr. Altherr, diese Studierendenzahl geht tatsächlich nur sehr leicht zurück. Einen nachhaltigen Trend kann man daraus nun wirklich nicht ableiten. Aber selbst wenn sie gleich bleibt, muss man sagen, es besteht ein gewisser Handlungsbedarf, sonst kann man sich in Zukunft zurückziehen.

Sie erinnern sich, als es damals um die Klinikärzte ging. Man kann dann sagen, wir wollen, aber wir können nicht, weil es keine Ärzte gibt. So kann es auch nicht gehen. Hier sagt die Landesregierung: Wir sehen keinen Bedarf für eine Änderung. – Ich sehe einen aktuellen Bedarf für eine Änderung; denn eine Änderung in diesem Bereich wird sich sicher erst in fünf bis zehn Jahren auswirken. Genau dann muss es sich auswirken.

Wenn wir über Studierendenzahlen im Bereich der Humanmedizin sprechen, dann muss ich Sie noch einmal ansprechen, Herr Dr. Altherr. Man muss natürlich auch immer überlegen, wenn man insgesamt über Studiengebühren spricht, könnte eine Einführung von Studiengebühren natürlich auch in diesem Bereich äußerst negative Nachteile haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Das sollten Sie vielleicht auch einmal bedenken, wenn Sie in anderen Kreisen unterwegs sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Ich fasse zusammen: Wenn ich mir allein anschau, wie die Altersfluktuation in den nächsten zehn Jahren aussieht, wie die Wegbewegung von vielen ausgebildeten Ärzten und Ärztinnen aus dem ärztlichen Beruf aussieht, wie es mit den Ärzten aussieht, die ins Ausland gehen – ich will nicht sagen, die ins Ausland flüchten –, um dort unter besseren Bedingungen zu arbeiten, wenn ich mir allein diese drei Faktoren anschau, dann sage ich Ihnen, dass Handlungsbedarf besteht. Das Fazit in der Beantwortung der Großen Anfrage ist mir angesichts dieser Tatsachen entschieden zu passiv. Sie müssen da mehr tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Dreyer.

**Frau Dreyer, Ministerin
für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Herren und Damen! Ich bin froh, dass zumindest Einigkeit an dieser Stelle hier im Hause herrscht, dass wir zurzeit in Rheinland-Pfalz die ärztliche Versorgung sichergestellt haben. Ich finde, das ist eine wichtige Botschaft. Die Bürgerinnen und Bürger sollten wissen, dass sie zurzeit nicht in der Situation sind, dass es irgendwo eine ärztliche Unterversorgung geben könnte. Sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich ist in den letzten zehn Jahren die Anzahl der berufstätigen Ärzte und Ärztinnen regelmäßig gestiegen. Nach der neuesten Statistik der Landesärztekammer waren im Jahr 2004 mit 17.099 Ärzten und Ärztinnen 1,7 % mehr Ärzte und Ärztinnen registriert als im Jahr zuvor.

Man kann damit einfach auch zusammenfassen, dass das, was die Kassenärztliche Bundesvereinigung prognostiziert hat, nämlich einen starken Rückgang der Vertrags- bzw. Facharztzahlen, hier in Rheinland-Pfalz nicht festzustellen ist, sondern wir in allen Bereichen der vertragsärztlichen Versorgung erkennbar einen Zuwachs haben.

(Beifall der Abg. Frau Pepper, SPD –
Dr. Altherr, CDU: Noch nicht!)

– Herr Dr. Altherr, ich komme gleich darauf zu sprechen. Ich habe das auch in der Großen Anfrage nicht beschönigt, aber ich finde es schon wichtig, den Bürgern auch deutlich zu sagen, wir haben im Moment keine Krisensituation hier in Rheinland-Pfalz. Die Verschiebung der Altersstruktur ist hier klar angesprochen worden. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Während 1994 das Durchschnittsalter der Vertragsärztinnen und -ärzte noch 47,42 Jahre betrug, liegt es heute immerhin schon

bei 49,87 Jahren. Das lässt einfach prognostizieren, wie sich die Altersstruktur weiterentwickeln wird.

Zur Zahl der Studierenden ist mir wichtig, auch noch einmal die Zahl zu erklären, weil es offensichtlich Irritationen gegeben hat. Seit dem Jahr 2001 ist mit 2.800 Studierenden die Anzahl weitgehend konstant geblieben. Das gilt auch für die Zahl der Studienabschlüsse mit durchschnittlich 157. Sie war im letzten Herbst etwas heruntergegangen, im Frühjahr 2005 beträgt sie aber wiederum 157. Man kann also schon davon sprechen, dass in den letzten Jahren diese Zahlen konstant geblieben sind.

Ich denke, unser Bestreben müsste eigentlich sein, den Arztberuf weiterhin an Attraktivität zu steigern, weil unser Problem im Moment nicht unbedingt die Anzahl der Studierenden ist, sondern vielmehr das Problem, dass ganz viele – Frau Ebli hat es gesagt – nicht mehr den Arztberuf als ihren Beruf wählen. Daran müssen wir natürlich arbeiten.

In Rheinland-Pfalz ist also im Vergleich zu anderen Ländern eine relativ entspannte Situation. Ich glaube, dass das Problembewusstsein inzwischen so groß ist, dass das, was Sie, Herr Dr. Altherr, angedeutet haben, nicht unbedingt eintreten muss, dass wir nämlich in Zukunft nicht unbedingt in die Situation anderer Bundesländer kommen müssen. Das bedeutet aber natürlich, dass wir alle gemeinsam daran arbeiten, dass diese Situation bleibt, wie wir sie wollen, dass wir nämlich in Rheinland-Pfalz eine qualitativ hochwertige und auch flächendeckende Versorgung auch in Zukunft sicherstellen können.

Es ist interessant, das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung hat eine Studie in Auftrag gegeben, die der aktuellen Situation und den Gründen für den Ausstieg aus der kurativen ärztlichen Berufstätigkeit in Deutschland nachgegangen ist, und zwar durch Befragung von Ärzten und Ärztinnen höchstpersönlich.

Herausgekommen ist, dass die maßgeblichen Gründe vor allem die hohe Arbeitsbelastung, die Arbeitsbedingungen, das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sowie auch Probleme beim Wiedereinstieg nach einer Unterbrechung der ärztlichen Tätigkeit sind, die den Arztberuf außerordentlich unattraktiv erscheinen lassen. Wenn wir diese Problemanalyse zur Verfügung haben, sind wir auch in der Situation zu handeln.

Einige Beispiele – vieles ist schon genannt worden – wo wir Handlungsmöglichkeiten haben: Auf das große Repertoire, das den Kassenärztlichen Vereinigungen und den Krankenkassen zur Verfügung steht, hat Frau Ebli ausreichend hingewiesen. Natürlich ist die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung. Das erkennt sie auch an. Die Kassenärztliche Vereinigung hat nie von uns verlangt, dass wir in Zukunft die Sicherstellung gewährleisten müssen, sondern sie nimmt es auch als eigenverantwortliche Aufgabe natürlich in Anspruch.

Natürlich ist es möglich, dass die Kassenärztliche Vereinigung auch Anreize für Vertragsärzte und -ärztinnen bietet, vor allem auch im ländlichen Bereich, sich in

diesen Regionen niederzulassen, zum Beispiel durch Umsatzgarantien, durch die Errichtung von Eigeneinrichtungen und durch Sicherstellungsgremien. All das ist vorhin aufgezählt worden.

Herr Dr. Altherr, wenn Sie heute sagen, dass dafür die Kassenärztlichen Vereinigungen kein Geld haben, sage ich nur, es gibt Bundesländer, wo der Ärztemangel bereits eingetreten ist, wo Kassenärztliche Vereinigungen gemeinsam mit den Kassen auch Lösungen in diesem Sinn gefunden haben, und zurzeit diese Debatte überhaupt nicht ansteht, weil wir die Situation nicht haben. Aber natürlich müssen die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen selbstverständlich – – –

(Dr. Altherr, CDU: Die Kassen müssen Mittel dafür geben!)

– Selbstverständlich. Aber zu finanzieren sind die Sicherstellungsaufträge nach dem Gesetz auch anteilig zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Die Instrumente sind da. Die Partner müssen sich perspektivisch auch miteinander darüber verständigen.

Ich denke, ein wichtiger Punkt, den die Landesregierung gemeinsam mit den Krankenkassen erreicht hat, ist das Thema „Bereitschaftsdienst“. Im ländlichen Bereich sind die Notdienste besonders unbeliebt, oder die niedergelassenen Ärzte haben eigentlich das besondere Problem, dass sie die vielen Bereitschaftsdienste und Notdienste gewährleisten müssen. Ich glaube, das rheinland-pfälzische Konzept zur Schaffung von Notfalldienstzentralen in Rheinhessen und der Pfalz hat sich durchaus bewährt. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass dieses Konzept auch im Norden und Westen des Landes umgesetzt werden kann. In diesem Sinn möchte ich mich auch herzlich bei Herrn Kollegen Bruch bedanken, der maßgeblich an dieser Sache gemeinsam mit den Krankenkassen mitgewirkt hat, zumal aus seinem Ministerium auch ein Teil der Investitionsmittel herkommt.

(Beifall bei der SPD)

Weitere Lösungsansätze – die spielen heute alle keine Rolle, aber damit muss man sich auseinander setzen, wenn man über die Zukunft spricht – sind natürlich auch eine differenzierte Bedarfsplanung; denn in Ballungsräumen haben wir eine Überversorgung, während im ländlichen Raum eher eine Unterversorgung zu befürchten ist. Zu nennen ist möglicherweise auch die Lockerung von Altersgrenzen in Einzelfällen oder auch eine großzügigere Zweitpraxenregelung und die Zulassung von mehr Assistenten und Assistentinnen.

Bevor mir die Zeit wegläuft, möchte ich noch einige Sätze zum stationären Sektor sagen. Auch da sind alle Gründe genannt worden, warum dieser Beruf inzwischen im Krankenhaus als unattraktiv empfunden wird. An erster Stelle steht natürlich die hohe Arbeitsbelastung, das Thema „Mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und auch die hierarchischen Strukturen. Natürlich sind die Krankenhausträger wirklich an dieser Stelle gefordert. Sie haben Handlungsoptionen sowohl, was die Arbeitszeitgestaltung betrifft, als auch, was das

Thema betrifft, Organisationen zu schaffen, die zu einem Abbau von Hierarchie führen und Ärzten und Ärztinnen, die auch jünger sind, so in ihren Betrieb einzubinden, dass sie sich nicht gegängelt fühlen, sondern sich als gleichberechtigte Partner in diesem System entwickeln können und gern im Krankenhaus tätig sind. Diese Erwartung muss man an die Krankenhausträger stellen, stärker vielleicht als in der Vergangenheit. Es gibt gute Beispiele, aber wir haben noch zahlreiche Beispiele in Rheinland-Pfalz, wo man sich eine andere Entwicklung wünschen würde.

Zur Entbürokratisierung: Das ist mir selbst ein großes Anliegen. Viele Ärzte und Ärztinnen beklagen, dass sie einfach zu viel Bürokratie zu bewältigen haben. Ich habe deshalb gemeinsam mit der Kollegin aus Sachsen bei der letzten Gesundheitsministerkonferenz angeregt, eine Arbeitsgruppe einzurichten. Sie wird in der diesjährigen Gesundheitsministerkonferenz ihren Bericht vorlegen, um den Dokumentationsaufwand im Gesundheitswesen zu reduzieren, und klare konkrete Schritte vorschlagen. Wir sind sehr gespannt, wie weit diese Arbeitsgruppe gekommen ist.

Ich verweise gern auch noch einmal auf unser Modellprojekt im Krankenhaus Birkenfeld, wo wir mithilfe einer papierlosen Patientenakte ausprobieren oder erproben, wie es durch diese elektronische Patientenakte möglich ist, Dokumentationsaufwand zu reduzieren. Nach heutigem Kenntnisstand bedeutet das 30 % weniger bürokratischen Aufwand seitens der Ärzte und Ärztinnen, aber auch des Pflegepersonals. Ich denke, das sind die richtigen Zeichen für die Zukunft. Solche Dinge müssen wir weiterentwickeln, um das Thema: „Entbürokratisierung“ auch in den Griff zu bekommen.

Lassen Sie mich abschließend nochmals festhalten, die ärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz ist sichergestellt. Alle Beteiligten haben sich auf den Weg gegeben, die einen intensiver als die anderen. Aber ich war sehr froh, auch noch einmal bei dem Sommerfest der Landesärztekammer, auch nochmals aus dem Mund des Präsidenten zu hören, dass sie sich wirklich dieses Thema auf ihr eigenes Programm geschrieben haben und dafür sorgen wollen, dass für dieses Thema vor allem für den Bürokratieabbau, für das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ stärkere Ansatzpunkte entwickelt werden sollen und natürlich vor allem für das Thema „Wie sichern wir in Zukunft in dem ländlichen Rheinland-Pfalz eben auch auf dem Land die niedergelassenen Hausärzte und Fachärzte?“. Ich denke, wenn wir gemeinsam diese Schritte gehen, werden wir das auch hinbekommen.

Aus diesem Grund wird das Ministerium noch in diesem Jahr mit unseren Partnern gemeinsam konkrete Handlungsmöglichkeiten in Rheinland-Pfalz im Rahmen eines zweitägigen Expertenworkshops herausarbeiten, um dann tatsächlich auch noch einmal konkrete Schritte gemeinsam zu vereinbaren.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will noch einmal auf drei Punkte aufmerksam machen; denn man kann sich manchmal in einer Sicherheit fühlen, die nicht gegeben ist.

Wir haben jetzt über die offiziellen Zahlen gesprochen. Wir haben aber nicht betrachtet, wie es zurzeit in der Realität aussieht. Es gibt nämlich eine stille Verabschiedung von denjenigen, die in den Statistiken noch enthalten sind, aber früher aufhören werden und nicht bis 63, 65 oder sogar 68 arbeiten werden. Die Tendenz ist zurzeit sehr stark ausgeprägt, dass diejenigen, die schon lange im Dienst sind, diese Bürokratie nicht mehr mitmachen. Wenn wir jetzt die ersten Abrechnungen für das erste und zweite Quartal nach dem IBM 2000 plus bekommen, wird sich diese Tendenz verstärken, weil es selbstverständlich erhebliche Einschnitte und Veränderungen geben wird. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, es geschieht immer zeitversetzt. Wenn in den Krankenhäusern die Assistenzärzte fehlen, fehlen fünf, sechs, acht, zehn Jahre später die Fachärzte und niedergelassenen Kollegen. Es gibt zurzeit schon erhebliche Anstrengungen. Wir haben zwar noch viele Stellen besetzt, aber es finden erhebliche Anstrengungen statt, um diese Stellen überhaupt noch zu besetzen.

Ich kann allen nur empfehlen, durch ein Krankenhaus zu gehen und zu schauen, wie viele der Assistenzarztstellen besetzt sind und mit wem sie besetzt sind. Sie haben selbst die Auskunft gegeben, von 900 ausländischen Ärzten sind über 500 im stationären Bereich tätig. Auch da muss man fragen. Man müsste überlegen, ob man eine Qualitätssicherung einführt, dass alle zumindest die Sprache beherrschen; denn die Sprache ist das Bedeutendste – – –

(Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD)

– Nein. Es ist nicht so. Auch im Niedergelassenenbereich haben wir diese Hürden genau nicht. Deshalb müssen wir in diesem Bereich etwas tun. Die Folgen zeigen sich erst später. Das werde ich auch noch sehr deutlich sagen.

Der dritte Punkt ist, Sie reden von Entbürokratisierung. Alle Gesetze, alle Veränderungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, haben mehr Bürokratie und Aufwand gebracht. Alle Dokumentationsaufgaben in den Krankenhäusern sind zusätzlich gekommen. Die Aufgaben werden zusätzlich erledigt.

Reden Sie einmal mit den niedergelassenen Kollegen. Ich nenne nur ein Stichwort „DMP“ – Disease Management Programme, die Einzelverträge. Sie müssen für jede einzelne Sache einzelne Verträge vorhalten. Diese müssen ausgefüllt und bearbeitet werden. Da liegt die ganze Crux in der Geschichte. Viele Ärzte sind nicht

mehr bereit, diesen Aufwand zu betreiben; denn diese Zeit geht letztendlich den Patientinnen verloren, und da setzt Qualität ein. Wir reden zu viel über Qualitätssicherung. Wir müssen die Qualitätssicherung wieder herstellen, indem die Ärzte wieder mehr Zeit für die Patienten haben.

(Glocke der Präsidentin)

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Frau Abgeordneter Ebli das Wort.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Dr. Altherr, Sie haben das verstärkte Denken der Ökonomie kritisiert. Ich denke, das dürfen wir nicht beklagen; denn die Ökonomie kann nicht außen vor bleiben, wenn unser Gesundheitssystem weiterhin finanzierbar bleiben soll.

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Hier brauchen wir einfach diese vertrauensvollen Partnerschaften zwischen Versicherern, Versicherten und Leistungserbringern. Das muss so bleiben. Da darf der ökonomische Gedanke nicht hintanstehen. Ich denke, das ist selbstverständlich.

(Dr. Altherr, CDU: Das darf nicht im Vordergrund des ärztlichen Handelns stehen! Das habe ich gesagt!)

– Gut. Dann lassen Sie uns noch einmal ein paar andere Dinge anschauen.

Wie haben sich die Gesellschaft und die Krankheitsbilder verändert? – Die Ärzte haben heute außer der kurativen Medizin beratende Funktionen. Wo ist vor 20 Jahren jemand zum Arzt gegangen, um sich beraten zu lassen und Krankheiten zu verhindern? – Das hat sich alles verschoben. Wenn wir die Zunahme der alternden Gesellschaft sehen: Alter heißt nicht einfach krank. Aber die Mobilität in diesem Bereich nimmt zu. Auch da verschiebt sich einiges.

Ich denke, wichtig ist das, was Frau Ministerin auch noch einmal gesagt hat. Den Sicherstellungsauftrag haben die Kassenärztlichen Vereinigungen. An uns liegt es, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Da ist auch einiges passiert.

Was Herr Dr. Rosenbauer, das Krankenhaus betreffend, angesprochen hat: Mit der Einführung des Fallpauschalenentgeltsystems ist auch etwas Wichtiges passiert, das Veränderungen in den Arbeitszeiten zulässt, weil Abrechnungen nicht nach Zeitaufwand, sondern nach Leistung erfolgen.

Wichtig bleibt, Sie waren nicht anwesend, als ich gesprochen habe. Das, was Sie zu dem Anteil der ausländischen Ärztinnen und Ärzten gesagt haben, war auch eine klare Forderung von mir, nämlich dass die Qualität stimmen muss. Sie muss mit unserem Anspruch vergleichbar sei. Die deutsche Sprache muss ein absolutes Muss sein.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kuhn, FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Frau Ebli, genau das ist das, wenn man über die Dinge redet, ohne diese genau zu betrachten. Gerade das Fallpauschalenentgeltgesetz erschwert in zunehmendem Maß die Ausbildung, weil die Entgelte für die Leistungen so knapp bemessen sind, dass sie möglichst zügig ihre Arbeiten erledigen müssen. Dies gilt insbesondere für das ambulante Operieren, das man fördern will.

Sie können zu dem Entgelt die Leistung nur noch erbringen, indem sie einen Facharzt und keinen Assistenzarzt mehr hinstellen, der von morgens bis abends die Sachen „durchoperiert“, damit die Kosten gedeckt werden. Genau dort entstehen zurzeit die Probleme in den Krankenhäusern und auch bei den niedergelassenen Kollegen, weil die Ausbildung durch die ganze Gesetzgebung nicht verbessert, sondern verschärft wird, da kaum noch Zeit für Ausbildung bleibt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das führt letztendlich zu einer Qualitätsverschlechterung.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Besprechung der Großen Anfrage beendet.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, begrüße ich noch weitere Gäste im Landtag, und zwar Mitglieder des 1. FCK-Fanclub „Hornbacher Klosterteufel“, die Herolder Brunnensänger sowie Bürgerinnen aus Weilerbach. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe die **Punkte 13** und **14** der Tagesordnung in verbundener Debatte auf:

**Atomar abrüsten – Abzug aller Atomwaffen
aus Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 14/4152 –

**Abzug von Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD und FDP**
– Drucksache 14/4159 –

dazu:

**Nordatlantisches Verteidigungsbündnis (NATO)
und Reduktion von Atomwaffen
Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU**
– Drucksache 14/4192 –

Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart.

Ich erteile Frau Abgeordneter Grütmacher das Wort.

Abg. Frau Grütmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! In der heutigen Debatte geht es im Kern um die entsetzlichsten Waffen, die die Menschen je erfunden haben. Es geht um Atomwaffen, deren furchtbare Wirkung sich beim Abwurf der Atombombe in Hiroshima gezeigt hat – der Abwurf jährt sich in rund zwei Monaten zum 60. Mal – und von denen wir annehmen müssen, dass immer noch mehr als rund 150 jetzt auch 15 Jahre nach Ende des Kalten Kriegs bei uns in Rheinland-Pfalz lagern.

Bis vor zwei Tagen lagen dem Landtag hierzu zwei Anträge vor, ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ein Antrag der Fraktionen der SPD und FDP. Beide stimmen in der grundsätzlichen Forderung überein, wie es auch im Antrag der Fraktionen der SPD und FDP formuliert wird: Abzug von Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, Anfang Mai ist in einem Report des Natural Resources Defense Council darauf hingewiesen worden, dass höchstwahrscheinlich noch rund 480 Atombomben in Europa lagern, davon etwa 150 in Deutschland, und zwar ausschließlich in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir uns im rheinland-pfälzischen Landtag mit dieser Problematik beschäftigen, und zwar in öffentlicher Diskussion.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ziel ist klar und wird von allen geteilt: Atomwaffen müssen international geächtet werden. Die Verbreitung von Atomwaffen muss dauerhaft gestoppt werden. Zur Erreichung dieses Ziels kann der rheinland-pfälzische Landtag beitragen, indem er in großer Übereinstimmung deutlich macht, dass er die Lagerung von Atomwaffen in Ramstein und Büchel nicht länger hinnehmen will und er die Bundesregierung in ihren Bestrebungen unterstützt,

durch Konsultationen mit den NATO-Staaten darauf hinzuwirken, dass die in Rheinland-Pfalz stationierten Atomwaffen mit einer klaren Perspektive und innerhalb eines verbindlichen zeitlichen Rahmens abgezogen werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das muss ich in Richtung der CDU-Fraktion einmal deutlich aussprechen. Das hat nichts mit Anti-Amerikanismus zu tun. Hierbei geht es wirklich nicht um subjektive Gefühle oder irrationale Emotionen. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass Atombomben völkerrechtswidrig sind; denn als solche wurden sie vom Internationalen Gerichtshof eingestuft. Dieser kam in seinem Urteil vom 9. Juli 1996 zu dem Ergebnis, dass nicht nur der Einsatz von Atomwaffen, sondern bereits die Androhung des Einsatzes grundsätzlich gegen Völkerrecht verstößt.

Meine Damen und Herren, auf dieser Grundlage ist unser Antrag zu sehen, der auf einer Reihe vorhergehender Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus den Jahren 1995, 1997 und 1999 fußt, in denen wir eindringlich den Abzug der Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz gefordert haben.

Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Wochen die große Hoffnung geschöpft, dass es der rotgrünen Bundesregierung gelingen wird, in dieser Frage einen entscheidenden Schritt voranzukommen. Mit Freude haben wir die Aussage von Verteidigungsminister Struck gehört, dass er sich zusammen mit Außenminister Fischer einig ist, dass sie in den Gremien der NATO das Thema „Abzug von Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz“ ansprechen und in Absprache mit den europäischen Verbündeten klären wollen.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hierbei mit einem klaren Votum des rheinland-pfälzischen Landtags zu unterstützen, das schien uns wichtig und auch möglich auf der Grundlage der Anträge von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einerseits und den Koalitionsfraktionen andererseits.

Nun liegt ein dritter Antrag vor, nämlich der Antrag der Fraktion der CDU. In diesem Antrag wird die klare Botschaft, die von den beiden Anträgen ausging, leider verwässert. Auf ihre ziemlich rückwärts gewandte Rhetorik will ich nicht eingehen, meine Damen und Herren von der CDU. Wie können Sie sich aber als Parlamentarier sozusagen selbst den Mund verbieten und uns verbieten, über das wirklich sehr brisante Thema wie den Abzug der Atomwaffen aus unserem Land im Parlament zu reden? Aus Angst, irgendeine Position in dieser konkreten Frage zu beziehen, wenden Sie sich mit den Worten: Bei einer öffentlichen und parlamentarischen Diskussion außerhalb der zuständigen Gremien ist stets die Gefahr von kontraproduktiven Wirkungen gegeben. – Mit dieser windelweichen Formulierung wenden Sie sich um jegliche klare Stellungnahme herum, meine Damen und Herren. Wer so hasenfüßig ist und ohne jegliches Selbstbewusstsein als Parlamentarier daherkommt, der hat sich in dieser Diskussion disqualifiziert. Der hat eben nichts mehr zu sagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch wenn wir den Antrag der Fraktionen der SPD und FDP auch wegen seiner Überschrift sehr begrüßen, sehen wir doch in unserem Antrag die weitergehenden Forderungen. Wir stellen den Abzug der Atomwaffen von Ramstein und Büchel in einen großen Zusammenhang der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen. Wir fordern darüber hinaus die Bundesregierung auf, schon jetzt in den Bereichen aktiv zu werden, in denen sie aktiv werden kann. Sie sollte ihre Bereitschaft erklären, auf die technische Fähigkeit zum Einsatz US-amerikanischer Nuklearwaffen zu verzichten.

Meine Damen und Herren, mit dieser Forderung wollen wir Verteidigungsminister Struck und Außenminister Fischer in ihren Bemühungen um einen schnellen Abzug der Atomwaffen aus unserem Land unterstützen. Wir hoffen dabei auf die breite Unterstützung des Landtags. Deshalb sollten wir die Anträge an den Ausschuss überweisen, um zu einer breiten Unterstützung für diese Form zu kommen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Noss.

Abg. Noss, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die weitere Reduzierung der Zahl der weltweit vorhandenen Nuklearwaffen, die immer noch ausreichend sind, um die Erde um ein Zigfaches zu vernichten, ist eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Staatengemeinschaft. Es ist anzustreben, dass nicht noch mehr Länder oder gar terroristische Gruppen in den Besitz von Nuklearwaffen kommen. So fand vom 2. bis zum 27. Mai dieses Jahres in New York die alle fünf Jahre stattfindende Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags von Atomwaffen – oder auch Atomwaffensperrvertrag genannt – statt. Ziel dieses Vertrags, der zwischenzeitlich von 188 Staaten unterzeichnet worden ist, ist die Reduzierung der Zahl der weltweiten nuklearen Waffenpotenziale. Der Vertrag baut auf zwei inhaltlichen Grundpfeilern auf. Der eine Pfeiler ist die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, der andere Pfeiler ist die Abrüstung der vorhandenen Nuklearwaffenpotenziale. Gleichzeitig gilt der Grundsatz, dass die Mitgliedstaaten des Atomwaffensperrvertrags unter Aufsicht der Internationalen Atomenergiebehörde Zugang und Berechtigung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie haben.

In den 35 Jahren seines Bestehens hat der Atomwaffensperrvertrag dazu beigetragen, entsprechend seiner Zielsetzung die Zahl der Nuklearwaffen zu reduzieren und ein gewachsenes Bewusstsein bezüglich der Gefahren dieser Waffen zu schaffen. Die diesjährige Konferenz in New York hat in seiner vierwöchigen Beratung leider nicht die erhofften Ergebnisse gebracht. Dies führte dazu, dass der UN-Generalsekretär Kofi Annan die Konferenz als verpasste Chance bezeichnete, als

verpasste Chance dahin gehend, dass die Sicherheit der Welt vor den vielen nuklearen Bedrohungen nach wie vor nicht geschützt ist. Bezeichnend dürfte es auch sein, dass es über eine Woche dauerte, bis sich die Versammlung auf eine einheitlich getragene Tagesordnung einigen konnte.

Deutschland und insbesondere Rheinland-Pfalz war während der Zeit des Kalten Krieges eines der weltweiten Hauptstationierungsgebiete von taktischen Nuklearwaffen, und zwar in Ost und West, von NATO und Warschauer Pakt gleichermaßen. Nach dem Fall der Berliner Mauer, dem Aufweichen der Machtblöcke und dem Ende des Kalten Krieges wurden die vorhandenen nuklearen Drohpotenziale in Deutschland abgebaut. Nur noch ein geringer Bruchteil der ehemaligen Nuklearwaffen der NATO sind heute noch in Deutschland stationiert. Aufgrund der weltweit erheblich veränderten Bedrohungs- und Sicherheitslage – die ehemalige NATO-Grenze, die nur 300 Kilometer bis 400 Kilometer von uns entfernt lag, ist zwischenzeitlich weiter nach Osten gerückt – sollte die Stationierung von Nuklearwaffen in Deutschland nicht mehr erforderlich sein. Sie macht auch keinen Sinn mehr.

(Beifall bei SPD und FDP)

Daher ist es nur folgerichtig und richtig nachgedacht, dass die Bundesregierung in vertrauensvollen Gesprächen mit den USA und den übrigen NATO-Partnern versucht, die noch vorhandenen Restbestände einvernehmlich aus Deutschland abziehen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ministerpräsident Kurt Beck hat erst kürzlich gemeinsam mit Verteidigungsminister Peter Struck dieses Ziel nochmals bekräftigt. Die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion begrüßen und unterstützen diese Bestrebungen ausdrücklich und hoffen, dass diese baldmöglichst erfolgreich abgeschlossen werden können.

(Beifall bei SPD und FDP)

Eines werden wir dabei allerdings nicht tun, nämlich uns an irgendwelchen Spekulationen beteiligen, wo, und falls ja, wie viele Nuklearwaffen es in Deutschland und speziell in Rheinland-Pfalz gibt.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wir sind sehr für Transparenz. Diese Transparenz sollte aber dort ihre Grenzen haben, wo die berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie unseres staatlichen Gemeinwesens tangiert werden.

(Dr. Altherr, CDU: Sehr gut!)

Wir halten es für wichtig, dass durch eine entsprechende Infrastruktur, Ausstattung und Bewachung eventueller Standorte ein Optimum an Sicherheit erreicht wird. Hierzu zählt auch die Geheimhaltung dieser eventuellen Standorte. Dies einfach deshalb, weil damit eventuellen

terroristischen oder sonstigen Angriffen vorgebeugt werden kann.

(Beifall bei der SPD –
Dr. Altherr, CDU: So ist es!)

Deshalb bekräftige ich an dieser Stelle noch einmal, dass wir uns an irgendwie gearteten Spekulationen in diesem Zusammenhang nicht beteiligen werden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Frau Grützmaker, die Zahlen, die Sie genannt haben, sind keine authentischen Zahlen. Das sind Zahlen von irgendwelchen Instituten und Vereinigungen, die aber nirgendwo verbrieft sind.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das können Sie nicht sagen! Das ist
ein sehr renommiertes Institut!)

Für die Gesamthematik ist im Übrigen der Bund und nicht die Länder zuständig. Wir sind also quasi außen vor.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger nehmen wir allerdings sehr ernst. Alle Nationen, vor allem die Nuklearmächte, sind aufgerufen, alle Möglichkeiten, die sie haben, zu ergreifen und zu unterstützen, um die Nuklearwaffen weltweit weiter abzubauen.

Wir unterstützen daher alle Bemühungen der Bundesregierung und der Landesregierung, die Nuklearwaffenpotenziale in Europa und in Deutschland abzubauen. Wir bitten Sie um Zustimmung zum Antrag der Regierungskoalition.

Danke.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Altherr das Wort.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem Kollegen der SPD dankbar, dass er auf diese unterschiedliche Haltung hingewiesen hat. Genau das ist der entscheidende Punkt.

Frau Kollegin Grützmaker, ich kann Ihre Argumentation verstehen. Ich weiß auch, dass Sie das glaubwürdig in Ihrer Person vertreten. Dazu muss man natürlich auch die Identität der Grünen, das heißt die Gründungsgeschichte und Genese der Grünen, kennen. Wir erinnern uns an die Jahre 1979 und 1980 mit dem NATO-Doppelbeschluss und den Pershing-II-Raketen. Das war mit eine der entscheidenden Grundlagen für das Entstehen der GRÜNEN-Partei. Daher kann ich Ihre Argumen-

tation heute auch verstehen. Ich will Sie aber auch an den Mannheimer Parteitagebeschluss erinnern, in dem die Abschaffung der Bundeswehr und der Austritt aus der NATO gefordert wurde.

Ich will aber auch nicht verschweigen, dass Winfried Nachtwei, GRÜNER und Mitglied des Deutschen Bundestags, gesagt hat, dass es eine weise und gute Entscheidung war, die NATO zu gründen. Herr Nachtwei ist schließlich Ihr Sicherheits- und Verteidigungsexperte. So viel zu dem Ganzen.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

– Sie haben doch keine Ahnung. Halten Sie sich doch zurück. Reden Sie zu den Dingen, bei denen Sie mitreden können.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

– Man muss Aussagen immer vor ihrer Zeit bewerten, Herr Kollege Schweitzer. Das sollten Sie einmal beherzigen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da Frau Grützmaker so sehr auf den Antrag der CDU-Fraktion rekurriert hat, will ich Ihnen den entscheidenden Passus unseres Antrags vorlesen: „Der Landtag begrüßt die weltweiten Bemühungen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen und die alle fünf Jahre stattfindende Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV)“ – auch kurz Atomwaffensperrvertrag genannt –. „Die gegenwärtige Krise um Nuklearwaffen-Ambitionen des Iran und Nordkoreas,

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber auch die Befürchtungen, dass künftig möglicherweise weitere Staaten oder sogar internationale Terroristen Zugriff auf Nuklearwaffen erhalten könnten, machen das nukleare Nichtverbreitungsregime zu einem zentralen Element der Sicherheit und des Friedens weltweit. Das NVV-Regime beruht auf drei Säulen: der Verpflichtung der Mitglieder zur Nichtverbreitung, der Verpflichtung der Nuklearwaffenstaaten auf Abrüstung ihrer Nuklearwaffenarsenale und der Berechtigung aller Staaten zum Zugang zur friedlichen und zivilen Nutzung.“ So lautet genau unser Antrag.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was sind Ihre Forderungen?)

Frau Grützmaker, Sie machen Politik mit den Ängsten der Bevölkerung. Ich lebe zeitlebens in der Region Ramstein/Kaiserslautern. Ich wäre am ehesten von einer Bedrohung betroffen. Es ist doch nicht so, dass die mutmaßlich dort irgendwo gelagerten Atomwaffen uns bedrohen. Vielmehr geht die Bedrohung doch von ganz anderen Ländern aus, nämlich von Schurkenstaaten, von terroristischen Regimen sowie von verbrecherischen Organisationen. Sie können doch nicht die USA als

verantwortungslosen Staat hinstellen und sagen, die Atomwaffen würden für uns eine Bedrohung darstellen.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitaus wichtiger wäre es, dass wir einen Grundkonsens finden und wir die Proliferation dieser Waffen in nicht berechnete Hände verhindern. Das muss die Aufgabe sein, und das stellt die größte Bedrohung für den Weltfrieden derzeit dar.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Grützmaker, nun noch einmal zur NATO.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie können nachher noch einmal reden.

Nun zur NATO: Die NATO ist untrennbar mit der Entwicklung der beiden deutschen Staaten zu einer friedlichen Wiedervereinigung verbunden. Die NATO ist eng gekoppelt an die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland. Es sind seit 50 Jahren Atomwaffen in Deutschland stationiert. Die Amerikaner verfügten in Hochzeiten über 70.000 atomare Gefechtsköpfe. Zu dieser Zeit wurden ungefähr 7.000 in Europa gelagert. Es wird gemutmaßt, dass derzeit davon noch fünf Prozent in Europa gelagert werden. Keiner weiß aber etwas Genaues.

Damit sind wir an dem entscheidenden Punkt angekommen. Der Kollege von der SPD hat das dankenswerterweise schon gesagt. Man kann militärisch sensible Waffen nicht auf dem Jahrmarkt zur Schau tragen. Das untergräbt das Sicherheitsbedürfnis aller Menschen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das tun Sie mit Ihrem Antrag.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Grützmaker, ich will Sie an die Diskussion über den Abzug der Giftgasgranaten im Jahr 1990 erinnern. Was haben damals Ihre Partei und die so genannte Linke alles gemutmaßt? Welche Zahlen sind in der Gegend herumgereicht worden? Wie hat man die Leute verunsichert? Das ist keine seriöse Politik.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie sollten einmal sagen, was wir damit
erreicht haben, nämlich dass sie
verschwunden sind!)

– Frau Kollegin, ich verstehe das, Sie haben die Nominierung am Samstag. Da müssen Sie noch ein bisschen um Ihren Platz kämpfen. Lassen wir das doch.

(Unruhe bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kehren wir zum Thema zurück. Die Stationierung von Atomwaffen ist mit der NATO untrennbar verbunden. Sie basiert auf internationalen Verträgen. Wenn Sie nun auf die nukleare Teilhabe anspielen, nämlich auf die Fähigkeit der deutschen Tornadobomber, Atomwaffen zu transportieren, und zwar substrategische, so genannte taktische Atomwaffen zu transportieren, frage ich Sie: Ist denn dieser Einsatz jemals erfolgt?

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Grützmaker, anders gefragt: Wer hat denn die Sicherheit des freien Europas sichergestellt, als der Warschauer Pakt existent war? Das waren die verschiedenen NATO-Strategien, beginnend mit „New Look“ über „Forward“ und „Force Attack“ und „Flexible Response“ bis hin zu „Last Resort“. Die „Last Resort“-Doktrin, die heute Gültigkeit hat, besagt, dass Nuklearwaffen nur das letzte Mittel entweder zur Abschreckung oder zur schnellen Beendigung eines Krieges sein können. Das ist die derzeit gültige Doktrin der NATO.

Frau Grützmaker, bei diesen Fragen geht es auch um Bündnistreue und um Bündnisverlässlichkeit. Man kann natürlich zum Irakkrieg unterschiedlicher Auffassung sein – auch ich habe dazu eine sehr differenzierte Haltung –, aber ich frage Sie: Weshalb hat eine rotgrüne Bundesregierung im Irakkrieg die Intervention zwar verurteilt, aber den USA den Überflug gestattet und ihr Lande- und Startrechte auf deutschen Flughäfen eingeräumt?

(Hartloff, SPD: Weil sie vernünftig ist!)

Das passt auch nicht zusammen. Entweder bin ich konsequent dagegen, aber man kann nicht nach dem Motto vorgehen, dass man sich auf der einen Seite distanziert, aber ihnen auf der anderen Seite das zugesteht. So kann man keine verlässliche und vertrauensvolle Politik betreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich rede dann noch in einer zweiten Runde, damit ich Gelegenheit habe zu reagieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Thomas für eine Kurzintervention das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Altherr, das kann so nicht unwidersprochen stehen bleiben. Wenn man eine Rede um acht Begriffe herum-

rankt und glaubt, damit würde man Kompetenz dokumentieren, kann ich nur sagen: Das ist gründlich danebengegangen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Wenn Sie es nicht in Ihrem Antrag schreiben, hätte ich zumindest erwartet, dass Sie es über Ihre Lippen bringen, dass die CDU-Fraktion begrüßen würde, wenn die Atomwaffen in Rheinland-Pfalz oder in Europa an anderer Stelle, wo Sie glauben, dass sie mutmaßlich gelagert sind, abgezogen werden. Davon habe ich von Ihnen kein Wort gehört. Das ist auch die Krux in Ihrem Antrag.

(Dr. Altherr, CDU: Machen Sie doch
einmal langsam!)

Der Passus, den Sie aus einem Antrag vorgelesen haben, der nach einer gescheiterten Konferenz in New York gestellt worden ist, stimmt doch hinten und vorne nicht. Sie schreiben, dass der Atomwaffensperrvertrag auf diesen drei Säulen beruht. Sie verschweigen aber, weshalb die Konferenz gescheitert ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Die Konferenz ist auch gescheitert, weil seitens der Atomstaaten nicht ein Signal gekommen ist, dass man bereit ist, weitere Abrüstungsschritte zu gehen. In diese Zielsetzung hätte man noch Dynamik in Richtung Nichtproliferation hineinbringen können. Dieser Impuls ist zu Beginn dieser Überprüfungskonferenz gesetzt worden.

Ich will Ihnen sagen, was Außenminister Fischer am 2. Mai in New York – getragen und unterstützt von der Bundesregierung – gesagt hat: „Was wir heute brauchen, ist neuer Schwung zur nuklearen Abrüstung. Wir sollten die bestehenden Arsenale strategischer und taktischer Atomwaffen überprüfen und energisch daran arbeiten, sie weiter zu reduzieren.“

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war eine Zielsetzung. Das war auch der Versuch, hier noch einmal einen Impuls zu setzen. Ich will nicht die Gefährdungen der weiteren Verbreitung von Atomwaffen kleinreden. Ich will nur sagen, dass man in einer solchen Konstruktion und in einem solchen Mitgliederbestand, wie er in diesem Atomwaffensperrvertrag zusammengehalten wird, nicht nur Forderungen an die eine Seite stellen kann, sondern auch die Versprechungen, die man in 1995 und 2000 bei diesen Überprüfungskonferenzen den Vorgängerkonferenzen gegeben hat, einhalten und Schritte vorangehen muss.

Ich glaube, das ist die Einbettung dieses Antrags und des Impulses, dass 50 Jahre, nachdem die ersten Atomwaffen in Deutschland angekommen sind, die Forderung nach dem Abzug dieser Waffen in Europa von vielen öffentlich getragen wird. Man muss einen Abrüstungsschritt signalisieren,

(Glocke der Präsidentin)

damit man auf der anderen Seite eine weitere Proliferation verhindern kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zur Erwidierung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Altherr das Wort.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Frau Kollegin, etwas mehr Gelassenheit täte Ihnen auch gut. Ich kann Ihre Aufregung verstehen. Sie erzählen natürlich nur die Wahrheit, die Ihnen passt. Ich will aus der Zeitung „DIE WELT“ vom 30. Mai zitieren: „Annan und Baradei enttäuscht über Atomkonferenz“. – Hier heißt es: „Beobachter der Konferenz machten vor allem drei Länder für die fruchtlosen Verhandlungen verantwortlich. Die USA ...“ – Das ist das, was Sie dargestellt haben. Dann geht es weiter, dass die USA nur vor der nuklearen Gefahr durch Nordkorea und den Iran gewarnt hatten und ihrerseits nicht bereit sind, die eigenen Arsenale offen zu legen bzw. zu reduzieren.

Dann heißt es weiter: „Iran wiederum bestand darauf, nukleare Energie zur zivilen Nutzung gewinnen zu können. Und Ägypten soll die Konferenz damit aufgehalten haben, Schritte gegen Israels vermutete Atomwaffen zu verlangen.“ – Das ist die volle Wahrheit. Sie haben nur den Teil der Wahrheit beigegeben, der in Ihr Konzept passt.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über die Konferenz und den Atomwaffensperrvertrag sollen die Leute auch wissen, dass gerade die Staaten, die ein Gefährdungspotenzial darstellen und die bereits Atomwaffenmächte zweiter Ordnung sind, wie Pakistan, Indien und Israel, dem Vertrag nicht beigetreten sind. Wenn wir die verbleibenden 188 Staaten nach unseren demokratischen Grundsätzen messen, kann man sagen, dass ein Großteil dieser Staaten nicht unsere Vorstellungen von Demokratie und Freiheit erfüllt. Das gehört zur vollen Wahrheit.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie der CDU vorwerfen – das haben Sie insinuiert –, die CDU wäre für den Verbleib von Atomwaffen, ist das dummes Zeug. Für wie beschränkt halten Sie die CDU?

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich hätte das nur gern aus Ihrem Mund
gehört, Herr Dr. Altherr!)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Es wird doch wohl in diesem Land Rheinland-Pfalz und auch in Deutschland keinen vernünftigen Menschen geben, der an Atomwaffen festhalten würde, wenn es nicht mehr notwendig ist. – Ich frage Sie einmal ganz direkt: Ihr Außenminister

Fischer ist seit 1998 in politischer Verantwortung. Was hat er seitdem dafür getan?

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch den „SPIEGEL“ zitieren. Dieser sagt, dass sowohl Struck als auch Fischer die Schwänze eingezogen und kleinlaut das Vorhaben ad acta gelegt haben bzw. Herr Struck das in Brüssel vertreten will. Herr Fischer hat bei Kanzler Schröder keinen Termin bekommen, um das Thema anzusprechen. Der Kanzler war klüger als der Außenminister; denn dieses Thema taugt fürwahr nicht für die politische Auseinandersetzung mit den Amerikanern. Das muss man in sensiblen Gesprächen klären. Dazu bedarf es nicht des Landtags, eines Jahrmarkts und der Jahrmarktschreierei.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Geisen das Wort.

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte von der Weltdebatte wieder zurück nach Rheinland-Pfalz kommen.

Meine Damen und Herren der GRÜNEN, höchstwahrscheinlich mutet es Ihnen seltsam an, wenn ich am Beginn meiner Rede anmerke, dass wir den Vereinigten Staaten dankbar sein dürfen, dass die Stationierung der Atomwaffen während des Kalten Krieges das Gleichgewicht zwischen Ost und West erhalten hat und ohne diese ein stabiles und freies Deutschland höchstwahrscheinlich nicht hätte erhalten werden können.

(Beifall bei der FDP)

Demnach verdankt auch Westeuropa die 60 Jahre Frieden einer Atomwaffenabschreckung.

Meine Damen und Herren, dies bedeutet nicht, dass wir von der FDP oder ich persönlich nicht über die Stationierung der Atomwaffen diskutieren möchte – im Gegenteil.

Meine Damen und Herren der GRÜNEN, wir wollen die Diskussion nicht mit Angst und Panikmache führen, wie Sie es in Ihrem Antrag bereits begonnen haben.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was für ein Quatsch!)

Meine Damen und Herren der Union, ich bin auch fest davon überzeugt, dass das Transatlantische Bündnis stark und nicht so wackelig ist, wie Sie es anscheinend befürchten, wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben, eine öffentliche Diskussion führe zu Schwierigkeiten innerhalb des Bündnisses. Es gibt bereits ganz rationelle

Gespräche mit den Amerikanern. Es wäre ein sehr schwaches Bündnis und nicht nur ein sensibles, wie Sie es nennen, wenn man nicht über Nuklearwaffen öffentlich sprechen könnte.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter Freunden kann man über alles reden. Im Vertrauen kann man mit Freunden über alles reden. Die Menschen in Rheinland-Pfalz haben natürlich Sorgen, was die Stationierung der Atomwaffen angeht. Deswegen sind wir Politiker auch verpflichtet, das Thema aufzugreifen und nach Möglichkeiten zu suchen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Die Größenordnungen wurden genannt. 5 % der ursprünglich in Europa stationierten Nuklearwaffen werden hier angenommen. 95 % sind, so sagt man, abgezogen. Dies haben wir dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag und der Verpflichtung der Nuklearwaffenstaaten zur Abrüstung ihres Nuklearwaffenarsenals zu verdanken.

Meine Damen und Herren, wo sich in Rheinland-Pfalz die Atomwaffen konkret befinden, kann ich Ihnen genauso wenig sagen wie jeder andere in diesem Saal. Das ist gut so.

Frau Grützmaker, ich habe eine Frage an Sie. Wissen Sie wirklich genau, wo und wie viele Atomwaffen hier geheim gelagert sind?

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dies wird geheim gehalten, um die Bürger zu schützen. Dies ist in Zeiten des zunehmenden Terrorismus umso wichtiger. Tatsache ist aber auch, dass die Nuklearwaffen unabhängig von ihrem Standort die Bürgerinnen und Bürger beunruhigen. Tatsache ist auch, dass wir aufgrund der veränderten weltpolitischen Sicherheitslage darüber diskutieren können und sollen, ob wir in Europa, in Deutschland und in Rheinland-Pfalz noch taktische Atomwaffen brauchen.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat schon den Abzug gefordert. Dies unterstützen wir als rheinland-pfälzische Landtagsfraktion ausdrücklich. Die Landesregierung und an ihrer Spitze unser Ministerpräsident Kurt Beck hat dies erst kürzlich bekräftigt. Der Verteidigungsminister führt diesbezüglich bereits Gespräche mit den Bündnispartnern der NATO.

Das alles begrüßen wir vonseiten der FDP-Fraktion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich den Antrag der GRÜNEN zu diesem Tagesordnungspunkt lesen muss, welche Horrorszenarien eintreten könnten, so lese ich dies mit Bedauern. Dafür, dass die GRÜNEN nach wie vor lieber mit der Angst der Menschen und einer gezielten Panikmache – – –

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Kollegin, das haben Sie eben genauso getan. Sie wollen mit der Angst der Menschen Wahlen gewinnen und nicht mit den Themen.

Sie schreiben beispielsweise – ich zitiere –: „Das bedeutet: Im Kriegsfall und nach Freigabe durch den Präsidenten der USA könnte die Bundeswehr etwa 20 in Büschel gelagerte Atomwaffen aus US-Beständen einsetzen.“ Meine Damen und Herren, das Wort „bedeutet“ steht im Deutschen für eine Tatsache, während Sie es für Kausalzusammenhänge benutzen, die in dieser Form mehr als unwahrscheinlich sind. Das genau ist es. Lesen Sie Ihren Antrag einmal durch. Ich habe das getan. Es geht auch hier um die Wortwahl.

Im weiteren Verlauf Ihres Antrags fordern Sie die Landesregierung zu Handlungen auf, die allerdings, wie ich eben aufgezeigt habe, bereits erfolgt sind. Entweder sind Sie schlecht informiert oder Ihnen gehen tatsächlich die Themen aus oder beides, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir von der FDP fordern den Abzug der in Europa und in Deutschland und in Rheinland-Pfalz stationierten Atomwaffen, weil wir sie nicht mehr für erforderlich halten, wir als Nicht-Nuklearwaffen-Staat ausdrücklich und entschieden hinter dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag und der Abrüstung der Atomwaffenarsenale stehen und weil wir mit unserer Forderung ein klares Zeichen setzen wollen, und nicht zuletzt, weil die Bürger in der heutigen weltpolitischen Situation auch kein Verständnis mehr für die Präsenz der Atomwaffen in unserer Region Rheinland-Pfalz haben können.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie fordern die vollständige Offenlegung aller Atomwaffenstandorte mit Zahl und Art der Waffen.

(Dr. Altherr, CDU: Ein Nuklearwaffenregister!)

Ist Ihnen überhaupt bewusst, dass Sie damit den Terroristen quasi die Logistik für Anschläge frei Haus liefern?

(Beifall bei der FDP)

Sieht so Ihr Verantwortungsbewusstsein für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land aus? Meine Damen und Herren, wir alle wünschen uns wohl eine Welt ohne nukleare Bedrohung und auch ohne Krieg. Wir von der FDP-Fraktion meinen, dass wir mit dem geforderten Abzug der Atomwaffen aus Europa, aus Deutschland und Rheinland-Pfalz einen Schritt in die richtige Richtung gehen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, adieu.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Lieber Herr Geisen, ich hoffe, Sie gehen noch nicht, weil Sie „adieu“ gesagt haben und hören sich wenigstens noch an, was ich dazu zu sagen habe.

Ich meine, Sie waren jetzt wirklich bemüht, Dissens dorthin zu tun, wo eigentlich Konsens besteht. Der Kollege der SPD-Fraktion hat es deutlich gemacht, wir waren so weit, dass es in weiten Teilen, außer dass es Herrn Altherr von der CDU nicht über die Lippen kommt, eine Übereinstimmung in diesem Parlament gibt, dass Atomwaffen, die in Rheinland-Pfalz oder an anderer Stelle in Europa gelagert sind, abgezogen werden sollen. Herr Altherr hat nur gesagt: „Wenn sie nicht mehr notwendig sind.“ – Wenn Sie mit Militärexperten, mit Sicherheitsexperten reden, wenn Sie sich die sicherheitspolitische Lage anschauen – wir sind nur von Partnern und nicht von Feinden umgeben, die man mit diesen Waffen bedrohen möchte – kommen Sie zu dem Ergebnis: Diese Waffen sind nicht mehr notwendig –, dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie das heute sagen können, dass Sie erwarten und sich dafür einsetzen, dass diese Waffen abgezogen werden.

Herr Geisen, Sie versuchen, einen Dissens herzustellen und bemühen sich, Textpassagen dieses Antrags exegesisch fehlzudeuten. Wir erläutern, was technische nukleare Teilhabe bedeutet – das ist dieser Passus, den Sie vorgelesen haben –, es bedeutet nämlich, dass nach Freigabe des US-Präsidenten diese Waffen eingesetzt werden können, und zwar mit Flugzeugen der Luftwaffe, – – –

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Das bedeutet es und deshalb ist dieser Satz formuliert. Wir machen mitnichten ein Schreckensszenario auf. Sie sollten doch einfach einmal ertragen können, meine Damen und Herren von der FDP, dass es einen Konsens gibt, der über die Koalitionsfraktionen hinausgeht, so wie ich es begrüße, dass nach 50 Jahren, nachdem die ersten Atomwaffen hier hergekommen sind, nicht mehr die GRÜNEN allein diejenigen sind, die fordern, dass sie abgezogen werden sollen, sondern dass diese Forderungen von vielen aufgegriffen werden. Dass man dafür mit diesem breiteren Konsens auch eine Umsetzungsmöglichkeit hat, ohne die Amerikaner zu erschrecken. Herr Altherr, wir müssen wirklich Konsequenzen auch aus dem Scheitern der Konferenz in New York ziehen und sagen: Wir machen erste Schritte, diese Waffen sind sicherheitspolitisch nicht mehr erforderlich, militärisch nicht mehr erforderlich, und man braucht sie auch politisch nicht mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sollten wir genau für diesen Zweck möglichst gemeinsam aus diesem Parlament heraus ein entsprechendes politisches Signal setzen und uns hier nicht in Kleintreibereien zerreiben lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Bruch das Wort.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich sehr bedauerlich, dass die Vereinbarung bei der letzten Konferenz nicht erzielt werden konnte und es drei zentrale Bereiche gab, in denen man sich nicht einigen konnte, in der Abrüstung, in der wirksamen Kontrolle und in der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Frau Abgeordnete Grützmaker, was wir aus der Konferenz wissen, ist, dass es nicht allein um Sicherheitsprobleme ging, sondern auch um wirtschaftliche Probleme, dass sich verschiedene dort auch wirtschaftlich positioniert haben und das vielleicht auch ein bisschen unter die Sicherheit subsumiert haben.

Ich will deutlich machen, dass die Landesregierung hier für die Landesregierung spricht und der Ministerpräsident eine Aussage gemacht hat, die eigentlich der Kernpunkt dessen ist, was hier heute gesagt worden ist.

Ich will einige Bemerkungen machen:

Es gibt keine Bestätigung für Lagerung von Atomwaffen in Rheinland-Pfalz.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Nicht-Nuklearwaffen-Staat und bekennt sich zum Primat der Nichtverbreitung von Atomwaffen. Das tragen wir voll mit und ist ein Teil der Politik dieser Landesregierung.

Die Lagerung von Atomwaffen, egal wo, sehen wir als nicht mehr notwendig an. Wir haben die Sorge, dass es durch die Veröffentlichung, die Sie, Frau Grützmaker, zum Beispiel, ich denke leichtfertig, in Ihrem Antrag haben, eine Frage gibt, wie die Sicherheit in bestimmten Bereichen zu gewährleisten ist. Ich frage mich auch, ob Sie die Sorge haben, dass die Atomwaffen eingesetzt werden, oder ob Sie von der Sorge der Atomwaffenlagerung ausgehen. Sie fordern in Ihrem Antrag, dass die Atomwaffen abgezogen werden im Bereich der NATO. Die Frage ist, ob Sie dann sicher sind. Ich glaube, die Forderung müsste heißen: Die Atomwaffen, die vorhanden sind, müssen zerstört werden, damit von ihnen keine Gefahr mehr ausgeht.

Die Bundesregierung, vertreten durch Bundesminister Struck, und die Landesregierung, vertreten durch Herrn Ministerpräsidenten Beck, haben in Ramstein erklärt, dass sie davon ausgehen, dass 95 % aller Atomwaffen aus dem Bereich der NATO nicht mehr vorhanden sind und es noch 5 % geben würde – das war die Auskunft von Minister Struck – und man sich im Moment bemüht, diese 5 % abzuziehen.

Der Ministerpräsident hat unterstrichen, dass er Wert darauf legt, dass solche Waffen aus dem Bereich Europa abgezogen werden. Dies ist der Sachverhalt.

Wenn Sie die Landesregierung unterstützen wollen, dann wäre dies mit zwei Sätzen möglich gewesen, näm-

lich die Meinung der Bundesregierung und die Meinung der Landesregierung, geäußert in Ramstein am 6. Mai, einfach zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich will eine weitere Bemerkung machen, weil zwei Seelen in meiner Brust sind, nicht in der Brust des Amtsträgers, sondern in der Brust des Karl-Peter Bruch.

Einmal ist es so, dass wir wissen, dass durch diese Waffen über lange Zeit das Gleichgewicht des Schreckens hergestellt werden konnte. Ich denke, aus meiner politischen Arbeit heraus, dass es dazu geführt hat, dass diese Friedenszeit stattfinden konnte, unter anderem, aber sie ist ein wichtiger Punkt.

Die Frage, die sich dann wieder stellt, wenn ich jetzt darauf dränge, dass auch der letzte Rest abgezogen wird, ist, dass ich dann schon gern wissen möchte, wohin, weil es keinen Sinn macht, Waffen möglicherweise aus Belgien in ein möglicherweise unsicheres Land zu transportieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage der Abwägung, die eine Rolle gespielt hat, ist die Abwägung, ob man etwas sagt.

Ich bekomme keine offizielle Auskunft, wenn ich als Minister frage. Walter Zuber bekam keine offizielle Auskunft, als er als Minister fragte: „Wo gibt es solche Waffen?“

Dann gibt es das Prinzip der Geheimhaltung in dieser Sache. Die NATO und die Bundesregierung haben dies übernommen. Die Landesregierung übernimmt sie und sagt: „Wir wissen es nicht.“

Wir bekommen auch keine Auskunft. Das ist so. Wir wissen es auch nicht.

Von daher gesehen gibt es eine Frage der Abwägung, mache ich es möglicherweise öffentlich, wo solche Waffen sind, oder bleibe ich bei dieser Geheimhaltung.

Ich denke, wenn ich das abwäge in der heutigen Zeit, die eine andere Sicherheitsterminologie braucht als vor zehn Jahren noch – für mich ist das Stichwort dann tatsächlich der 11. September 2001 –, neige ich dazu, bei der Linie der Landesregierung zu bleiben und zu sagen: Wir wollen keine Stationierung. Wir wollen keine Atomwaffen.

Wir wollen sie nicht hier. Wir wollen sie auch nicht im Bereich Europa. Wir reden aber in dem Sinn öffentlich darüber, wenn es denn solche geben würde.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber es ist doch in der Öffentlichkeit!)

Dies beinhaltet nämlich die Frage, dass wir dann denen Vorschub leisten, die möglicherweise diese Waffen

besitzen wollen und sie durch terroristische Gewalttaten in Besitz bringen wollen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Herr Minister, es ist doch in der
Öffentlichkeit!)

Deswegen bin ich der Meinung, Sie werden mich nicht eines anderen belehren können, weil ich Verantwortung trage, nicht nur für die Frage, ob man das veröffentlicht, sondern auch für die Frage der Sicherheit. Da geht mir die Sicherheit vor.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention hat Frau Abgeordnete Grütmacher das Wort.

Abg. Frau Grütmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Zwei kurze Anmerkungen, Herr Minister. Es sind nicht die GRÜNEN, die das in die Öffentlichkeit bringen, sondern es ist ein sehr renommiertes Institut, das sich darum kümmert.

(Dr. Altherr, CDU: Da habe ich ein ganz
anderes Institut in Erinnerung!)

Vor allem finde ich es sehr schwierig, dass Sie auf der einen Seite sehr widersprüchlich sagen: „Wir wissen nicht, wo Sie sind“, auf der anderen Seite aber einen Antrag schreiben: Abzug der Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz. Das kommt mir wenigstens etwas widersprüchlich vor.

Das Zweite, das ich noch sagen wollte, weil Sie uns sozusagen gesagt haben, wir machten es halbherzig, dass wir nur wollten, dass die Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz vollständig abgezogen würden.

Meine Damen und Herren, Herr Minister, nein, Sie müssen auch den ersten Spiegelstrich lesen. Wir fordern die Landesregierung auf, die Bundesregierung in ihrem Ziel zu unterstützen, die vollständige Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen in Zusammenarbeit mit den Partnern und Verbündeten Deutschlands zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU –
Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Das war vielleicht noch einmal wichtig. Es geht nicht nur darum, dass wir sagen, wir machen es nach amerikanischem Prinzip zu sagen „not in my backyard“, sondern wir wollen sie abschaffen. Das haben wir in unserem Antrag ausgedrückt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Herr Abgeordneter Dr. Altherr, bitte sehr.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Präsidentin! Herr Minister Bruch, ich bin Ihnen dankbar für die sachliche Aussage.

Das nämlich ist genau der Punkt, weswegen sich die CDU-Fraktion den vorliegenden Anträgen nicht angeschlossen hat, weil wir befürchten, dass diese sensiblen Themen, die bereits in den entsprechenden Kreisen, wo sie hingehören, in der Diskussion sind.

Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung das Ihre bisher schon getan hat, um auf diesem Weg voranzukommen.

Es taugt nicht, dass man dieses Thema öffentlich zur Schau stellt, aus nachvollziehbaren Gründen, liebe Frau Thomas und liebe Frau Grütmacher. Das taugt in der Sache nicht.

Vielmehr ist es hilfreich, wenn wir alle dort in den Bereichen, wo diese Gespräche geführt werden müssen, uns dafür einsetzen, dass diese positiv geführt werden.

Ich bin zuversichtlich, dass wir dieses Problem zusammen solidarisch und vertrauenswürdig mit unseren Alliierten lösen werden.

Die CDU-Fraktion wird die Bemühung unterstützen, allerdings – ich habe es vorhin schon gesagt – fortiter in re, suaviter in modo. Das gilt auch hierbei.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Kollege Noss.

Abg. Noss, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir diskutieren heute über ein äußerst wichtiges Thema, das wir mit der nötigen Seriosität und der nötigen Ernsthaftigkeit führen sollten.

(Dr. Altherr, CDU: So ist es!)

Deshalb sage ich ganz deutlich und in aller Unbescheidenheit: Unterstützen Sie unseren Antrag!

(Kuhn, FDP: Genau!)

Dieser Antrag gibt den Anforderungen des Themas die besten Antworten. Wir drücken in unserem Antrag das, was wir wollen, ganz klar und unmissverständlich aus.

Wir verflüchtigen uns nicht in irgendwelche Spekulationen oder Vermutungen.

Der Antrag trägt dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und unseres staatlichen Gemeinwesens Rechnung.

Wir verstecken uns nicht hinter unklaren Formulierungen. Er trägt vor allen Dingen dem Prinzip der Bündnistreue, wie man es von einem verlässlichen Partner erwarten kann, unbedingt Rechnung.

Der CDU-Antrag, wenn ich dazu noch etwas sagen darf, wurde – so ist mein Eindruck – nachgeschoben, als man plötzlich ganz erschreckt feststellte, dass zwei Anträge vorliegen, man selbst aber noch keinen hatte.

Er ist deutlich aus der Not geboren, zusammengestoppelt.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Er beschäftigt sich nämlich in einem großen Anteil mit einem geschichtlichen kurzen Abriss der NATO-Geschichte. Dieser Abriss könnte einem Lehrbuch für junge JU-Mitglieder entnommen sein.

Er stellt nämlich nur Positives über die CDU dar. Da ist eine Geschichtsglättung erfolgt. Das soll aber jetzt kein Thema sein.

(Dr. Altherr, CDU: Herr Kollege, reizen Sie mich nicht! Sie haben schlechte Karten heute! Dann darf ich Fritz Erler zitieren, 1953!)

– Herr Dr. Altherr, Sie sind heute sehr erregt. Sie sollten sich vielleicht etwas zurücknehmen.

Wir bitten Sie um Unterstützung für unseren Antrag, unterstützen Sie die Bemühungen der Landesregierung.

Danke.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Dr. Altherr das Wort.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Kollege! Ihr Vortrag war so weit in Ordnung, ich habe ihn auch unterstützt. Wenn Sie aber jetzt die Historie bemühen, dann sollten Sie sich als SPD-Mitglied heute zurücknehmen.

Ich will die Diskussion um die Wiederbewaffnung nicht führen. Ich will Ihnen nur sagen, die Aussage von Fritz Erler, damals für die SPD Mitglied des Bundestages im Jahr 1953, als die damalige Regierung aus CDU, CSU und FDP mit Zweidrittelmehrheit bestätigt wurde, lautete: „Das Volk hat sich für die Wiederbewaffnung entschieden.“

Es war das Verdienst der CDU, CSU und auch der FDP. Deren Verdienst war es, dass die Wiederbewaffnung gegen massive Widerstände der antipolitischen Gruppierungen eingeführt wurde. Mehr will ich dazu nicht sagen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine Damen und Herren, es ist Ausschussüberweisung beantragt. Die Anträge der Fraktionen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD und der FDP sowie der Alternativantrag der CDU – Drucksachen 14/4152/4159/4192 – werden an den Innenausschuss überwiesen. – Ich sehe Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.

Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung. Die nächste Plenarsitzung findet am 6. Juli statt.

E n d e d e r S i t z u n g : 13:49 Uhr.